

Die Überschuldungskrise – Jetzt wird unser Geld verschleudert

Informationsdokument der Initiative „Nein zur Transferunion – Für stabiles Geld“

Copyright © 2011 by Bryan Hayes – Alle Rechte vorbehalten

Version 0.52 vom 26.06.2011 – 3. Rohfassung

1 Überblick

1.1 Die Gefahr

Dieser Text behandelt eine unmittelbar und massiv vorangetriebene mögliche Zerstörung der Finanzen Deutschlands. Es besteht die akute Gefahr, dass auf unbeschränkte Zeit **ein noch deutlich größerer Teil der Wirtschaftsleistung als bisher schon ans Ausland verschenkt** wird. Und zwar ohne jede Notwendigkeit oder Sinnhaftigkeit, ohne jede Gegenleistung. Und ohne jede Möglichkeit, jemals eine Änderung hieran vornehmen zu können, es sei denn, durch einen völkerrechtswidrigen Bruch der EU-Verträge. Mit anderen Worten, wenn jetzt nicht eingegriffen wird, wird **Deutschland auf unbegrenzte Zeit nicht nur auf jegliche Verbesserung der Lebenssituation fast aller Einwohner verzichten müssen, sondern viele werden ärmer werden.**

Die volle Wahrheit ist sogar noch schlimmer, denn – wie eben angedeutet – wurde bereits in der Vergangenheit, nämlich mit der Einführung des Euro, damit begonnen, einen signifikanten Teil der Wirtschaftsleistung Deutschlands ins Ausland zu transferieren, Jahr für Jahr. Wenn Sie sich also fragen, warum Sie sich seit dieser Zeit so wenig mehr leisten können (falls überhaupt), so finden Sie hier in diesem Dokument einen guten Teil der Antwort.

Nicht nur das, wenn Sie Zweifel daran haben, **ob ihre Altersvorsorge wohl das an tatsächlicher Kaufkraft später bieten kann**, was Sie sich erwarten, dann muss man leider feststellen, dass Ihre Zweifel mehr als berechtigt sind. Warum genau, erfahren Sie beim Lesen dieses Textes.

Als ob das der Hiobsbotschaften nicht genug wären, werden Sie auch erfahren, warum Sie unterm Strich teilweise enteignet werden, wenn Sie ein Sparguthaben mit weniger als ca. 8% verzinst erhalten.

Die Ursachen für diese verheerenden Effekte liegen u.a. im Regelwerk des Euro-Geldsystems begründet, z.B. **hat das Euro-Ausland de facto ein Steuererhebungsrecht hier in Deutschland**, was bereits seit Jahren exzessiv ausgenutzt wird.

1.2 Noch ist es nicht zu spät, die Schlimmste zu verhindern

Die einzig gute Nachricht hierbei ist: Noch ist es Zeit, die bereits geplante Verheerung der Finanzen abzuwenden, noch sind die entsprechenden Verträge nicht geändert oder nicht unterschrieben, noch ist die Zeit gegeben, einen Konsens herzustellen darüber, dass Deutschland nicht in den finanziellen Kollaps geführt werden soll.

Und was das zweite Problem angeht, das ständige Verschenken eines erheblichen Teils der Wirtschaftsleistung, so gibt es hierfür auch sehr einfache Lösungen, die sich zudem gerade aufgrund der Krise aufdrängen und hier vorgestellt werden.

1.3 Was der Text enthält

In diesem Dokument wird die Art und Größe der Gefahr beschrieben, in der sich Deutschland und die Euro-Länder befinden. Es werden die Lösungsvorschläge der Politik sowie der Finanzbranche diskutiert und analysiert.

Und vor allem werden Vorschläge und konkrete Handlungsanleitungen erarbeitet und präsentiert, die geeignet sind, diese Art von Krisen ein für alle mal und umfassend gerecht zu lösen.

1.4 Warum Sie diesen Text unbedingt lesen sollten

Es ist nicht möglich, die wichtigsten Teile dieser ganzen Thematik mit viel weniger Worten zu beschreiben, als das hier geschieht; ganz im Gegenteil gibt es eine Vielzahl von angrenzenden Themen, historischen oder theoretischen Betrachtungen, die hier gar nicht oder nur ungenügend behandelt werden können. Nicht zuletzt aus diesen Gründen hat bisher keine Zeitung oder keine Zeitschrift das Thema als Ganzes behandelt. Und für ein Buch fehlt jetzt nicht nur die Zeit, sondern es würde auch zu wenige Leser/innen erreichen, daher jetzt dieses Computerdokument.

Bitte nehmen Sie sich die Zeit, um diesen Text vollständig zu lesen und im Kern zu verstehen; vertiefende Links/Abschnitte sind zusätzlich für eine Reihe von Themen verfügbar. Und bedenken Sie dies: Wenn Sie diese paar Stunden nicht aufwenden und nicht ihren Teil dazu tun, diese Katastrophe abzuwenden, dann gehen Sie das Risiko ein, persönlich 10.000-fach dafür zu bezahlen und zwar in Form von Arbeitsstunden, deren Früchte dann nicht Sie erhalten, sondern die Ihnen weggenommen werden (die Zahl 10.000-fach ist nicht übertrieben, sondern stimmt tatsächlich, denn Sie riskieren, die Arbeitsfrüchte von etlichen Jahren ihres Lebens zu verlieren). Und das gleiche gilt für Ihre Kinder und Enkel.

1.5 Versionen dieses Textes, aktuellste Fassung

Dieser Text ist aufgrund des extremen Zeitdrucks nicht perfekt, er wird daher ständig aktualisiert und verbessert, aus diesem Grunde finden Sie auch eine Versionsnummer und ein Datum oben direkt unter dem Titel. Die jeweils aktuellste Fassung finden Sie im Internet unter: www.nein-zur-transferunion-fuer-stabiles-geld.de

Dort finden Sie auch weitere Texte und Informationen sowie Hinweise, was **Sie persönlich konkret tun können**, um die Ausbeutung Deutschlands abzuwenden.

Falls Sie Fehler im Text finden oder Verbesserungsvorschläge haben, so senden Sie einfach eine Mail an: info@nein-zur-transferunion-fuer-stabiles-geld.de

2 Inhaltsverzeichnis

1	Überblick	1
1.1	Die Gefahr	1
1.2	Noch ist es nicht zu spät, die Schlimmste zu verhindern.....	1
1.3	Was der Text enthält	2
1.4	Warum Sie diesen Text unbedingt lesen sollten	2
1.5	Versionen dieses Textes, aktuellste Fassung	2
2	Inhaltsverzeichnis.....	3
3	Die Überschuldungskrise.....	7
3.1	Die Kaufkraftentwicklung verschiedener Währungen	8
3.2	Die jährliche Enteignungssumme verschiedener Währungen	9
4	Die Antriebskräfte hinter der Krise.....	12
4.1	Die Rolle der Politik	12
4.1.1	Wirtschaftliche Kompetenz von Politikern	14
4.2	Staatseinnahmen	15
4.3	Warum gibt es überhaupt Staatschulden?	16
4.3.1	Offizielle vs. tatsächliche Staatsverschuldung.....	17
4.4	Kreditaufnahme	17
4.5	Sind die „Spekulanten“ Schuld an der Krise?	21
4.6	Die Rolle der Rating-Agenturen	22
5	Die enteignende Inflationssteuer	24
5.1	Was ist die Inflationssteuer?	24
5.2	Der Cantillon-Effekt	25
5.3	Inflation und die Steuerprogression.....	26
5.4	Warum Anlagen mit weniger als 8% Verzinsung Verlustgeschäfte sind.....	26
5.5	Fazit	27
6	Die „Lösungen“ der Politiker und der Finanzbranche	29
6.1	Übertragung von Verlusten privater Banken auf den Staat	29
6.2	Bilanzbetrug / Verlagerung von Risiken zu Bad Banks	29
6.3	Der Rettungsschirm.....	31
6.4	Die Verletzung der zwingenden no-bail-out-Klausel.....	31
6.5	Streichung der no-bail-out-Klausel	31
6.6	Direkte Kredite von Staaten an Staaten	32
6.7	Die EFSF – Hilfsfondsgesellschaft	32
6.8	Der ESM-Fonds.....	34
6.9	Euro-Bonds	38

6.10	Was passiert, wenn die Rettungsschirm-Kredite auslaufen?	39
6.11	Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB	39
6.12	Rückkauf von Staatsanleihen zu weniger als 100%	40
6.13	Kreditvergabe der Bundesbank an Notenbanken	41
6.14	Finanzmarktsteuer	41
6.15	Ausweitung der Funktion des IWF	42
6.16	Galoppierende Inflation	42
6.17	„Wirtschaftsregierung“	43
6.18	„Politische Union“	44
6.19	„Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“	44
6.20	„Pakt für den Euro“	46
6.21	Der Fahrplan in die Schulden- und Transferunions-Hölle	46
6.21.1	11. März 2011: Gipfel der Euro-Staats- und Regierungschefs	46
6.21.2	14. März 2011: Gipfel der Euro-Staats- und Regierungschefs	46
6.21.3	17. März 2011: Bundestag soll der Transferunion zustimmen	46
6.21.4	21. März 2011: Gipfel der Euro-Finanzminister	47
6.21.5	24. und 25. März 2011: EU-Gipfel mit Beschluss der Transferunion... ..	47
6.21.6	Nach dem 25. März 2011: Ratifizierung der Transferunionsverträge ..	47
6.22	Fazit	47
7	Das Bundesverfassungsgericht	49
8	Bürger-orientierte Lösungsvorschläge	51
8.1	Verschärfung der Eigenkapitalvorschriften der Banken	51
8.2	Einführung einer 100%-Goldstandard-Währung	52
8.3	Wiedereinführung der Deutschen Mark	53
8.4	Ersatz des Euro durch einen Nord-Euro und Süd-Euro	54
8.5	Wiederherstellung des Ursprünglichen Enteignungs-Euro	54
8.6	Einführung eines Bürger-Euro	55
9	Was sollte getan werden?	58
9.1	Verhinderung der Legalisierung und des Ausbaus der Schulden- und Transferunion	58
9.2	Beendigung der Krise	59
9.3	Einführung eines Bürger-orientierten Geldes	60
9.4	Abkehr vom Euro, wenn keine Einigung möglich ist	60
10	Initiative „Nein zur Transferunion – Für stabiles Geld“	62
10.1	Das Ziel	62
10.2	Helfen SIE mit, die Katastrophe zu verhindern	62
10.3	Volksabstimmung über die Schulden- und Transferunion	63

11	Weitere Initiativen anderer Gruppen und Organisationen.....	66
11.1	Verfassungsbeschwerde von Prof. Dr. Markus Kerber.....	66
11.2	Das Plenum der Ökonomen	66
11.3	„Zeitbombe Staatsverschuldung“.....	66
12	Status und Weiterentwicklung dieses Textes	67
13	Hinweise zur Rezension dieses Textes	68
14	Anhang.....	70
14.1	Wofür benötigt man eigentlich Geld?	70
14.2	Was hat der Euro Deutschland gebracht?.....	71
14.3	Gibt es eine Gefahr für den Euro?.....	71
14.4	Inflationsrate, Geldentwertungsrate und Teuerungsrate	73
14.5	Wenn Deutschland die AAA-Bonität verliert	74
14.6	Warum nur ein vollständiges Verschuldungsverbot das einzig Richtige ist	75
14.7	Die Bedeutung und Wirkung von Staatsschulden	75
14.8	Wie könnten Staatsschulden verhindert werden?	76
14.9	Ist eine Deflation eine Gefahr?	76
14.10	Was sollten Griechenland und Irland tun?	78
14.11	Die Befangenheit interessierter Kreise	80
14.12	Die Rücktritte Köhlers und Webers.....	80
14.13	Würde die Umsetzung der Forderungen nicht die Krise verschlimmern? 81	
14.14	Und wo bleibt die Solidarität?	81
14.15	Dieser Text ist pro-europäisch.....	83
14.16	Erweiterung und Revision der Menschenrechte	84
14.17	Altersarmut durch Transferunion und Geldentwertung	85
14.18	Geschichtliche Bewertung einer falschen Politik.....	86
15	Literaturhinweise und Internet-Links.....	88
15.1	Bücher.....	88
15.2	Internetlinks.....	89
15.3	Anmerkungen bzgl. der Literaturhinweise und Internet-Links.....	90
16	Versionsgeschichte	92
16.1	20. Februar 2011: Version 0.31.....	92
16.2	06. März 2011: Version 0.39	92
16.3	07. März 2011: Version 0.41	92
16.4	12. März 2011: Version 0.45	92
16.5	15. März 2011: Version 0.47	92
16.6	8. April 2011: Version 0.48/49	92

16.7	21. April 2011: Version 0.50	93
16.8	21. April 2011: Version 0.51	93
16.9	26. Juni 2011: Version 0.52.....	93

3 Die Überschuldungskrise

Insbesondere seit der Insolvenz der US-amerikanischen Bank Lehmann-Brothers im Herbst 2008 überschlagen sich die Ereignisse, eine Schreckensmeldung jagt die nächste, diese und jene Bank sei bald insolvent, jener Staat bankrott, man liest ständig neue Schreckensmeldungen wie z.B.

- „Portugal-Hilfen: Ifo-Chef Sinn sieht Rente der Deutschen in Gefahr“
- „Griechische Krise: Umschuldung naht – und damit Merkels Wortbruch“
- „Schäuble: Höhere Belastung durch Euro-Krisenfonds“
- „Euro-Transferunion: Deutschlands Staatsfinanzen droht ein Debakel“
- „Portugal in der Krise - Der Absturz ist vorhersehbar“
- „Jetzt brechen die Dämme des Euro-Rettungsschirms“
- „Schlesinger zieht bei Staatsanleihen Parallele zu Kriegszeiten“

Und es werden eine Vielzahl von Meinungen, angebliche Lösungen usw. präsentiert. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht neue (Schreckens-)Nachrichten zu diesem Thema präsentiert werden, an dem nicht wieder Akteure oder Getriebene sich zu Wort melden, an dem nicht wieder warnende Stimmen laut werden...

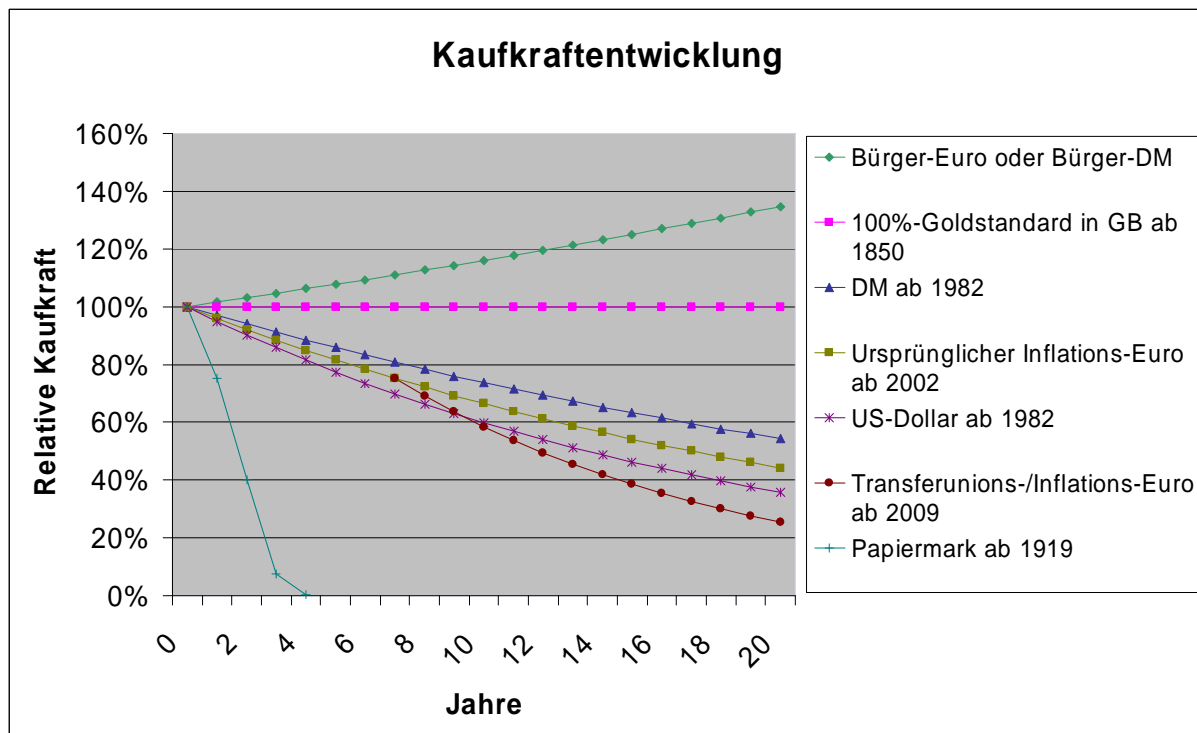
Für die meisten Menschen sind diese ganzen Vorgänge nur schwer verständlich, viele haben kein klares Bild und keine klare Vorstellung davon, was hier wirklich passiert bzw. tatkräftig vorangetrieben wird. Es gibt zwar eine zunehmende Beunruhigung, aber selbst sehr kritisch eingestellte Bürger tun sich schwer, das Thema wirklich zu verstehen oder gar anderen im Detail zu erklären.

Das ist auch nicht verwunderlich, denn selbst Volkswirte oder Bankkaufleute, die von ihrer Ausbildung eigentlich am ehesten in der Lage sein sollten, die Sachverhalte zu verstehen, haben sich meist noch nie wirklich mit dem vertracktesten und undurchsichtigsten Teil der modernen Wirtschaft befasst, mit dem Geldsystem. Die Informationssituation wird zudem dramatisch durch eine Vielzahl von fehlerhaften Analysen und fehlerhaften Konzepten, Fehlinformationen, Legenden und Mythen verschlimmert sowie politisch und finanziell bedingten vorsätzlichen Falschinformationen, nicht zu vergessen die unzähligen naiven oder gutgläubigen Meinungen, die ganze Heerscharen von Mitteilungsbedürftigen uns täglich servieren.

Dieser Text soll dazu beitragen, Klarheit in die eigentlichen Hintergründe zu bringen und zwar mit Fokus auf die EU, Deutschland und den Euro. Des Weiteren werden bereits diskutierte Lösungs-Konzepte dargestellt und analysiert; und vor allem wird ein neues Konzept hergeleitet, welches alle anderen deutlich in der Qualität übertrifft – es ist das einzige Konzept, welches auf die Bürger zugeschnitten ist und zuverlässig und endgültig diese Art von Krisen verhindert.

3.1 Die Kaufkraftentwicklung verschiedener Währungen

Hier zum Einstieg eine Grafik zur Kaufkraftentwicklung verschiedener Währungen (keine direkten, historischen Daten, sondern eher schematisch):



Die Bezeichnung „Ursprünglicher Enteignungs-Euro“ wird für den Euro verwendet und zwar mit den Regeln, die ursprünglich vertraglich festgeschrieben waren. Der Zusatz „Enteignung“ macht deutlich, was der Wesenskern dieser Währung ist, nämlich eine eingebaute, erhebliche Enteignung des größten Teils der Bevölkerung und zwar durch die Geldentwertung (Inflation); dieser Umstand wird später näher erläutert. (Dieser Zusatz „Enteignung“ passt genau genommen für alle Papiergeldwährungen, auch für die DM und den US-Dollar, der Einfachheit halber wird aber hier auf diesen Zusatz verzichtet).

Da die Regeln für den Euro insbesondere ab 2009 und in katastrophaler Weise im März 2010 ohne Legitimation gebrochen wurden, haben wir seitdem das, was oben als „Transferunions-/Enteignungs-Euro“ bezeichnet wird. Bis Herbst 2011 sollen diese Vertragsbrüche legalisiert und institutionalisiert werden und durch weitere unbeschränkte Transferleistungen ins Ausland ergänzt werden. Die Regierungen haben bereits auf dem EU-Gipfel am 24. und 25. März 2011 die Weichen entsprechend gestellt, die Parlamente sollen diese Rechtsbrüche zulasten der Bevölkerungen jetzt abnicken. **Dies muss unbedingt verhindert werden.**

Die Papiermark zeigt sehr schön auf, was passieren kann, wenn Politiker die Kontrolle über das Geldsystem übernehmen, nämlich eine Hyperinflation mit anschließender Währungsreform, in der der größte Teil der Bevölkerung vollständig oder teilweise enteignet werden. Beim Euro besteht grundsätzlich die gleiche Gefahr und die Politik ist seit einigen Jahren mit voller Kraft dabei, sich das Euro-Geldsystem zu unterwerfen und alle bisher eingebauten Sicherungsmechanismen zu zerstören, die zugunsten der Bevölkerung eingebaut sind.

Die Kurve ganz oben wiederum stellt die Kaufkraftentwicklung einer guten Papiergeldwährung dar, hier als „Bürger-Euro“ bzw. „Bürger-DM“ bezeichnet, da die Regeln so ausgelegt sind, dass sie den Bürgern zugute kommen und zwar allen in gleicher

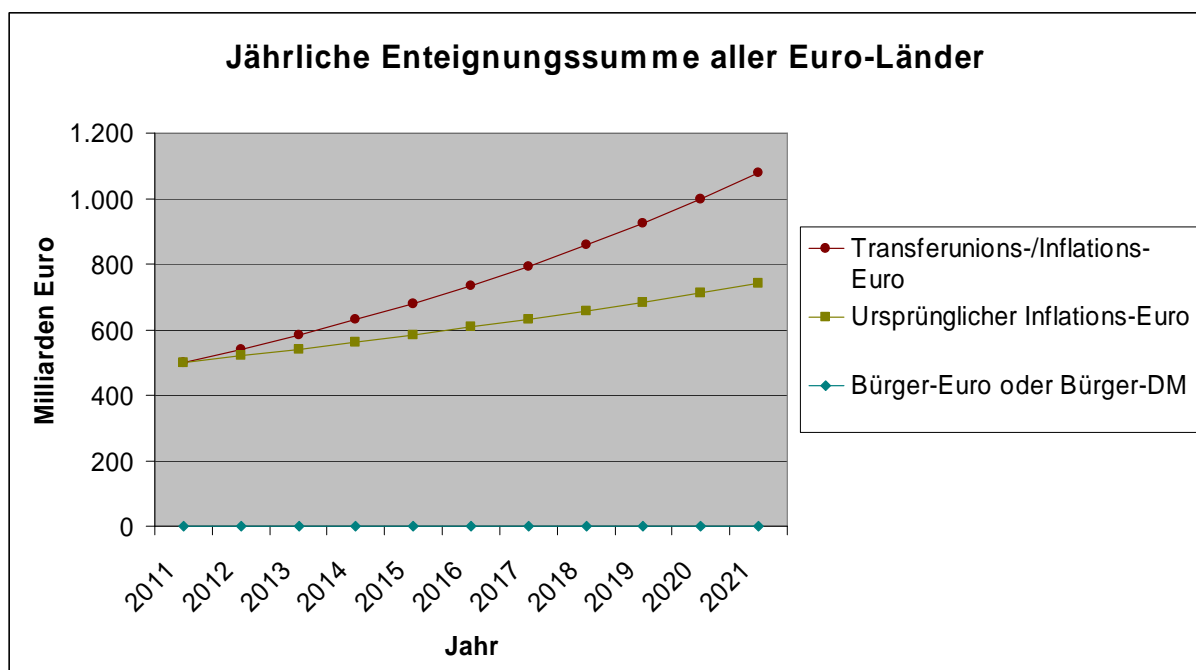
Weise. Der Anstieg der Kaufkraft rührt daher, dass es aufgrund des technischen Fortschritts sowie des zunehmenden Einkaufs in günstigeren Ländern ständig entweder eine leichte Preissenkung gibt, d.h., man erhält mehr für sein Geld, oder aber man erhält bessere Produkte; in vielen Fällen trifft beides zu, z.B. bei Fernsehgeräten. Dieser Effekt ist es, der im Laufe der Zeit es möglich macht, dass diejenigen, die sich früher nur ein Motorrad leisten konnten, später ein Goggomobil und heute ein modernes, sicheres und schnelles Auto mit ESP, Airbags etc. leisten können.

Der Bürger-Euro ist so konzipiert, dass jede/r Einwohner/in in gleicher Weise von diesem Fortschritt profitiert, die Früchte des Fortschritts sollen allen in gleicher Weise zufließen und nicht nur einigen. Die Enteignungs-Papierwährungen dagegen sind so ausgelegt, dass fast der ganzen Bevölkerung dieser Kaufkraftzuwachs – oder zumindest ein erheblicher Teil davon – verweigert wird. Warum das ist so ist, wer profitiert und was man tun kann, um das abzustellen, wird im Laufe dieses Textes erklärt.

Die Einführung einer solchen Bürger-orientierten Währung sollte aufgrund ihrer enormen Vorteile und ungleich höheren Gerechtigkeit unbedingt kurzfristig angegangen werden, aber zuerst **muss der formale Bruch der EU-Verträge, der die Haftung für fremde Schulden und die Einführung des ESM-Fonds regelt, verhindert werden**. Wird dies nicht verhindert, sind auf viele Jahre alle positiven Änderungen unmöglich. **Deutschland befindet sich dann auf Kurs in Richtung Armut.**

3.2 Die jährliche Enteignungssumme verschiedener Währungen

Die folgende Tabelle zeigt, welche ungeheure Summe pro Jahr aufgrund der Regularien der verschiedenen Währungen umverteilt wird. Hierbei wird der größte Teil der Bevölkerung durch teilweise Enteignungen bestohlen und zwar zugunsten vor allem der Politiker, Banken und Schuldner (die Politiker erhalten nicht direkt Geld, sondern profitieren zunächst dadurch, dass ihre Wiederwahlchancen steigen, je mehr Geld sie ausgeben):



Den Bürger-Euro bzw. die Bürger-DM finden Sie übrigens ganz unten auf der Null-Linie, denn bei diesem gibt es diesen verheerenden und zutiefst ungerechten Effekt nämlich nicht.

Den Anteil der Bundesrepublik kann man nur schätzen, er liegt für 2011 im Zweifel bei ca. einem Viertel und zwar deshalb so hoch, weil Deutschland Kapital in erheblicher Höhe in Form von Krediten exportiert. Dies bewirkt, dass die Kapitalimportierenden Länder hierzulande mit dem neugeschöpften Geld einkaufen, was eine teilentzogene Inflation bewirkt; Details hierzu werden später näher erläutert.

Der entscheidende Punkt ist nun folgender: **Wenn Sie zur normalen Bevölkerung gehören, wird Ihnen bereits in 2011 pro 1.000 Euro Einkommen eine Kaufkraft im Wert von ca. 55 Euro, also ca. 5,5%, durch inflationsbedingte Enteignung entzogen.** Und in den Folgejahren werden sich diese Zahlen, vor allem im Falle der Einführung eines Transferunions-/Enteignungs-Euro, wie das jetzt für dieses Jahr 2011 geplant ist, nochmals drastisch vergrößern.

Sie werden in diesem Fall keinerlei Verbesserung ihres Wohlstandes mehr erleben. Oder sogar ein Absinken in Richtung Armut hilflos hinnehmen müssen. Denn umgekehrt werden kann diese Wahnsinn nur, wenn alle 27 EU-Länder zustimmen (was die profitierenden Länder verhindern werden) oder durch glatten Bruch der EU-Verträge.

Bitte helfen Sie mit, diese Ausbeutung Deutschlands zu verhindern.

Die obige Darstellung in der Grafik bezieht sich auf den Fall, dass alle Lasten aus einem Transferunions-/Enteignungs-Euro sowie aus den korrespondierenden Verträgen über die Inflationssteuer finanziert werden. Zwar ist der Kurs im Moment so gesetzt, aber es sind natürlich auch andere Lastenverteilungen möglich, vor allem in der Form, dass die Steuern erhöht werden, z.B. die Mehrwertsteuer. Dies wirkt sich zwar etwas anders aus, aber das Endergebnis ist für die meisten letztlich doch gleich. Durch Steuererhöhungen werden einem beispielsweise von den 1.000 Euro 25 Euro durch Steuererhöhungen genommen, so dass man nur noch 975 Euro hat und von diesen werden einem via Inflationssteuer 30 Euro entzogen, so dass man insgesamt einen Kaufkraftverlust in Höhe von 55 Euro hat.

Leider ist das noch nicht alles. Aufgrund der Tatsache, dass Deutschland Kredite in erheblicher Höhe ans Euro-Ausland vergeben hat und in zunehmenden Maße vergibt und zwar sowohl von seiten der Bundesbank (bereits **über 330 Milliarden Euro!**), seitens sonstiger öffentlicher Stellen (Landesbanken), aber auch seitens privater Unternehmen sowie Privatleuten, besteht ein Risiko des Verlustes in ähnlicher oder gar noch viel größerer Höhe. Auch wenn Sie selbst keine solchen Kredite gegeben haben (z.B. durch Kauf entsprechender Staatsanleihen), so kann es sehr wohl sein, dass Ihre Versicherung es getan hat, mit entsprechenden, negativen Folgen, falls die Rückzahlung (teilweise) ausbleibt. Und wenn die Kredite, die die staatlichen Stellen vergeben haben und vorhaben zu vergeben, nicht zurückgezahlt werden, kann und wird zwangsläufig auch z.B. Ihre Rente darunter leiden oder es werden Steuern erhöht werden müssen.

Egal, was Sie tun oder wer Sie sind, Sie werden kaum verhindern können, dass Sie dafür bezahlen müssen, denn der Erfindungsreichtum der Politiker ist unermesslich, sobald es darum geht, neue Geldquellen aufzutun oder vorhandene noch mehr

auszupressen. Ob dann neue Steuern erfunden werden, alte Steuern erhöht werden, die Renten gekürzt werden, **Zwangsanleihen** eingeführt werden, alles hat es schon gegeben.

Es sei denn, Sie greifen jetzt ein und fordern eine gute Politik.

Soviel erst einmal zur Einführung in die schiere Dimension und in die Dringlichkeit des Themas. In den folgenden Kapiteln werden systematisch die Hintergründe sowie die Details diskutiert. Bitte nehmen Sie sich die Zeit, alles zu lesen. Und leiten Sie diesen Text möglichst schnell an Menschen Ihres Vertrauens weiter, vor allem, wenn Sie mit finanz- und geldpolitischen Themen nicht so vertraut sind.

4 Die Antriebskräfte hinter der Krise

4.1 Die Rolle der Politik

Eine, um nicht zu sagen, die zentrale Schlüsselrolle bei der Überschuldungskrise spielt die Politik, weil sie nicht nur das Monopol für die Gesetzgebung und daher einen extrem großen Einfluss auf das Geldsystem sowie auf die Finanzbranche hat, sondern, weil sie auch durch ihre Einnahmen- und Ausgabenpolitik eine sehr große Rolle in jedem Staat spielen, eine weit größere als jedes Unternehmen.

Was zeichnet eine gute Politik aus? Wie sollte eine gute Politik sein? Hierzu fallen einem z.B. ein: Ehrlichkeit, korrekte Verwendung von Begriffen, fachliche Kompetenz und Erfahrung, Fähigkeit zur Erklärung von Sachverhalten (gute Didaktik), hohe Kommunikationsfähigkeit, Verhandlungsgeschick, Durchsetzungsvermögen, Einbindung aller auch nur eventuell betroffenen Personen, regelmäßige und strukturierte Berichterstattung, Kontrolle der Arbeitsergebnisse durch unabhängige Stellen, kein eigenes Festlegen des Gehaltes etc., .

Es soll hier auch explizit anerkannt und akzeptiert werden, dass aufgrund der Verfassungs- und Gesetzeslage sowie der Art, wie Organisationen wirken, in der Praxis Politiker quasi dazu gezwungen sind, verschiedentlich taktisch vorzugehen, Abmachungen zu treffen, marketingtechnisch zu kommunizieren usw. in einer Art und Weise, die durchaus den obigen, positiven Ansätzen widersprechen; dies ist aber zum Teil unumgänglich, da sie ansonsten schlechte Politiker zum Zuge kommen lassen würden (diese Problematik kann aber durch Änderung der Rahmenbedingungen vermindert werden, das ist aber eine Fundamentaldiskussion, die hier nicht geführt werden kann und soll). Auch ist klar, dass jedes Handeln die Möglichkeit mit sich bringt, dass Fehler gemacht werden. Jeder Exekutive, ob in Firmen oder Behörden oder in politischen Ämtern, muss zugestanden werden, auch Fehler zu machen.

Oben wurden einige Punkte guter Politik erwähnt. Umgekehrt fallen einem natürlich auch eine Vielzahl von Beispielen schlechter Politik ein.

In der folgenden Tabelle werden einige dieser Punkte, insoweit sie für die Diskussion der Überschuldungskrise relevant sind, noch einmal strukturiert zusammengefasst:

	Gute Politik	Schlechte Politik
Ist an der Wahrheit interessiert, an den eigentlichen Ursachen, den (komplexen) Zusammenhängen, sucht das Gespräch mit echten Fachleuten, ständige Weiterbildung	✓	
Bezieht umfassend auch Betriebswirtschaft, Nationalökonomie, Wirtschafts-, Finanz-, Ordnungs- und Geldpolitik, Naturwissenschaften, Technik etc. in die Entscheidungen mit ein	✓	
Bezieht die Fachliteratur über die Gesetzgebung mit ein	✓	
Ist freiheitlich orientiert	✓	

	Gute Politik	Schlechte Politik
Reduziert die Steuerbelastung der Bürger, wo irgendwie möglich	✓	
Führt nur ein paar einfache Regeln ein, die automatisch das Richtige bewirken (statt komplizierter, bürokratischer Verordnungen mit nachgeschaltetem Überwachungs-/Polizeiapparat etc.)	✓	
Berücksichtigt nicht nur die Auswirkungen erster Ordnung, sondern auch die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen zweiter, dritter, vierter und fünfter Ordnung bei der Einführung von Gesetzen	✓	
Fördert Transparenz, z.B. umfassende, regelmäßige Rechenschaftslegung, Veröffentlichung aller Studien und aller Verträge	✓	
Verfügen über etliche Jahre Arbeitserfahrung unter echten Wettbewerbsbedingungen, bevorzugt außerhalb der Medienbranche	✓	
Nimmt sich soviel Zeit, wie es die Größe und der Neuigkeitsgrad einer Entscheidung fordert	✓	
Ermöglicht den Bürgern ein selbstbestimmtes Leben	✓	
Will den Bürgern ein fremdbestimmtes Leben aufzwingen		✓
Berücksichtigt nur die Auswirkungen erster Ordnung, nicht aber die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen zweiter, dritter, vierter und fünfter Ordnung usw. bei der Einführung von Gesetzen		✓
Vorsätzliche falsche Verwendung von Begriffen, z.B. „sparen“, obwohl „Steuern erhöhen“ gemeint ist		✓
Peitscht auch extrem teure und fragwürdige Entscheidungen in Nacht- und-Nebel-Aktionen durch die Entscheidungsgremien		✓
„Kauft“ Wählerstimmen durch Geldgeschenke etc.		✓
Will unsinnige Projekte durchführen, z.B. unwirtschaftliche Projekte		✓
Beeinflusst gezielt mit unredlichen Mitteln die öffentliche Meinung (z.B. unliebsame Studien verschwinden lassen, Beauftragung genehmer Institute, sich nur von freundlich gesonnenen Zeitungen interviewen zu lassen etc.)		✓
Dreschen von Phrasen und Parolen unabhängig vom Wahrheitsgehalt		✓
Will jegliche echte Mitwirkung von Bürgern ausschließen		✓
Will jegliche echte Kontrolle und strukturierte Rechenschaftslegung für Politiker und Bürokratien ausschließen		✓
Will möglichst viel Geld ausgeben		✓
Will möglichst große Bürokratien haben		✓
Schafft gezielt weitere Stellen (z.B. Aufsichtsratspositionen), in die Politiker nach dem Ausscheiden aus der Politik hoch bezahlt wechseln oder sie gar gleichzeitig besetzen können		✓

	Gute Politik	Schlechte Politik
Einführung neuer Steuern ohne echten Gründe		✓
Will neue Steuern einführen und gibt dabei zur Täuschung der Bürger gute Zwecke an (obwohl die Steuer letztlich in einem Topf landet und somit auch zweifelhafte Ausgaben finanziert)		✓
Aufnahme von Krediten, statt gut zu wirtschaften		✓
Erzeugen von Inflation, um von mehr Bürgern höhere Steuerzahlungen infolge der Steuerprogression		✓
Genehmigen den Politikern hohe Gehaltszahlungen und noch höhere Rentengelder, am besten mit automatischer Erhöhung		✓
Privilegierte Krankenkassen für Politiker		✓
Privilegierte Altersversorgung für Politiker		✓
Versucht (nicht erfolgreich), schlechte Ergebnisse schlechter Politik durch noch mehr (andere) schlechte Politik zu korrigieren		✓
Einschleusen von profillosen und inkompetenten Ja-Sagern auf allen Ebenen abhängiger Organisationen		✓
Loyalität ist deutlich wichtiger als Kompetenz		✓

Zusammenfassend kann man sagen, dass gute Politik zugunsten der Bürger und deren Nachfahren wirkt, schlechte Politik dagegen in erster Linie darauf abzielt, die Position der sie vertretenden Politiker kurzfristig zu verbessern oder diese festzubetonieren.

4.1.1 Wirtschaftliche Kompetenz von Politikern

Eine spezielle Kompetenz der Politiker bedarf gerade in Zusammenhang bzgl. der Themen, die hier in diesem Dokument diskutiert werden, der genaueren Betrachtung, nämlich die wirtschaftliche Kompetenz. Genau genommen ist diese nicht nur im Zusammengang mit der Währung wichtig, sondern auch, weil die meisten politischen Themen mehr oder minder stark damit verbunden sind oder gar hiervon dominiert werden.

Genau genommen geht es um zwei Dinge:

- a) Die wirtschafts-, finanz-, ordnungs- und geldpolitische Kompetenz; oder zumindest die eigenständige, echte Urteilsfähigkeit diesbzgl.
- b) Der durch Taten (und nicht nur durch Worte) sichtbare Wille, für **alle** Bevölkerungsteile **stetig und konsequent** zu wirken, d.h., insbesondere auch alle Gruppenegoismen zu erkennen und scharf und konsequent zurückzuweisen

Erst die Kombination beider Elemente ist relevant, nur eines reicht nicht, auch nicht die Behauptung, für alle wirken zu wollen; relevant sind allein die Taten.

Für die Diskussion dieser Kompetenz ist ein Maßstab sinnvoll. Der beste Wirtschaftspolitiker, den Deutschland je hatte, war Ludwig Erhard, daher bietet es sich an, ihn bzgl. der Aspekte a) und b) auf je 100% festzulegen (wohlgemerkt sind damit

Politiker, die auch mehr als 100% erreichen, nicht ausgeschlossen; es sind aber keine bekannt). Die Gesamtkompetenz ergibt sich dann durch Multiplikation beider Zahlen, so dass er 100% erhält (Beispielrechnungen: Ludwig Erhard: $100\% \times 100\% = 100\%$; anderer Politiker: $30\% \times 5\% = 1,5\%$; noch andere Politiker: $80\% \times 0\% = 0\%$).

Bei einem Gesamtergebnis von unter ca. 20% kann man davon ausgehen, dass Deutschland geschadet wird, bei einem Ergebnis von unter 30%, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern zurückfallen wird. Der Grund hierfür ist, dass sich solche Politiker, die eine zu geringe Kompetenz bzw. eine zu geringe eigene Urteilsfähigkeit mitbringen, zu sehr von egoistischen Lobbygruppen einseifen lassen und / oder eigene Lieblingsprojekte durchsetzen, die aber für die Gesamtheit der Bevölkerung kostspielig und schädlich sind.

Auf eine konkrete Berechnung oder Einschätzung der Gesamtkompetenz von einzelnen Politikern soll hier verzichtet werden. Versuchen Sie selbst oder zusammen mit anderen, zu einer solchen Einschätzung und Berechnung der Gesamtkompetenz zu kommen. Lesen Sie aber vorher – wenn irgendwie möglich – Ludwig Erhards Buch „Wohlstand für alle“ unter dem Gesichtspunkt der beiden Teilkompetenzen a) und b); erst dann können Sie in etwa erahnen, was 100% Kompetenz bedeuten.

4.2 Staatseinnahmen

Nun muss ein weiteres Thema näher beleuchtet werden, nämlich die Frage, woher eigentlich genau die Gelder stammen, die unter Kontrolle der Politik ausgegeben werden. Diese Gelder werden zum großen Teil in den Haushaltsplänen aufgeführt, zum Teil aber auch indirekt eingenommen, beispielsweise für bestimmte Formen von Subventionen (z.B. Solarstromförderung), deren Kosten die Kunden bestimmter Organisationen (hier die Stromfirmen) dann über entsprechend höhere Preise zahlen müssen. Der einzige Grund übrigens, warum nicht alle Einnahmen direkt in den Haushaltsplänen enthalten sind, ist die Täuschung der Bevölkerung über die wahre Größe der Staatsausgaben (die naturgemäß den Staatseinnahmen entsprechen müssen).

Im Folgenden sind die wichtigsten Einnahmequellen von Staatshaushalten aufgeführt, sie sind in etwa nach dem Grad der Transparenz sortiert, d.h., weiter unten stehen solche Einnahmequellen, deren Größenordnung, Wirkungsweise und Bekanntheitsgrad entsprechend zunehmend größeren Teilen der Bevölkerung eher unbekannt sind:

1. Der Erhalt von Entwicklungshilfe, Budgethilfen etc., in der EU z.B. durch den Kohäsionsfonds, der den Bau von Verkehrsinfrastruktur fördert
2. Direkte Steuern, der ehrlichste und geradlinigste Weg, z.B. in Form der Einkommenssteuer
3. Indirekte Steuern, z.B. die Mehrwertsteuer oder die Mineralölsteuer; an dieser Stelle ist es wichtig zu verstehen, dass letztlich **alle** indirekten Steuern von den Bürgern gezahlt werden, da die Unternehmen diese in die Preiskalkulation aufnehmen und die Bürger im Wesentlichen nicht auf andere Unternehmen ausweichen können

4. Getarnte/Verdeckte indirekte Steuern, z.B. die GEZ-„Gebühr“ oder das EEG-Gesetz, welches die Energieanbieter zwingt, Subventionen an die Hersteller alternativer Energien zu zahlen, die sie sich dann durch höhere Preise vom Endkunden wieder holen
5. Der Zugriff auf die Sozialkassen, z.B. die Rentenkassen
6. Das Betreiben von Monopolunternehmen, mit dem Ziel, Monopolgewinne zu erzielen, z.B. Lotto oder ehemals Telekom (da von Politikern/Bürokraten geführte oder beaufsichtigte Unternehmen fast immer aufgrund von Inkompetenz und ständiger sachfremder Intervention zu Verlusten neigen, würden ohne Monopole keine Gewinne ausgewiesen werden können; diesen Gewinnen stehen aber Verluste/Kosten min. gleicher Höhe auf Seiten der Kunden dieser Unternehmen gegenüber, die im Ergebnis wie eine (nicht vom Gewinn abhängige) Steuer wirken)
7. Kreditneuaufnahme, das Vergrößern der Staatsverschuldung
8. Das Drucken von Geld, genauer, das Erzeugen von Geld, dem keine entsprechenden, zusätzlichen Waren und/oder Dienstleistungen gegenüberstehen und welches dadurch eine Geldentwertung bewirkt

Der Mechanismus 8 sowie in der Praxis zum großen Teil auch der Mechanismus 7 führen zu einer Geldentwertung (Inflation), diese wiederum hat im Ergebnis die Wirkung einer Steuer, der sog. Inflationssteuer.

Aufgrund ihres geringen Bekanntheitsgrades, sowie ihrer heimtückischen Wirkungsweise wird diese Steuerart weiter unten noch genauer erläutert.

Da die Mechanismen 1. bis 6. bereits mehr als ausgereizt sind (das Auspressen der Bevölkerung wird aber nichtsdestotrotz auch hier noch immer weiter gesteigert, bevorzugt durch zunehmend mehr verschleierte Mechanismen, z.B. 4.), ist es nicht verwunderlich, dass die beiden letzten immer mehr in den Fokus mancher Politiker bzw. mancher Berater von Politikern gerückt sind.

Es ist eben deutlich einfacher politisch durchsetzbar, mehr Kredite aufzunehmen, als die Steuern zu erhöhen, was die ehrliche und direkte Alternative wäre. Und das, obwohl natürlich jedem eigentlich klar ist, dass diese durch höhere Steuern, direkt oder indirekt, irgendwann zurückgezahlt werden müssen.

4.3 Warum gibt es überhaupt Staatschulden?

An dieser Stelle ist ein kurzer Exkurs notwendig, nämlich zur Fragestellung, ob ein Staat in Friedenszeiten überhaupt jemals eigentlich Kredite aufnehmen müsste. Die Antwort ist eindeutig: **Nein, es gibt keinen einzigen Grund für einen Staat, Kredite aufzunehmen.** Und für die meisten staatlichen Haushalte innerhalb eines Staates (Landeshaushalte, kommunale Haushalte) gilt das ganz genauso. Natürlich gibt es tausende von veröffentlichten Meinungen, die genau das Gegenteil behaupten, aber eine präzise Analyse zeigt meist in wenigen Minuten, dass diese vollkommen haltlos sind und ausschließlich das Ziel haben, manchen Politikern die (Schein-)Begründungen für eine immer höhere Verschuldung zu liefern.

Ein seriöser Haushalt beinhaltet nämlich einige Prozent, sagen wir 4%, für die Erhöhung von Rücklagen (Sparguthaben). Nach 5 Jahren hat man auf diese Weise schon 20% der Jahreshaushaltssumme (mit Zinsen sogar mehr) an Rücklagen, auf

die man dann für größere Investitionen zurückgreifen kann; in Kombination mit einer vorübergehenden Erhöhung der Steuern reicht dies in fast allen Fällen, um auch größere Sonderausgaben zu finanzieren. Und wenn man für solche größeren Investitionen dann noch woanders zusätzlich z.B. 5% über einige Jahre hinweg einspart, hat man innerhalb von wenigen Jahren eine Summe zusammen, die ohne weiteres 40-50% der Haushaltssumme eines Jahres ausmacht. Und damit kann man schon Einiges bewegen.

Ein seriöses Wirtschaften ist also sehr wohl möglich, ganz ohne Kredite.

Insbesondere für die letzten Jahrzehnte und für die westlichen EU-Länder muss man konstatieren und festhalten, dass es **keinen einzigen Grund für eine Kreditaufnahme** gegeben hat.

Keinen einzigen.

Die Erklärung für die stetig steigende Staatsverschuldung fast aller Staaten ist also die schiere Dominanz schlechter Politik sowie die Abwesenheit von Mechanismen, die eben dies zugunsten der Bevölkerung verhindern könnten.

4.3.1 Offizielle vs. tatsächliche Staatsverschuldung

Es sei hier an dieser Stelle auch darauf hingewiesen, dass es neben der von der Regierung bzw. ihr zugeordneten Behörden (Statistikämter) verkündeten „offiziellen Staatsverschuldung“ noch weitere Verbindlichkeiten (sprich: Schulden) gibt, die zur Täuschung der Bevölkerung vorsätzlich nicht aufgeführt werden, z.B. die künftigen Pensionszahlungen, die bei korrekter, ehrlicher Buchführung, wie sie z.B. für Unternehmen vorgeschrieben ist, auch als Schulden gezählt werden müssen. Für Deutschland wird diese Gesamtsumme aller Schulden/Verbindlichkeiten von Fachleuten auf bis zu **10 Billionen Euro** geschätzt.

Die tatsächliche Situation ist also um ein Vielfaches verheerender, als es die „offizielle“ Zahl von z.Z. ca. 2 Billionen Euro vermuten lässt.

4.4 Kreditaufnahme

Nun aber wieder zurück zum Thema Kreditaufnahme. Technisch läuft dies so ab, dass ein Staat eine sog. Staatsanleihe ausgibt, z.B. mit einer Laufzeit von 10 Jahren. In einer Art Auktion werden dann einzelne Teile der Gesamtsumme an die einzelnen Bieter „verkauft“, die sich gegenseitig durch höhere Zinsangebote überbieten. Meist ist die Nachfrage höher als das Angebot, aber das muss natürlich nicht so sein, vor allem, wenn der Staat nicht bereit ist, mehr als einen bestimmten Zinssatz zu zahlen oder wenn Zweifel an der Rückzahlung bestehen.

Die Käufer sind meist Banken, Versicherungen oder Fondsgesellschaften.

An dieser Stelle kommen wir zu einem äußerst entscheidenden Punkt, nämlich zu der Frage, woher diese Firmen eigentlich das Geld nehmen, welches sie den Staaten dann für die Anleihen überweisen. Geld, das sie von Kunden oder Aktionären vorher erhalten haben und welches diese nicht auf Kredit aufgenommen haben, ist dabei unkritisch. Ein großer Teil des Geldes wird aber **aus dem Nichts geschöpft**, d.h., es wird einfach in den Computern der Banken erzeugt, durch schiere Eingabe der entsprechenden Zahl. Durch die von der Politik gemachten Gesetze zum Geldsystem dürfen die Banken dies auch (im Gegensatz zu allen anderen Firmen) und zwar bis

zum X-fachen ihres Eigenkapitals. Im Gegensatz zum Irrglauben eines großen Teils der Öffentlichkeit brauchen sich die Banken dieses Geld **nicht** von der Notenbank zu leihen, d.h., die 1% Zinsen, die sie für diese weitere Möglichkeit, Geld zu erhalten/schöpfen, zurzeit zahlen müssten, müssen sie hierfür gar nicht zahlen. Sie erhalten dieses Geld vollkommen kostenlos. Im Gegenzug werden sie aber diesbzgl. überwacht, sie müssen diese Geldschöpfung melden.

Da nun diesem Geld keine echten Werte (Waren oder Dienstleistungen) gegenüberstehen, folgt aus einem Zuwachs dieser Geldmenge eine Geldentwertung, die Geldentwertungsrate (Inflationsrate, nicht zu verwechseln mit der Preissteigerungsrate, die meist zur Täuschung der Öffentlichkeit als Inflationsrate bezeichnet wird) steigt. Denn dieses neue Geld konkurriert natürlich mit dem bisher vorhandenem um die Waren und Dienstleistungen, was das bisher vorhandene Geld bzw. die bisher vorhandenen Einkommen entwertet und zu Preissteigerungen führt, bzw. verhindert, dass die Preise sinken, wie sich das insbesondere für diverse industrielle Waren und Dienstleistungen aufgrund des technischen Fortschritts automatisch ergeben würde. Gute Beispiele für Letzteres sind die ständigen Preissenkungen für (Mobil-)Telefonkosten oder die immer geringeren Preise bei Computer-Datenspeichern pro Speichereinheit.

Diese Thematik der Geldentwertung ist von großer Bedeutung, sie entspricht einer Steuer (Inflationssteuer), die Einkommen und Vermögen in einer bestimmten, im Detail sehr komplizierten Weise umverteilt und unterm Strich **einem großen Teil der Bevölkerung schwer schadet**. Das Thema wird weiter unten vertieft behandelt.

Zunächst aber wieder zurück zu den Möglichkeiten für die Politiker, sich Geld zu beschaffen. Unter Punkt 8 oben wurde die Variante „Geld drucken“ angegeben, d.h., das schiere Schaffen neuen Geldes. Dies geschieht z.B. in Deutschland und in den meisten anderen Staaten zum einen dadurch, dass das Finanzministerium einfach Münzen prägt und diese in Umlauf gibt. Der Nominalwert (der aufgeprägte Wert, z.B. 1 Euro bei einer 1 Euro Münze) abzüglich der Prägekosten ergibt die Summe, die das Finanzministerium dann den Politikern zur Verfügung stellt. Diese Geldneuschöpfung hat natürlich auch eine Geldentwertung zur Folge.

Aber manchen Politikern reichten diese Summen natürlich nicht aus, denn es handelt sich ja nur um Münzen, nicht um Banknoten oder Buchgeld (das Geld auf den Konten). Sie haben daher in manchen Staaten, zu nennen sind hier vor allem Großbritannien, die USA und Japan, einen noch viel leistungsfähigeren Mechanismus unter ihre Kontrolle gebracht, nämlich den direkten „Verkauf“ ihrer Anleihen an die Notenbank, statt an irgendwelche, möglicherweise unwilligen oder zu hohe Zinsen fordernden, Privatunternehmen und -investoren.

Ein solcher „Verkauf“ bzw. Schuldenaufnahme ist ein rein buchhalterischer Vorgang: Die Politiker erhalten das Geld, die Notenbank vermerken die Schuld in ihren Büchern. Die Zinsen fließen aus dem Haushalt ab, tauchen dann als „Gewinn“ bei der Notenbank auf, die diesen wieder an den Haushalt zurück überweist.

Von äußerst entscheidender Bedeutung ist nun, dass diese Schulden nicht etwa innerhalb eines Jahres zurückgezahlt werden, sondern de facto nie zurückgezahlt werden, da immer dann, wenn die Rückzahlung fällig ist, neue Schulden „aufgenommen“ werden, um die alten „zurückzuzahlen“. Nicht nur das, es werden immer

mehr Schulden aufgenommen, die Gesamtverschuldung steigt also. Es wird immer mehr Geld gedruckt, denn genau das ist die Wirkung dieses perfiden Mechanismus. Es ist also gar nicht nötig, tatsächlich physische Banknoten zu drucken, um Geld zu erhalten, es reicht die schiere Anweisung der Politiker an die Notenbank, es ihnen zu überweisen.

Theoretisch ginge es natürlich noch einfacher, sie könnten ja die Gesetze einfach so ändern, dass sie direkt, ohne die Notenbank (die ihnen aber ohnehin unterworfen ist), Geld erzeugen könnten. Der einzige Grund, warum sie das nicht tun, ist, dass es nicht nötig ist und dass es spätestens dann der Bevölkerung auffallen würde, was da gespielt wird, nämlich, dass die Politiker die Bevölkerung via Inflationssteuer (teil)enteignen.

Die Forderungen von Seiten einiger Personen oder Organisationen, dass die Politiker genau dies tun sollen, nämlich Geld direkt zu erzeugen, ohne dann Zinsen an private Firmen zahlen zu müssen, ist also eine Forderung, der Staat möge die Steuern noch weiter erhöhen (in diesem Falle die heimtückischste und unbekannteste aller Steuern) und die Bevölkerung noch mehr auspressen und enteignen, als dies ohnehin schon der Fall ist.

Nun ist – zumindest bis Anfang April 2009 – die Rechtslage bzgl. der Europäischen Zentralbank, der EZB, so fixiert gewesen, dass den Politikern das direkte Gelderzeugen verboten gewesen ist. Denn die Verträge zum Euro und die Statuten der EZB sind nicht vollständig unter dem Einfluss von schlechter Politik oder Beratern aus der Finanzbranche gemacht worden, sondern beinhalten bzw. beinhalteten auch eine Reihe von Klauseln zum Schutze der Bevölkerung vor dem zerstörerischen Zugriff der Politiker auf das Geldsystem.

Dazu muss man wissen, dass es in der ganzen Geschichte des Geldes, **nicht ein einziges Beispiel** für ein Geld gegeben hat, welches die Politiker nicht vorsätzlich zu Lasten der Bevölkerung ruiniert bzw. massiv entwertet hätten. Selbst die – letztlich zu Unrecht – vielgelobte DM hat z.B. im Laufe ihres Daseins ca. 75% ihres Wertes verloren, da die Politiker in Zusammenarbeit mit der Bundesbank dies vorsätzlich so betrieben haben. Das einzige Geld, bei dem das nicht der Fall war, waren Geldwährungen, die zu 100% und unumstößlich durch echte Werte, insbesondere Gold, gedeckt waren. Hier ist insbesondere der 100%-Goldstandard zu erwähnen, d.h., ein Geld, welches zu 100% durch tatsächlich vorhandenes Gold gedeckt ist.

Geld, das nicht zu 100% durch tatsächlich vorhandene Werte gedeckt ist, nennt man in der Fachsprache übrigens auch FIAT-Geld (von lateinisch „fiat“, „es werde“, da das Geld durch schieren Beschluss erzeugt wird); hier im Text wird dafür auch der Begriff Papiergeld verwendet.

Die Geschichte des sog. FIAT-Geldes ist eine einzige, unsägliche Geschichte des Luges und Betrug. Es gibt eine Fülle guter Literatur zu diesem Thema, ein zwingende Lektüre für jede/n Staatsbürger/in. Eine Lektüre, die sich insbesondere alle diejenigen zu Gemüte führen sollten, die glauben, dass Politiker jemals der Versuchung widerstehen würden, das Geldsystem vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen.

Und hier schließt sich der Kreis, nach diesen Vorerläuterungen ist der eigentliche Hintergrund der laufenden Aktivitäten zur angeblichen Behebung der maßgeblich von manchen Politikern durch die Überschuldung herbeigeführten „Krise“ klar: Es geht diesen nämlich nicht um die Behebung der Ursache dieser Krise, dazu müssten sie nämlich schlicht und ergreifend einfach weniger Geld ausgeben als einnehmen und 1-2% ihres Budgets für die Tilgung der Schulden aufwenden, es geht ihnen darum, den vollen Zugriff auf das Geldsystem zu erhalten, es geht ihnen darum, alle Schutzmechanismen zugunsten der Bürger, die noch in den entsprechenden Verträgen und EZB-Statuten eingebaut sind, zu zerstören und den unbeschränkten Zugriff auf die Gelderzeugung zu erhalten.

Es geht diesen also um die totale und unbeschränkte Inflationssteuer, die sie dadurch noch konsequenter und unbeschränkter als bisher schon erhöhen können.

Das zwangsläufige Ergebnis hieraus ist eine stark steigende Geldentwertung und somit Preissteigerungen und nicht zuletzt mit dem Risiko der **Hyperinflation** und der anschließenden, vollständigen Enteignung aller Geldvermögen sowie Einkommen.

Um es also noch einmal auf den Punkt zu bringen: Alle Phrasen, Behauptungen, neue Bürokratien etc., die manche Politiker und die von ihnen bezahlten oder berufenen Helfer („Wissenschaftler“ etc.) die ganze Zeit vorbringen, haben nicht das Ziel, die Bürger für die Zukunft von solchen von ihnen verursachten oder maßgeblich befeuerten Krisen zu befreien, sondern sie sind alleinig darauf ausgelegt, die wirklichen Ursachen zu vertuschen und ihnen die unbeschränkten Möglichkeiten an die Hand zu geben, die Bevölkerung noch mehr auszunehmen und in der Folge noch viel größere Krisen zu verursachen (das Verursachen der Krisen ist von diesen nicht beabsichtigt, nichtsdestotrotz aber eine zwangsläufige Folge dieser schlechten Politik).

Aber das ist noch nicht alles: Für Deutschland und einige andere, leistungsfähigere Volkswirtschaften ist die Situation noch viel desolater, bereits jetzt, aber noch viel mehr, falls die schlechte Politik sich weiter gegen die Bevölkerung durchsetzt. Denn der Euro ist ja nicht nur die Währung Deutschlands, sondern die Währung vieler Länder, mittlerweile 20 an der Zahl (inkl. der nicht-EU-Kleinststaaten Monaco, San Marino und Vatikan).

Dies hat zur Folge, dass auch andere Staaten durch die Geldschöpfung aus dem Nichts den vollen Zugriff auf alle Waren und Dienstleistungen hierzulande erhalten. Da wie gesagt eine solche Geldschöpfung einer Steuer in der Wirkung entspricht (Inflationssteuer), ist es seit Einführung des Euro so, dass ausländische Staaten hierzulande de facto eine Steuer erheben dürfen und dies in großem Umfange auch tun.

Wenn nun aber alle Schranken dieser Geldschöpfung aufgehoben werden, und genau daran arbeitet ein länderübergreifendes de facto Kartell von Politikern und EU-Bürokraten zurzeit mit Hochdruck, wird sich diese Situation noch weiter drastisch verschlimmern. **Unterm Strich wird es also so sein, dass sich jenes Land am meisten Vorteile zulasten der anderen verschafft, welches am meisten Geld druckt und damit in den anderen Ländern einkauft (nicht nur Autos etc., son-**

dern auch komplette Firmen). Verantwortungsloses Schuldenmachen zulasten Dritter würde auf diese Weise belohnt und gefördert.

Deutschland ist damit das Land, welches am meisten zu verlieren hat, da hierzulande die mit dem Gelddrucken einhergehende Geldentwertung und Enteignung der Bevölkerung zu Recht besonders kritisch gesehen wird und weil das Ausland hier aufgrund der angebotenen Produkte besonders gerne einkauft.

Die Größenordnung, um die es hier geht, ist naturgemäß nicht ganz einfach abzuschätzen, aber einige hundert Milliarden Euro im Jahr an de-facto-Steuererhebung und -abführung ans Ausland sind eine realistische Annahme (hinzu kommen die Netto-Überweisungen an die EU sowie massive weitere Schäden infolge fehlender Investitionsmittel etc., d.h., in Summe nochmals 100-200 Milliarden Euro im Jahr an Schäden, mit stark steigender Tendenz).

Deutschland würde also, wenn sich einige der hiesigen Politiker mit ihren Plänen durchsetzen bzw. auf die Pläne der EU- und ausländischer Politiker hereinfallen, auf **unbeschränkte Zeit** (denn die Auslands- und EU-Politiker würden **niemals** einer Revision der einmal geänderten Verträge zugunsten der Bürger und zugunsten Deutschlands zustimmen; wohlgemerkt müssten alle EU Länder einer solchen Änderung zustimmen, was eine solche Revision äußerst unwahrscheinlich macht) eine Ausplünderung und Schädigung in Höhe von bis zu 500 Milliarden Euro (nach heutigen Werten) pro Jahr erleiden.

Dies entspricht den wirtschaftlichen Schäden, die Deutschland erleiden würde, würde man einige Prozent aller Gebäude durch Sprengung vollständig zerstören. Und das **Jahr für Jahr**. Spätere Generationen werden sich an den Kopf fassen und es einfach nicht glauben, dass jemals eine solche Entscheidung ohne jeden vernünftigen Grund getroffen wurde. So etwas ist in der Menschheitsgeschichte ohne jedes Beispiel. Nur erzwungene Tributzahlungen sind von der Größenordnung her vergleichbar. Oder die vor-revolutionäre Situation in Frankreich, bei der der Bevölkerung Unsummen abgepresst wurden für die Verschwendungssorgien des Hofes.

Soweit in Kürze das große Bild. Die Vielzahl der trickreichen, taktischen und mit täuschenden Begriffen verschleierte Vorgehensweisen bestimmter Politiker, die insbes. seit der Lehmann-Pleite stattfinden, erfordern aber eine detailliertere Diskussion:

4.5 Sind die „Spekulanten“ Schuld an der Krise?

Wird gegen den Euro spekuliert? Von Anbeginn an werden diese Märchen ständig immer wieder neu aufgetischt. Verschwörungstheoretiker sehen sich bestätigt und diejenigen, die ohnehin schon immer gegen die Wirtschaft im Allgemeinen und gegen die Finanzbranche im Speziellen waren, sind natürlich auch hier wieder mit am lautesten zu vernehmen.

Für viele Politiker sind es natürlich die optimalen Sündenböcke, weswegen viele von Ihnen in diesen Chor auch einstimmen.

Demgegenüber steht die Tatsache, dass es bis heute keinen einzigen Bericht gegeben hat, in dem klar und deutlich auch nur eine Transaktion, ein Geschäftsvorgang, mit Zahlen und Akteuren in der EU genau beschrieben wurde, der irgendeine Form von formaler Illegalität beinhaltet.

Die Vorgänge, die beschrieben wurden, insbesondere ein großes Zögern möglicher Käufer von Staatsanleihen, Anleihen von Staaten zu kaufen (=diesen Kredit zu geben), wenn die Rückzahlung nicht als sicher angenommen werden konnte, dagegen sind von solcher Art, dass sich kaum jemand im Privaten anders verhalten hätte. Wer würde schon jemanden – und dann auch noch zu günstigsten Zinsen – Geld verleihen, wenn die rechtzeitige Rückzahlung in voller Höhe fraglich ist?

Es gibt natürlich bestimmte Vorgänge („Spekulationen“), die manchem zweifelhaft erscheinen mögen, aber die Wahrheit ist, dass diese Akteure nur genau dann Geld verdienen können, wenn die anderen Akteure sich in einer bestimmten Weise verhalten. Und einige Politiker sind manchmal mit ihrer Beeinflussbarkeit ein optimales Opfer von strategisch vorgehenden Finanzleuten. Malt man ihnen z.B. dramatische Folgen aus, wenn sie diese und jene kostspielige Aktion nicht durchführen (den Banken z.B. Staatsanleihen abkaufen, deren Wert nicht mehr sicher ist), dann knicken manche Politiker gelegentlich ein und schenken diesen Banken viele Milliarden an Steuergeldern.

Unterm Strich kann man festhalten, ja, die Finanzbranche verdient an dem ganzen, nicht speziell an der Krise (von Ausnahmefällen abgesehen), aber sie tut das in dem von den Politikern gesetztem Rahmen. Und z.T. schafft sie es, den Politikern Unsummen abzuschwatzen, in einer Weise und Größenordnung, wie man es sonst kaum kennt.

4.6 Die Rolle der Rating-Agenturen

Rating-Agenturen sind Firmen, die andere Firmen bewerten, die also versuchen, zu ermitteln bzw. zu schätzen, welche Gewinne oder Verluste sie in Zukunft machen werden.

Viele Rating-Agenturen werden von den zu bewertenden Firmen für diese Bewertung bezahlt, sie sind also befangen und haben dementsprechend eine hohe Motivation, zu günstige Bewertungen abzugeben, z.B., indem sie Risiken niedriger einschätzen, als es ein seriöser Kaufmann tun würde.

Sie sind also in Wirklichkeit eher Marketing-Agenturen und sollten genauso behandelt werden.

Dieser Umstand würde normalerweise dazu führen, dass sich Marktteilnehmer, also z.B. Privatleute, die überlegen, Aktien zu kaufen, sich nicht auf diese Rating-Agenturen verlassen würden; sie würden sich andere Rating-Agenturen suchen (die allerdings mehr Geld für die Analysen fordern würden). Das gilt aber genaugenommen nur für solche Marktteilnehmer, deren eigenes Geld auf dem Spiel steht, die für Verluste **selbst vollständig haften**. Für andere dagegen, deren Einkommen maßgeblich von anderen Mechanismen bestimmt oder beeinflusst wird, stellt sich die Sache durchaus anders dar:

Manager von Banken und anderen Unternehmen der Finanzbranche z.B. werden häufig nach den kurzfristig ausgewiesenen Gewinnen bezahlt (zum großen Teil in Form von sog. Boni); beruhen diese auf risikoreichen Geschäften, die mittel- und langfristig zu Verlusten führen, werden nicht etwa diese Einkommen zurückgefordert (denn sie wurden offensichtlich zu Unrecht ausgezahlt, da ja in Wirklichkeit bei seriöser Betrachtung gar kein Gewinn vorlag, sondern eine fehlerhafte Berechnung des Gewinnes aufgrund einer zu geringen Berücksichtigung des Verlustrisikos), sondern sie verdienen eben dann weniger oder werden gegen Zahlung hoher Abfindungen entlassen; nur im für sie schlimmsten Falle werden sie ohne Abfindungen entlassen.

Für Politiker gilt folgendes: Haben sie die Aufsicht über staatliche Banken oder sitzen sie als Aufsichtsräte in Finanzunternehmen, so würden sie davon profitieren, wenn die Ergebnisse der Rating-Agenturen als verbindlich für die Bilanzierung gelten würden, denn dann könnten sie sich gegenüber den Wählern und gegenüber Gerichten als Opfer aufspielen, falls doch Verluste auftreten. Sie werden dann sagen können: „Die Rating-Agenturen haben das alles doch sorgfältig und gut geprüft. **Niemand** hätte wissen können, dass jetzt Verluste auftreten würden. Wir alle wurden überrascht, wir wurden von der unberechenbaren Marktentwicklung förmlich überrollt. Wir sind also unschuldig.“

Das alles trifft allerdings alles nur dann zu, wenn die Politiker die Aussagen der Rating-Agenturen als verbindlich für die Gewinn-und-Verlust-Rechnung bzw. die Bilanzierung der Unternehmen erklären. Und genau das haben sie durch den Erlass entsprechender Bilanzierungsgesetze getan und zwar entgegen allen guten Regeln des seriösen Wirtschaftens.

Entsprechende Forderungen, europäische Rating-Agenturen einzurichten (die dominierenden Rating-Agenturen sind US-Unternehmen), und zwar am besten in Form von durch Politiker kontrollierte EU-Behörden, sind vor diesem Hintergrund als vollkommen absurd und fundamental schädlich einzuordnen.

Was dagegen geschehen muss, ist folgendes:

- Rating-Ergebnisse, die maßgeblich durch die zu bewertenden Unternehmen bezahlt wurden, müssen verbindlich als Marketingaussagen bezeichnet und gekennzeichnet werden; die Verwendung des Begriffes „Rating“ muss für solche Bewertungen verboten werden
- Die Bilanzierungsgesetze müssen geändert werden in dem Sinne, dass nur Rating-Ergebnisse in die Bewertung einfließen dürfen, die ausschließlich durch Personen bezahlt wurden, die vollständig persönlich für eventuelle Verluste haften würden
- Die Haftung der Manager und Aufsichtsräte muss vergrößert werden, denn in der jetzigen de facto Haftungsbefreiung liegt ein maßgeblicher Grund für die Schädigung anderer. Beispielsweise könnte man alle Boni, Dividenden sowie 80% der Gehälter, die über einer bestimmten Summe liegen, über 10 Jahre hinweg in einen Spezialfonds einzahlen, aus dem heraus vorrangig evtl. Verluste des Unternehmens zu decken wären, denn sollten solche auftreten, wäre dies das Ergebnis mangelhafter Arbeit; die vorherigen hohen Gehälter etc. waren dann offensichtlich nicht gerechtfertigt. (Eine detailliertere Betrachtung dieses komplexen Themenkreises würde den Rahmen dieses Textes sprengen; einige Vorstöße seitens der Gesetzgeber gibt es bereits, die in die richtige Richtung gehen, diese müssten aber ausgebaut werden).

Diese Änderungen würden automatisch die jetzigen Probleme mit den Rating-Agenturen lösen, es würden sich andere Agenturen finden oder bilden, die bessere Bewertungen produzieren würden. Die Forderungen dagegen nach einem Herumdoktern an Symptomen oder gar der Schaffung von Agenturen, die durch Politiker kontrolliert werden, führt jedenfalls nicht zu einem guten Ergebnis.

5 Die enteignende Inflationssteuer

5.1 Was ist die Inflationssteuer?

Ein oben bereits angerissenes Thema, die Inflationssteuer, bedarf der weiteren Erläuterung, da diese Steuerart den meisten bisher nicht bekannt ist. Es handelt sich hierbei nicht um eine explizite Steuer, sondern um Teilenteignungen zugunsten bestimmter Teile der Bevölkerung und zulasten anderer Teile der Bevölkerung (und zwar der meisten Einwohner). Die detaillierten Zusammenhänge und zeitlichen Abläufe sind komplex und eigentlich höchstens durch eine sehr aufwändige Simulation von Millionen Personen und Firmen einer Volkswirtschaft (plus Ausland) grob annäherbar, hier wäre für entsprechende Institute durchaus noch einiges zu tun, um die Bürger über die Zusammenhänge und Größenordnungen aufzuklären.

Die zentrale Frage ist folgende: Was passiert eigentlich genau, wenn Geld durch Kreditvergabe aus dem Nichts geschöpft wird und in einer Volkswirtschaft wirksam wird? Der prinzipielle Vorgang entspricht zunächst dem, wie wenn **Falschmünzer** selbst erzeugtes Geld in die Volkswirtschaft einbringen: Sie können dafür einfach die angebotenen Waren und Dienstleistung (und Vermögenswerte, z.B. Grundstücke oder Aktien) kaufen. Und zwar im Wesentlichen zu den bereits vorher angebotenen Preisen. Aber eben nur im Wesentlichen. In der Praxis passiert z.B. folgendes: Baukredite werden (zu) günstig angeboten, es werden mehr Kredite vergeben (so z.B. vor einigen Jahren in den neuen EU-Ländern im Osten Europas geschehen), die Folge ist eine erhöhte Nachfrage nach Grundstücken, Baumaterial und Bauleistungen, was es den entsprechenden Grundstücksbesitzern und Bauanbietern ermöglicht, ihre Preise zu erhöhen. Diese Verkäufer wiederum kaufen jetzt woanders ein, z.B. Autos, wodurch das gleiche noch mal passiert, aber in kleinerem Maßstab.

Nach einigen Quartalen (bis max. ca. 2-3 Jahren) hat sich die zusätzliche Geldmenge verteilt und überall Preiserhöhungen ausgelöst, bzw. ansonsten auftretende Preissenkungen verhindert oder vermindert. Generell kann man sagen, dass die Profiteure des Ganzen diejenigen sind, die zuerst an das Geld gekommen sind, also die Kreditnehmer und diejenigen, die ihnen Dinge direkt verkaufen, da sie evtl. noch rechtzeitig erkennen, dass sie ihre Preise erhöhen können bzw. wegen Kapazitätsüberlastung ohnehin in der Lage sind, die Preise zu erhöhen. Verlieren tun diejenigen, bei denen das Geld zuletzt ankommt, tendenziell die normalen Bürger, die keine Möglichkeit haben, ihr Einkommen oder die Zinsen für Sparanlagen zu erhöhen.

Die prinzipielle Möglichkeit einer Geldschöpfung aus dem Nichts via Kreditvergabe wirkt also wie eine Steuer für all diejenigen, die weiter weg von der Geldquelle sind.

Es ist hierbei aber wichtig anzumerken, dass im Gegensatz zu einer normalen Steuer die Steuerkasse nicht gefüllt wird und dass auch keine Geldbeträge direkt weggenommen werden. Sondern es wird den Benachteiligten (den Zahlern) dieser speziellen Steuer Kaufkraft weggenommen und zu anderen hinverteilt, zu den Bevorzugten (den Profiteuren). Falls der Staat selbst eine Kreditneuaufnahme betreibt, gehört er auch zu den Profiteuren, aber eben nur genau in dem Maße. Der Grund dafür, diesen Umverteilungsvorgang eine Steuer zu nennen, liegt darin, dass er seine alleinige Ursache in gesetzlichen Regelungen hat und dass er (sehr großen) Teilen der Bevölkerung Kaufkraft entzieht, genau wie das der Fall bei einer regulären Steuer der Fall wäre.

Die Größe dieser Umverteilung lässt sich in etwa bestimmen: Es ist der Zuwachs der Geldmenge M3 abzüglich des wirtschaftlichen Wachstums. Die Größenordnung für

die Euroländer zusammen lag 2002 bis 2008 bei ca. 400 - 500 Mrd. Euro pro Jahr. Danach schwanken die Zahlen stark, fast bis ins Negative, seit 2010 steigt die Zahl wieder rapide.

Die Rückzahlung dieser Art von Krediten hat im Prinzip umgekehrte Folgen, allerdings sind diesmal andere Teile der Bevölkerung betroffen, da die verminderten Ausgaben der Kreditnehmer jetzt andere treffen, z.B. den Lebensmittelhandel oder die Reisebranche. In der Gesamtsumme sinken aber die Preise (Deflation mit folgender negativer Teuerung, also Verbilligung der Waren und Dienstleistungen).

Im Falle einer stabilen, sich wenig verändernden Wirtschaft mit gleich hoher Kreditvergabe- wie -rückzahlungssumme gibt es auf Dauer keinen Einfluss auf die Preise, jedenfalls wenn der Zweck der Kredite gleich bleibt (z.B. Baukredite).

In der Praxis aber haben wir seit vielen Jahrzehnten die Situation, dass die Kreditvergabe ständig ausgeweitet wird, d.h., die Kreditgesamtsumme steigt und zwar stärker als die Güter-/Dienstleistungsmenge. Eine maßgebliche Ursache hierfür liegt – wieder einmal – bei schlechter Politik. Denn statt eine gute Ordnungs-, Wirtschafts-, Finanz-, Geld- und Bildungs- sowie sonstige gute Politik zu betreiben, die zusammen ganz von alleine eine hohe Beschäftigung sowie ein gutes Wirtschaftswachstum erzeugen würden, werden lieber destruktive Strohfeuer durch Kredit-basierte Nachfrageerhöhungen ausgelöst.

Die erheblichen wirtschaftlichen Störungen innerhalb des Landes, die hierdurch ausgelöst werden, sind erheblich und z.T. nicht direkt offensichtlich. Nur eine detaillierte, fachliche Diskussion kann diese Thematik in Gänze würdigen, weswegen hier darauf verzichtet wird. Generell kann aber festgestellt werden, dass diese Strohfeuer spätestens nach einigen Jahren ihre Wirkung ins Gegenteil verkehren und dass das jeweilige Land ohne diese eindeutig besser gefahren wäre. Diese Strohfeuer können niemals eine gute Politik ersetzen.

Zusätzlich profitieren natürlich die Kreditgeber, die Banken, denn sie würden auf jeden Fall weniger Geschäft in Form der Zinsen machen, wenn sie nicht die Möglichkeit von den Politikern verliehen bekommen hätten, Geld aus dem Nichts zu erzeugen; wären sie gezwungen, alle zu verleihenden Gelder vorher von Sparern einzuwerben und mit entsprechend attraktiven Zinsen zu vergüten, müssten sie selbst höhere Zinsen verlangen und würden daher weniger Kredite vergeben.

Ein weiterer Punkt in diesem Zusammen verdient kurze Erwähnung, ist aber an sich eine umfassendere Diskussion wert: Das Privileg der Banken, kostenlos Geld zu erzeugen bzw. zu sehr günstigen Konditionen, Geld von der Notenbank zu leihen, führt natürlich dazu, dass diese mit diesem Geld auch „arbeiten“ (manche würden sagen „spekulieren“) können. Genau das tun sie z.Z. auch in großem Stil, nämlich auf den Rohstoff- und Lebensmittelbörsen, mit der zwangsläufigen Folge massiver Preissteigerungen dort, die wiederum der Garant für hohe, kurzfristige Gewinne sind.

5.2 Der Cantillon-Effekt

Diese oben erwähnten Preiserhöhungseffekte mit samt ihren umverteilenden Wirkungen in der Folge von Geldmengenerhöhungen sind als Cantillon-Effekte bekannt (nach Richard Cantillon, der noch vor Adam Smith als der Begründer der modernen Ökonomie bezeichnet werden kann; er hatte bereits 1755 (!) diesen Effekt erstmals

fundiert beschrieben). Oder vielmehr ist dieser Effekt den meisten Menschen bisher eben gerade nicht bekannt, jedenfalls nicht unter diesem Namen, sondern eher aus der intuitiven Wahrnehmung der Praxis.

Der Grund, warum man so wenig davon hört, obwohl hier immerhin hunderte Milliarden Euro pro Jahr umverteilt werden (bezogen auf alle Euro-Länder zusammen) und zwar zu Lasten des größten Teils der Bevölkerung, ist schlicht und ergreifend der, dass die zwei Haupt-Profiteure, die Politiker und die Finanzbranche, kein Interesse daran hat, dass dieses Wissen bekannt wird und dass das Wissen hierüber zu tief vergraben lag und sich die meisten nie groß um das Wesen der Inflation Gedanken gemacht haben. Jedenfalls bis heute.

5.3 Inflation und die Steuerprogression

Auf einen wohlbekanntem Effekt soll hier noch hingewiesen werden, da er erhebliche praktische Relevanz hat: Bei Inflation steigen nicht nur die Preise, sondern - zumindest häufig - auch die Löhne bzw. Einkommen. Und damit auch die Steuerquote, d.h., mehr man zu versteuern hat, desto höher ist der Prozentsatz des Einkommens, der an das Finanzamt abgeführt werden muss. Im Laufe der Zeit werden so immer mehr, die eigentlich nur normale Jobs haben, mit Steuerquoten geschröpft, die eigentlich nur für Leute vorgesehen waren, die das zifache des Durchschnittseinkommens verdienen.

Zugute kommt dies - wie meist, wenn die Bürger benachteiligt werden - der Politik, die dann entsprechend wieder mehr Geld ausgegeben kann.

Anstatt also im Laufe der Zeit eine immer geringere Steuerquote zu haben (da ja aufgrund guter Politik sich eigentlich alles stetig verbessern müsste), zwingt einem die Politik durch das vorsätzliche und unbegründbare Erzeugen der Inflation immer höhere Steuerzahlungen durch immer höhere Steuerquoten auf.

5.4 Warum Anlagen mit weniger als 8% Verzinsung Verlustgeschäfte sind

Die Konsequenz aus den obigen Ausführungen ist, dass eine bestimmte Mindestverzinsung bei Sparguthaben bzw. Geldanlagen erforderlich ist, wenn man zum Auszahlungszeitpunkt die ursprüngliche Kaufkraft plus denjenigen Zuwachs an Kaufkraft haben möchte, der dem zwischenzeitlichen technischen Fortschritt entspricht. Damit hat man wohl gemerkt weder Gewinn gemacht noch eine Gegenleistung für das Risiko des Verlustes erhalten, sondern hat lediglich sein Geld wieder und seinen gerechten Anteil am technischen Fortschritt erhalten.

Wie groß muss nun diese Mindestverzinsung sein? Nicht berücksichtigt werden hierbei die Freibeträge, es wird von einem Zinsertrags-Steuersatz von 25% ausgegangen. Dann stellt sich die Situation für 1 Jahr wie folgt dar:

Ursprungsbetrag	1.000 Euro
Zinsen 8%	80 Euro
25% Steuer auf Zinsen	-20 Euro
Betrag nach einem Jahr	1.060 Euro
Kaufkraftverlust durch Geldentwertungsrate 6%	-60 Euro
Kaufkraft nach einem Jahr entspricht (wobei hier aufgrund des technischen Fortschritts die Kaufkraft dieser 1.000 Euro höher ist als vor einem Jahr)	1.000 Euro

D.h., bei weniger als 8% Verzinsung (sog. effektiver Jahreszins) macht man Verluste. Da eine echte Inflationsrate von 6% eher optimistisch ist, sollte man eher 9-10% Zinsen fordern, um auf der sicheren Seite zu sein. Und um tatsächlich einen Ausgleich für sein Risiko zu erhalten und 1-2% Gewinn zu machen, müssen es entsprechend mehr Zinsen sein, wobei hier auch die 25% Zinsertragssteuer zu berücksichtigen ist.

Noch eine Anmerkung zu dieser Rechnung: Die klassisch-naive Betrachtungsweise berücksichtigt die Kaufkraftherhöhung durch den technischen Fortschritt nicht und rechnet nicht mit der echten Inflationsrate (Geldentwertungsrate), sondern nur mit der niedrigeren Teuerungsrate, die im Beispiel oben bei ca. 4% liegen würde. Bei dieser Betrachtung scheint man „Gewinn“ zu machen, weil ja nach Abzug der Teuerungsverluste von 40 Euro 1.020 Euro übrig bleiben, d.h., man glaubt, 20 Euro „Gewinn“ gemacht zu haben.

Dem ist aber nicht so, denn diese 2% entsprechen dem Kaufkraftzuwachs, den man aufgrund des technischen Fortschritts hätte ernten müssen.

5.5 Fazit

Die Inflationssteuer ist eine Spezialsteuer, die große Teile der Bevölkerung auf eine undurchsichtige, aber äußerst wirkungsvolle Weise teilweise enteignet und zwar zugunsten von Politikern, Banken und Schuldnern sowie denjenigen, deren Produkte diese kaufen. Im Gegensatz zu einer regulären Steuer profitiert die Staatskasse nur in dem Maße, wie zusätzliche Staatschulden verursacht werden.

Auf einen gängigen und schweren Irrtum muss hier noch kurz eingegangen werden: Viele glauben, die Geldentwertung würde nur Besitzer von Guthaben benachteiligen. Dem ist aber nicht so, ganz im Gegenteil sind die Hauptbenachteiligten diejenigen, die am weitesten weg von den Quellen des frischen Geldes sind und die am wenigsten Einfluss auf die Höhe ihres Einkommens haben, also die Rentner, H4-Geld-Empfänger, die meisten Angestellten usw.; diesen wird nämlich durch verzögerte und z.T. dauerhaft zu niedrige Erhöhung des Einkommens ständig Geld entzogen.

Diese Steuer ist nicht legitimiert, sie wird ohne öffentliche Diskussion und ohne Kontrolle durch das Parlament oder die Öffentlichkeit erhoben.

Sie bewirkt, dass ständig sozusagen Milch und Honig zu den Profiteuren fließt, bezahlt werden diese vom Großteil der Bevölkerung.

Die einzig mögliche Konsequenz hieraus ist das vollständige, strafrechtliche Verbot, die Inflationssteuer (Inflation, d.h., Geldentwertung) zu verursachen, ob vorsätzlich, fahrlässig oder aufgrund von Inkompetenz. Hierzu muss die Geldschöpfung aus dem Nichts sofort beendet werden, denn dies ist die eigentliche Ursache für die Geldentwertung.

6 Die „Lösungen“ der Politiker und der Finanzbranche

In diesem Kapitel werden eine Reihe von öffentlich bereits bekannten und diskutierten Vorschlägen seitens der Politik sowie der Finanzbranche vorgestellt und analysiert.

6.1 Übertragung von Verlusten privater Banken auf den Staat

Beispiele hierfür sind in Deutschland die Verstaatlichung der HRE Bank sowie der Kauf eines Anteils der Commerzbank in Form einer Kapitalerhöhung (nach neuesten Berichten empfehlen von der Regierung beauftragte Experten, die HRE zu liquidieren, womit viele Milliarden Euro Steuergelder endgültig und offiziell verbrannt worden wären). Die Verluste dieser Banken werden durch Kapitalerhöhungen ausgeglichen, und es wird den sonstigen Marktteilnehmern sowie den Managern dieser Bank signalisiert, dass auch in Zukunft – obwohl es rein rechtlich aufgrund der Rechtsform dieser Unternehmen keinen Zwang dazu gibt – alle Verluste durch die Steuerzahler getragen werden.

Der Grund für diese rechtswidrige Überwälzung dieses normalen unternehmerischen Risikos auf die Steuerzahler ist, dass es deren Manager geschafft haben, die Politik davon zu überzeugen, dass eine Insolvenz Kettenreaktionen (Folgeinsolvenzen anderer Banken usw.) auslösen würden.

Wenn schon rechtswidrige Aktionen durchgeführt werden, hätte die Politik statt dieser rechtswidrigen Risikoüberwälzung eine unbeschränkte Nachschusspflicht für die Eigentümer sowie eine rückwirkende Rückzahlung eines großen Teils der Dividenden sowie der Gehalts- und Bonizahlungen der letzten 10 Jahre erzwingen müssen, denn offensichtlich wurde der Gewinn in den Vorjahren falsch ermittelt und dadurch dem Unternehmen durch eben diese Gewinn-abhängigen Zahlungen zu viel Geld entzogen. Aufgrund der sehr grundsätzlichen Probleme solcher rückwirkenden Gesetzesänderungen soll dies hier aber nicht als Vorschlag propagiert werden.

Geeignete Maßnahmen sind u.a. folgende:

- Ein vollständiges Verbot solcher Verlustüberwälzung auf den Staat, egal auf welche Weise sie stattfinden sollen
- Eine erhöhte Eigenkapitalausstattung der Banken (dieses Thema wird an anderer Stelle in diesem Text vertieft)
- Eine Größenbeschränkung der Banken
- Ein Verbot, verschiedene Arten von Geschäften in einer Firma oder in einem Konzern durchzuführen, insbesondere ein Verbot, Staatsanleihen etc. in den Geschäftsbereichen zu halten, in denen der Zahlungsverkehr sowie das normale Firmen- und Privatkundengeschäft abgewickelt wird

6.2 Bilanzbetrug / Verlagerung von Risiken zu Bad Banks

Normalerweise muss ein Unternehmen so genannte Abschreibungen vornehmen, wenn bestimmte Werte, die es im Lager hat oder in Form von Forderungen gegenüber anderen Unternehmen oder Staaten hat, sich als nicht werthaltig erweisen. Stellt sich eine Maschine, die bisher in den Büchern mit 50.000 Euro Wert angegeben ist, als nur für 20.000 Euro verkäuflich heraus, so müssen 30.000 Euro abge-

schrieben werden. Um diese Summe sinkt dann der Gewinn des Unternehmens, eventuell entsteht sogar ein Verlust.

Gleiches gilt für Forderungen. Hat ein Unternehmen einen Kredit vergeben (z.B. eine Staatsanleihe gekauft) und stellt sich dann heraus, dass wahrscheinlich nur noch 25% des vereinbarten Betrages zurückgezahlt werden, so müssen die restlichen 75% als Verlust ebenfalls abgeschrieben werden. Hat ein Unternehmen viele von solchen nicht werthaltigen Forderungen in den Büchern (diese sind auch als Giftmüll, Gift-Papiere, Schrott-Papiere oder Schrott-Anleihen (Junk-Bonds) bekannt), so kann dies etliche Milliarden Euro ausmachen. Sogar so viel, dass eine ehrliche Abschreibung zur Insolvenz führen würde.

Grundsätzlich gibt es sehr strenge Vorschriften seitens der Finanzämter bzgl. dieser Abschreibungen und zwar deshalb, weil zu hohe Abschreibungen den Gewinn und damit die Steuerlast mindern (genau genommen verlagern sie diese in die Zukunft). Ein Unternehmen ist also keineswegs frei in der Bewertung dieser so genannten Aktiva, sondern ist einem strengen Regelwerk ausgesetzt, welches einerseits eine zu niedrige, andererseits aber auch eine zu hohe Bewertung verhindern soll; eine zu hohe Bewertung ist deswegen unzulässig, weil damit die (möglichen, künftigen) Aktionäre oder Kreditgeber über die finanzielle Stabilität des Unternehmens getäuscht würden.

Diese Regeln mögen nicht perfekt sein, aber sie sind alles in allem schon ganz OK.

Es gibt allerdings einen speziellen Fall, den sie – je nach genauer Formulierung – nicht unbedingt optimal behandeln, nämlich den Fall, dass bestimmte Anleihen u.U. zeitweise de facto nicht handelbar sind, weil große Unsicherheiten über den Wert bestehen, z.B. bei Staatsanleihen eines Staates, der evtl. kurz vor der Insolvenz steht. Genau genommen gibt es natürlich auch für solche Papiere immer Käufer, allerdings kann es sein, dass diese nur bereit sind, 1 Promille des Nennwertes zu bezahlen. Insofern gibt es ein „nicht-handelbar“ streng genommen nicht.

Die konsequente Anwendung dieser Abschreibungs-Regeln hätte bei einigen Unternehmen (Banken etc.) zu hohen Verlusten und in einigen Fällen zur Insolvenz geführt. Statt dies hinzunehmen bzw. die Eigentümer aufzufordern, Geld nachzuschießen (das Eigenkapital zu erhöhen), wurden einfach die Regeln geändert, die kritischen Anleihen durften zum Nennwert in den Büchern stehen bleiben und es ist keine Abschreibung notwendig. Eine solche Manipulation der Bilanz nennt man Bilanzbetrug. Da aber die Gesetzgeber diese durchgeführt haben, ist keine Strafanzeige möglich, somit ist es formell kein Bilanzbetrug.

Die andere tolle Erfindung aus der Zusammenarbeit einiger Politiker sowie der Finanzbranche sind die Bad Banks (schlechte Banken), Spezialfirmen, in die die ganzen Schrottpapiere verlagert werden und deren de facto Insolvenzstatus nicht auf die Bilanz der Mutterfirma durchschlägt (was normalerweise im Rahmen einer Konzernbilanzkonsolidierung geschieht). Ein für die Manager und Eigentümer äußerst angenehmer Nebeneffekt ist hierbei, dass auf diese Weise wieder satte Gewinne in der ursprünglichen Hauptfirma ausgewiesen werden, so dass dann wieder entsprechende hohe Gehälter, Boni und Dividenden ausgezahlt werden.

Eine der fatalsten Entwicklungen ist es nun in diesem Zusammenhang, dass die EZB zu einer Bad Bank gemacht wurde, sie kauft seit X Monaten fleißig Schrottpapier von den Banken zum vollen Nennwert auf, die Risiken hierfür werden den Steuerzahlern übertragen, in erster Linie den Deutschen. **Dies muss unbedingt sofort rückabgewickelt und für die Zukunft verhindert werden.**

6.3 Der Rettungsschirm

Unter diesem Begriff werden eine Reihe von schweren, system- und vertragswidrigen Gesetzes- und Regeländerungen zusammengefasst, die zu Lasten bzw. auf Risiko der Bürger hunderte Milliarden Euro (in Zukunft sogar Billionen Euro) zugunsten von einigen Staaten und Unternehmen der Finanzbranche mobilisieren; viele kompetente Fachleute ordnen diese Änderungen als schwere Rechtsbrüche ein. Hierzu zählen die im Folgenden aufgeführten Punkte:

6.4 Die Verletzung der zwingenden no-bail-out-Klausel

Art. 125 der EU-Verträge legt unmissverständlich und eindeutig fest, dass kein Staat für die Schulden eines anderen Staates zahlen muss oder haftet.

Dieser Artikel ist zum Schutze der Bevölkerung da, vor allem der möglicherweise zahlenden Staaten. Nichtsdestotrotz wurde er in fragwürdigen Geheimverhandlungen und ohne jede Mitsprache oder vorherige, seriöse Information und Miteinbeziehung der Bevölkerungen gebrochen und zwar durch die in den folgenden Abschnitten beschriebenen Maßnahmen.

Diese schwerwiegende Verletzung der EU-Verträge **muss unbedingt sofort rückgängig gemacht werden** und zwar durch vollständiges wieder-in-Kraft-setzen dieser Klausel sowie durch vollständige Rückabwicklung aller entsprechenden Transaktionen.

6.5 Streichung der no-bail-out-Klausel

Die no-bail-out-Klausel (Kein Staat muss für die Schulden eines anderen Staates aufkommen oder bürgen) ist eine zentrale Schutzklausel zugunsten der Bürger, vor allem der Länder, die möglicherweise zahlen müssten. Sie wurde aus sehr guten Gründen in die EU-Verträge eingeführt und ist ein unabdingbarer Bestandteil der Euro-Verträge; ohne diese Klausel wäre der Euro nie eingeführt worden, die Bürger haben ein zwingendes Recht darauf, dass die Klausel unter allen Umständen eingehalten und in keiner irgendwie gearteten Weise umgangen wird.

Nichtsdestotrotz arbeiten mittlerweile praktisch alle EU-Regierungen daran, diese Klausel indirekt aufzuheben und zwar durch folgende geplante Änderung des Art. 136 der EU-Verträge:

„Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen.“

Diese scheinbar harmlosen und scheinbar gutartigen Formulierungen sind ausschließlich zur Täuschung der Bevölkerung gedacht. In Wirklichkeit handelt es sich um einen glatten Bruch der Euro-Verträge, der den Politikern einen **Generalvollmacht zu fast beliebigen Schuldenmachen sowie beliebig hohen Transfers zwischen den Euro-Staaten** gibt. Die Formulierung selbst besteht rechtlich gesehen aus sogenannten „unbestimmten Rechtsbegriffen“, umgangssprachlich als „Gummi-paragraphen“ bekannt. Solche Formulierungen widersprechen nicht nur allen Gesetzgebungsgrundsätzen, sondern sie sind streng genommen (wenn hier echtes Recht gelten würde) nichtig. Man findet solche Klauseln sonst nur in Diktaturen, wo sie irgendwelchen Tyrannen oder Funktionären eine de facto unbeschränkte Macht zuschanzen sollen, an allen an sich sonst bestehenden Rechtsgrundsätzen vorbei.

Diese rechts- und systemwidrigen Klauseln sind eines der rechtlichen Fundamente der Transferunion. Sie müssen unbedingt verhindert werden.

Diese de facto Streichung der no-bail-out-Klausel ist ein frontaler Angriff auf die Grundrechte der Bürger sowie eine einseitige (von den Politikern) gegen die Bürger gerichtete Aufkündigung eines **wesentlichen Vertragsbestandteiles**, ohne den die Bürger niemals dem Euro zugestimmt hätten bzw. **ohne den sie den Euro mit Sicherheit verhindert hätten** (z.B. in Deutschland). Vor der Einführung des Euro wurde hoch-und-heilig versprochen, dass die no-bail-out-Klausel ein zentraler und unverrückbarer Bestandteil der Euro-Regularien sein würde, auf ewig.

Die Streichung dieser Klausel ist in etwa so, wie wenn Sie ein Haus kaufen, und dann auf einmal, nachdem 10 Jahre vergangen sind, der Verkäufer noch mal kommt und sagt: Ich habe beschlossen, dass der Preis doch höher ist und zwar kommt noch ein jährlicher Nachschlag von 20% hinzu und zwar auf unbeschränkte Zeit. Und Sie stellen fest, dass der Käufer das einfach so tun kann und Sie **rechtlich nichts dagegen unternehmen können**. Was würden Sie zu einem solchen unglaublichen Vorgang sagen?

Ein möglicher Einwand von Befürwortern der Transferunion soll hier noch kurz gekontert werden: Streng genommen führt die oben erwähnte Ergänzung des Art. 136 für sich selbst genommen nicht dazu, dass eine Transferunion entsteht; diese würde erst entstehen, wenn die darin gegebenen Vollmachten in entsprechender, negativer Weise genutzt werden. Genau dies aber bereits umfassend vorgedacht bzw. im Detail geplant. Und selbst wenn die Vollmachten anfänglich nicht in maximal verheerender Weise umgesetzt werden, besteht doch jederzeit die akute Gefahr, dass dies später geschehen wird.

Die EU-Verträge entsprechen auf EU- bzw. Euro-Ebene gewissermaßen dem Grundgesetz, daher muss jede negative Änderung unbedingt verhindert werden, da ansonsten eine spätere Klage gegen die darauf beruhenden Mechanismen oder Fonds etc. nicht mehr möglich sind. Die Streichung der no-bail-out-Klausel durch Ergänzung des Art. 136 entspricht z.B. der Aufhebung des Diebstahlsverbotes im Grundgesetz. Nach einer solchen Grundgesetzänderung könnte niemand mehr gegen Diebe klagen.

6.6 Direkte Kredite von Staaten an Staaten

Im Rahmen des Rettungsschirms wurde bereits – als grobe Vertragsverletzung der no-bail-out-Klausel – an Griechenland und Irland Kredite vergeben. Deutschland hat z.B. 22,4 Milliarden Euro an Krediten für Griechenland genehmigt, die in mehreren Teilen bis 2012 ausgezahlt werden sollen.

Da diese Kredite direkt vergeben wurden, würde jeder Verlust zu 100% auf die Staatsfinanzen Deutschlands durchschlagen.

6.7 Die EFSF – Hilfsfondsgesellschaft

EFSF steht für „European Financial Stability Facility“, auf Deutsch in etwa „Europäische Behörde zur Stabilisierung der Finanzen“ (die Begriffe dienen nur der Täuschung der Bevölkerung, lassen Sie sich davon nicht irreführen), es ist eine Organi-

sation, deren Hauptzweck das Verleihen von Geld an Euro-Staaten ist, die mehr Geld ausgeben wollen, als sie einnehmen und hierbei den Bogen bereits so weit überspannt haben (in Form von extrem hohen Staatsschulden), dass ihnen normale Kreditgeber, wie z.B. Versicherungsgesellschaften, kein Geld mehr zu einigermaßen tragbaren Zinsen (unter 6-7%) leihen wollen. Das zu verleihende Geld wird vom Fonds am Weltmarkt eingesammelt, indem eigene Anleihen ausgegeben werden.

Der zentrale Knackpunkt dabei ist, dass alle Euro-Staaten jeweils für einen bestimmten Anteil der geliehenen Summe haften. Deutschland haftet (bürgt) dabei vertragsgemäß mit dem größten Betrag.

Wird also das verliehene Geld nicht oder nur teilweise zurückgezahlt, müssen die Bürgen einspringen.

In Kurzform: Überschuldetes Land erhält Kredite zu günstigeren Zinsen, als es sonst zahlen müsste, Deutschland und einige andere Länder bürgen.

Als Nebenwirkung sinkt verständlicherweise die Kreditwürdigkeit Deutschlands, so dass für neue Kredite mehr Zinsen bezahlt werden müssen.

Zurzeit sind die Eurostaaten mit Hochdruck dabei, den Umbau des EFSF voranzutreiben und zwar soll spätestens ab 2013, ein permanenter Krisenfonds (der Name ist Programm) eingerichtet werden (als offizieller Name ist ESM vorgesehen, Europäischer Stabilitätsmechanismus), der nicht nur deutlich mehr Geld verleihen kann, sondern bei dem auch die Anteilseigner mit guter Bonität, insbesondere also Deutschland, **für mehr haften**, als es ihrem Anteil entspricht. Das nächste Unterkapitel behandelt den ESM im Detail.

Der Grund für diese erhöhte Haftung (die Deutschlands Bonität zweifellos herabsetzen würde) ist, dass sich immer mehr herauskristallisiert, dass die Länder mit niedriger Bonität de facto niemals wirklich haften würden, sie würden im Falle des Falles wahrscheinlich gar nichts zahlen oder die Insolvenz erklären (müssen). Die ursprünglich vorgesehene Lösung, die auch millionenfach bei privaten Krediten üblich ist, nämlich das Verpfänden oder Hinterlegen von Sicherheiten, in diesem Fall durch Einzahlung von Bargeld, konnten diese Länder offensichtlich umgehen, da Deutschland ohne jeden Grund bereitwillig deren Haftung anscheinend übernehmen möchte. Formell beschlossen oder von Deutschland ratifiziert sind diese geplanten Änderungen zuungunsten Deutschlands aber noch nicht. **Sie müssen unbedingt verhindert werden.**

Als ob das alles nicht bereits erschreckend genug wäre, kommt noch folgende mögliche Entwicklung hinzu, die von einigen EU-Politikern und -Bürokraten bereits mit großer Energie vorangetrieben wird: Die EU selbst darf bisher weder Steuern erheben (und das soll bitteschön auch genau so bleiben) noch darf sie Kredite aufnehmen. Sie ist bisher auf direkte Überweisungen der EU-Länder angewiesen.

Wie nicht anders zu erwarten (siehe die Liste der möglichen Einnahmen von Staaten weiter oben), reicht einigen dies nicht, sie möchten gerne weitere Geldquellen erschließen. Die raffinierteste Möglichkeit ist eine Kreditaufnahme. Und Sie ahnen es vielleicht schon: Der ESM soll nach diesen Plänen die konkrete Bürokratie werden, die genau diese Aufgabe zusätzlich erhalten soll.

Dies muss unbedingt verhindert werden, die EU soll in keinem Falle die Möglichkeit erhalten, Kredite aufzunehmen, ganz im Gegenteil sollten die EU-

Verträge so abgeändert werden, dass genau dies auf unbeschränkte Zeit verboten und jeglicher Versuch, auch einer Umgehung, bestraft wird.

Die neueste Entwicklung im Zusammenhang mit dieser Wohlstandsvernichtungsbehörde ist der Vorschlag, diese Staatsanleihen vom Zweitmarkt aufkaufen zu lassen, so wie es die EZB schon seit einiger Zeit rechtswidrig tut (der Zweitmarkt für Staatsanleihen ist der Markt, auf dem Anteile an Staatsanleihen nach der ursprünglichen Ausgabe gehandelt werden; wenn Sie selbst also z.B. solche Anleihen kaufen möchten, dann müssen Sie dies auf dem Zweitmarkt tun). Der einzige Hintergrund einer solchen Aktion, deren fast zwangsläufige Verluste wieder Deutschland zum größten Teil tragen müsste, ist es, diese Anleihen den Banken und weiteren Firmen abzukufen, damit diese dann wieder neu aufgelegte Staatsanleihen kaufen.

Als Fazit kann man sagen, dass diese Behörde von Grund auf wirtschaftspolitisch alles falsch macht, was man nur falsch machen kann: Man gibt Ländern, die bereits seit vielen Jahren bewiesen haben, dass sie nicht im geringsten vorhaben, vom Schuldenmachen abzulassen, noch mehr Kredite, deren Zinsen sie dann im Prinzip natürlich auch bezahlen müssten, und lässt andere Länder dafür haften. Der automatisch wirkende und von den ursprünglichen EU-Verträgen auch so vorgesehene Regelmechanismus, nämlich dass steigende Zinsforderungen der möglichen Kreditgeber das Schuldenmachen irgendwann stoppen, wird ausgehebelt. Ohne jeden Grund. Denn es gibt keinen echten Grund für diese ständige Erhöhung der Überschuldung.

Und die Haftungsübernahme durch andere Staaten, maßgeblich Deutschland, ist nichts weiter als eine Unglaublichkeit erster Güte, potentiell wirtschaftlicher Selbstmord und bereits kurzfristig mit Milliardenkosten verbunden in Form höherer Zinsen, die Deutschland für eigene Kreditaufnahmen zahlen muss.

Ein normaler Mensch z.B. würde sich ja auch nicht aus Spaß ein Messer in den Bauch rammen. Aber Deutschland tut wirtschaftlich genau dies durch die bedingungslose Unterstützung des EFSF/ESM.

Diese Behörde muss also zwingend und sofort daran gehindert werden, noch mehr Schaden anzurichten, als bereits angerichtet wurde. Es muss verboten werden, auch nur 1 Cent mehr an Krediten zu verleihen, ebenso **muss die Behörde schnellstmöglich und ersatzlos aufgelöst werden.** Und in keinem Falle darf sie auch nur für 1 Euro irgendwelche Staatsanleihen aufkaufen oder Kredite an die EU vergeben. Und auch sonst keine weiteren Transaktionen machen, da diese höchstwahrscheinlich nicht weniger verheerend wären als die bisher durchgeführten oder angedachten.

Da sich mittlerweile genauer herauskristallisiert, wie der ESM nach dem Willen der Parteibonzen der Regierungen strukturiert sein soll, hier noch einige ergänzende Erläuterungen zu diesem Thema:

6.8 Der ESM-Fonds

Im Laufe der nächsten Monate soll eine neue Bürokratie vertraglich fixiert werden, der die Politiker den Namen "Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM) gegeben

haben; angeblich soll damit der Euro "stabilisiert" werden. Der ESM soll den EFSF-Fonds ersetzen.

Einen echten Grund, warum diese Bürokratie jetzt fixiert werden soll, gibt es nicht, nach [Ansicht von kompetenten Fachleuten](#) ist der jetzige EFSF-Fonds bereits mehr als ausreichend dimensioniert.

Aufgabe des ESM soll es sein, denjenigen Euro-Staaten Kredite zu geben, deren Politiker keine Lust dazu haben, die dortigen Staatsausgaben den Staatseinnahmen anzupassen (bzw. umgekehrt), und die deshalb keinen Kredit zu einigermaßen erträglichen Konditionen auf dem freien Markt mehr erhalten.

Haften sollen die Anteilseigner des ESM, Deutschland konkret mit 27,1%; in der Praxis wird die Haftung deutlich höher sein, da ja mindestens diejenigen Staaten, die bereits ESM-Kredite erhalten, quasi schon insolvent sind und die restlichen Staaten deren Haftungssumme übernehmen müssten. Die Stimmrechte dagegen für Deutschland sind nur 1/17, also ca. 5,9%.

Die Vergabe eines Kredites erfordert immerhin einen einstimmigen Beschluss, jedes Land hat also ein Vetorecht (wobei bereits jetzt Forderungen von EU-Parteifunktionären erhoben werden, dass ein reiner Mehrheitsbeschluss ausreichen soll, siehe den Artikel in der Welt: ["Abkehr von Einstimmigkeit: EU-Politiker will Finnien bei Euro-Rettung umgehen"](#)). Die entscheidende Frage – zumal in anbetracht der Vorgeschichte – ist aber, ob sich Deutschland im Speziellen dem Druck zur Vergabe in der Praxis entziehen kann. Es besteht nämlich angesichts von 10-13 Pleitekandidaten eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit (siehe z.B. die Stimmungslage bzgl. der lächerlichen 0,25%-Punkte Erhöhung der Leitzinsen), dass der weit überwiegende Teil der Länder sich für eine Kreditvergabe ausspricht, weil sie selbst hoffen, in Zukunft entsprechende Kredite bewilligt zu erhalten und weil sie bzw. die Firmen im Lande tendenziell Verluste erleiden würden, gäbe es keine Kredite.

Eine Reihe von schwerwiegenden Beschlüssen können aber mit einfacher Mehrheit erfolgen, siehe hierzu z.B. den Artikel im Spiegel: ["Teure Währungsrettung: Rechnungshof zerlegt Merkels Euro-Plan"](#)

Die akute Gefahr ist zudem, dass Politiker und andere Akteure (Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes etc.) des Kredit-ersuchenden Landes einen erheblichen Druck auf Deutschland und auch die EU aufbauen werden ("Deutschland verhindert, dass unsere Renten gezahlt werden" etc.), den Kredit zu bewilligen; entsprechende Versuche wurden bereits unternommen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass diesem unberechtigtem und z.T. demagogischem Druck nicht standgehalten wird, sondern ganz im Gegenteil wird bereits im Vorfeld nachgegeben.

Deutschland unterwirft sich unterm Strich damit dem Diktat von ausländischen Parteipolitikern, die praktisch allesamt seit vielen Jahren unter Beweis gestellt haben, dass Ihnen ein seriöses Wirtschaft zutiefst zuwider ist (sonst wären ihre Staaten ja nicht quasi insolvent) und deren objektives Interesse bzgl. des ESM alleine darin besteht, dass dieser ihnen möglichst viel Geld ohne große Auflagen zur Verfügung stellt, damit sie dieses weiterhin wie bisher an bevorzugte Wählergruppen sowie für z.T. fragwürdige Projekte ausgeben können.

Das Geld für die zu vergebende Kredite soll auf dem freien Markt eingeworben werden und dann gegen einen Aufschlag an die quasi insolventen Euro-Länder weitergereicht werden.

Beispielsweise könnte China Anleihen des ESM erwerben (=dem ESM Kredite geben) und der ESM würde dann einen entsprechenden Kredit an das Euro-Land geben.

Mit Sicherheit würde China keinen Zahlungsausfall hinnehmen, d.h., falls das Euro-Schuldnerland nicht zahlt, müsste der ESM den Verlust tragen und aus Steuergeldern ausgleichen, damit dann China seinerseits die Kreditsumme samt Zinsen zurückerhält; es wäre keine Option, China die Rückzahlung zu verweigern.

Nach einer solchen Kreditvergabe ist der Plan wie folgt: Das Euro-Land zahlt seine Schulden vertragsgemäß zurück und zwar samt Zinsen. Danach wird es keinen weiteren Kredit erhalten, sondern muss diesen wie vorher auf dem freien Markt einwerben.

Und hier kommt das Problem, nämlich die Voraussage, was tatsächlich in der Praxis droht:

Entweder

wird das Euro-Land den Kredit gar nicht oder nur teilweise oder verspätet oder ohne Zinsen oder mit weniger Zinsen zurückzahlen. In allen Fällen verliert der ESM Geld, 1-2% bis hin zu 100%. Diese Verluste müssen die Anteilseigner tragen.

oder

das Euro-Land wird bei Fälligkeit einen Anschlusskredit beantragen und auch erhalten. Diese Variante ist die wahrscheinlichere. Unterm Strich wird die Kreditsumme dann nie zurückgezahlt, das Geld ist geschenkt worden.

Als ob das nicht schon verheerend genug wäre, kommt noch folgendes hinzu: Da die Kredite in der Praxis kaum aus Spareinlagen bestehen, sondern das Geld einfach aus dem Nichts geschöpft wird, tritt in der Folge eine Geldentwertung ein. Der Kaufkraftverlust (in Höhe der Kreditsumme) schädigt alle Bürger der Euro-Länder und zwar vor allem diejenigen, die ihre Einkommen nicht schnell nach oben anpassen können, also vor allem die Angestellten, Rentner, Beamte usw., sprich: die Mehrheit der Bevölkerung.

Und noch eine Wohltat der Politiker – denn nur auf diese geht das alles zurück – muss hier erwähnt werden: Durch dieses Mehr an Geld tritt eine Inflation ein, die viele in eine höhere Steuerprogression drücken werden. Die Bürger werden also diese Kredite nicht nur durch einen Kaufkraftverlust finanzieren, sondern ihnen wird noch zusätzlich Geld durch höhere Steuern entzogen.

Eine weitere negative Wirkung für Deutschland wäre das Ansteigen der Zinslast aufgrund der verringerten Kreditwürdigkeit (Bonität). Denn die Kreditgeber Deutschlands werden umso höhere Zinsen verlangen, je größer die Verlustrisiken sind. Und diese steigen durch die Bürgschaften für die ESM-Kredite deutlich.

Damit aber ist das Drama immer noch nicht zu Ende. Denn das eigentliche Ziel der Politiker ist es anscheinend (so muss man aufgrund der Vorgehensweise vermuten), das Geldsystem vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen, d.h., sie wollen die Möglichkeit haben, zu jeder Zeit eine beliebige Menge Geld zu drucken, so wie damals zur Zeit der Hyperinflation. Dieses "drucken" erfolgt natürlich viel raffinierter, nichts wird gedruckt, das Geld wird einfach durch Tastendruck im Rechner erzeugt. Und der ESM ist dieser konkrete Mechanismus, der genau das bewirken kann, zwar noch nicht in der jetzt geplanten Fassung, aber angedacht ist dies alles bereits.

Und auch die EU, die bisher auf Überweisungen der EU-Länder angewiesen ist, hat schon begehrliche Blicke auf den ESM geworfen, sie möchte von dort ebenfalls Geld erhalten, damit sie noch mehr Geld ausgeben kann.

Noch ist es nicht so weit: Wehren Sie sich, fordern Sie von den Politikern, dass der ESM nicht eingeführt werden soll, sondern dass die Probleme schlicht und ergreifend dort gelöst werden, wo sie vorsätzlich erzeugt werden, nämlich bei den viel zu hohen Ausgaben im Verhältnis zu den Einnahmen (bzw. umgekehrt).

Konkret eingeführt werden soll der ESM durch Bruch der no-bail-out-Klausel des Art. 125 der EU-Verträge (Verbot der Haftung oder Zahlung für Schulden anderer Staaten) und zwar durch eine raffinierte Ausnahmeregelung durch Ergänzung des Art. 136, der die Genehmigung zur Einrichtung von Bürokratien a la ESM enthält. Am 24. März 2011 haben die EU-Regierungen dies bereits rechtswidrig beschlossen. Zum Glück müssen jetzt erst einmal alle 27 Parlamente noch zustimmen, hierdurch kann alles noch einmal gestoppt werden. Oder das Bundesverfassungsgericht schlägt sich auf die Seite der Bürger.

Wenn aber alle 27 Parlamente zustimmen, gibt es keinen Weg mehr zurück, denn die Wiedereinführung der no-bail-out-Klausel setzt ebenfalls Einstimmigkeit voraus. Und die profitierenden Länder würden niemals zustimmen.

Der ESM, der die Transferunion de facto implementiert, ist ein Sprengsatz für die EU, denn spätestens wenn die Bevölkerungen der draufzahlenden Länder merkt, dass sie hemmungslos und rücksichtslos ausgebeutet wird, wird es eine massive Gegenbewegung geben mit der Möglichkeit einer Radikalisierung. Und falls die profitierenden Parteibonzen der Nehmerländer dann die nationalistische, anti-EU, anti-Deutschland Karte ziehen, ist eine Zerstörung der EU in kurzer Zeit möglich. Lassen Sie es nicht so weit kommen, sondern fordern Sie von den Politikern, den ESM und damit die Transferunion nicht einzuführen.

Zum ESM gibt es ein separates Dokument mit mehr Details: „Der ESM - Der Sprengsatz für den Euro und die EU“:

<http://www.nein-zur-transferunion-fuer-stabiles-geld.de/wp-content/uploads/2011/06/ESM.pdf>

6.9 Euro-Bonds

Die Anleihen (engl. Bonds), die der EFSF am Markt platziert, haben aus Sicht der Zeichner (Kreditgeber) der Anleihen den Mangel, dass die Anteilseigner des Fonds nur anteilig haften; aus diesem Grunde fordern sie auch höhere Zinsen als sie das für Schuldner bester AAA-Bonität (wie Deutschland) tun würden. Denn sollte es Schwierigkeiten bei der Rückzahlung geben, z.B., weil der Staat, dem das eingenommene Geld weiterverliehen wurde, das Geld nicht zurückzahlt, so können die Kreditgeber im Zweifel nur mit einer Rückzahlung eines Teils des Geldes rechnen, nämlich mit dem Teil, für den die Anteilseigner, die über eine AAA-Bonität verfügen, haften.

Dieser Umstand verhindert glücklicherweise zurzeit noch, dass das theoretische Volumen von 440 Mrd. Euro voll ausgeschöpft werden kann, das dem Fonds zugeordnet wurde.

Da diese Beschränkung sowohl die Bürokraten des Fonds schmerzt wie auch die Politiker in den Kreditnehmerländern, versuchen sie mit hoher Energie und Ausdauer, die Beschränkung ändern zu lassen.

Die Idee hierbei ist es, eine so genannte **gemeinschaftliche Haftung** einzuführen, d.h., jeder Anteilseigner der Fonds haftet für alle Schulden. Deutschland würde dann für alle Schulden haften, jeder Gläubiger des Fonds könnte von Deutschland die Zahlung der vollständigen Summe verlangen, statt nur des Anteils, wie das jetzt geregelt ist. Das ist in etwa so, wie wenn Sie für alle Kredite ihrer Nachbarn haften würden, und zwar ohne jeden Grund und ohne einen einzigen Vorteil davon zu haben.

Eine solche schwerwiegende Änderung, die für Deutschland ausschließlich dramatische Nachteile hat (Haftung für weitere hunderte Milliarden Euro, Risiko, dass die eigene Bonität sinkt), würde unweigerlich dazu führen, dass der Fonds noch mehr Kredite vergeben kann, denn was vergeben werden kann, wird vergeben werden.

Selbst dieser unfassbare Vorschlag, der auch von Deutschen Politikern vorangetrieben wird, ist aber in Wirklichkeit nur als fast schon harmloser Einstieg in eine hemmungslose, unbeschränkte, weitere Verschuldung gedacht.

Denn der Fonds soll gemäß einigen weiteren Plänen die Bürokratie sein, die für die EU Kredite aufnehmen kann. Bisher ist aus sehr guten Gründen der EU eine Kreditaufnahme verboten, sie erhält ihr Haushaltsgeld bisher ausschließlich durch Überweisungen aus den EU-Ländern.

Dies ist den EU-Politikern schon lange ein Dorn im Auge, sie möchten gerne selbst Steuern erheben und – natürlich – Kredite in unbeschränkter Höhe aufnehmen können.

Den vollkommen verantwortungslosen Schuldenorgien in den Kommunen, Bundesländern und dem Bund soll also noch eine weitere Hierarchiestufe hinzugefügt werden, nämlich auf EU-Ebene. Und zwar ohne jede Kontrolle oder Beeinflussungsmöglichkeit durch die nationalen Regierungen oder gar durch die Bevölkerungen.

Hierbei wird mit allen Tricks gearbeitet, so z.B. aktuell, in dem Vorhaben vorgeschickt werden, die sich aus Sicht zumindest eines Teils der Bevölkerung gut anhören, wie die Finanzierung von zusätzlichen Stromtrassen, um Windmühlenstrom von den Küsten nach Süden oder Osten zu leiten. (Zu diesem Thema könnte man ein ganzes

Buch schreiben: Welche Begründungen Politiker im Laufe der Weltgeschichte aufgetischt haben, um neue Steuern durchzusetzen).

Lassen Sie sich nicht blenden von all denen, die diese Bonds befürworten; wenn Euro-Bonds eingeführt werden sollten, wird die zwangsläufige Folge eine Schuldenorgie ohne Gleichen sein, mit minimalen Einfluss Deutschland und praktisch keinem Einfluss der Deutschen Wähler.

Aus dem Gesagtem ergibt sich nur eine einzige richtige Antwort: **Das vollständige Verbot von Euro-Bonds sowie zusätzlich das vollständige Verbot für die EU, Steuern zu erheben oder Kredite aufzunehmen.**

6.10 Was passiert, wenn die Rettungsschirm-Kredite auslaufen?

Diese Frage wird von den Befürwortern wohlweislich nicht gestellt und erst recht nicht beantwortet. Da bisher die Kreditnehmerstaaten keinerlei Anstalten unternommen haben, die Gesamtverschuldung auch nur ansatzweise zu reduzieren, bedeutet dies zwangsläufig, dass immer dann ein neuer Kredit in ähnlicher Höhe neu aufgenommen werden muss, wenn ein alter ausläuft.

Was also wird passieren, wenn ein Rettungsschirm-Kredit ausläuft? Im günstigen Fall, nämlich, wenn das Land am Markt zu günstigen Zinsen Kredite aufnehmen kann, gibt es keine Probleme, der Rettungsschirm-Kredit wird durch den neuen Markt-Kredit abbezahlt und ist damit beendet.

Im ungünstigen Fall aber, wenn das Land meint, die vom Markt geforderten Zinsen nicht bezahlen zu wollen oder nicht bezahlen zu können, werden die Politiker dieses Landes einen sehr hohen Druck – direkt und indirekt (z.B. durch Streuen von Insolvenzgerüchten) – aufbauen, damit sie den Rettungsschirm-Kredit verlängert bekommen. Im schlimmsten Fall wird sich dies ständig wiederholen, d.h., der Kredit wird nie zurückgezahlt, sondern das Geld wird damit de facto geschenkt sein.

Leider hört sich dieses ungünstigste Szenario nur zu vertraut und realistisch an, **weswegen es unbedingt verhindert werden muss.**

6.11 Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB

Da es bzgl. der Staatsanleihen einiger Staaten Zweifel gibt, ob diese Kredite vertragsgemäß, d.h., zum vereinbarten Zeitpunkt und vollständig, zurückbezahlt werden, besteht ein erhebliches wirtschaftliches Risiko für alle diejenigen, die solche Staatsanleihen halten. In dem Moment, wo klar ist, dass die Werthaltigkeit dieser Anleihen nicht mehr vollständig gegeben ist, müssen die Halter diese Anleihen einen entsprechenden Betrag abschreiben; je nach Höhe kann dies zum Verlust oder gar zum Konkurs führen.

Angespornt durch diese Bedrohung hat es die Finanzbranche erfolgreich geschafft, einen äußerst wichtigen Vertragsbestandteil der Euro-Verträge, nämlich das Verbot des Aufkaufs von Staatsanleihen in den EZB-Statuten (Art. 21.1), von den Politikern – und zwar ohne Rechtsgrundlage – im März 2010 aufheben zu lassen. D.h., seitdem kauft die EZB den Banken usw. diese Staatsanleihen zum Nennwert auf, sie übernimmt damit die verbundenen Risiken und setzt sich erheblichem, politischem Druck aus, Zugeständnisse machen zu müssen, z.B. immer mehr Anleihen aufzukaufen oder nicht auf rechtzeitige Rückzahlung zu bestehen.

Sollte sich eine solche Staatsanleihe als nicht vollständig werthaltig erweisen, weil der ausgebende Staat die Insolvenz erklärt, so muss die EZB die entsprechende Differenzsumme abschreiben. Die Teilhaber (Eigentümer) der EZB – der größte davon ist Deutschland mit einem Anteil von fast 28% – müssten in einem solchen Fall umgehend diese Verlustsumme an die EZB überweisen. Fällt also beispielsweise die Rückzahlung einer Anleihe von 20 Mrd. Euro aus, so muss Deutschland – an sich aus Steuergeldern – umgehend 5,6 Mrd. Euro an die EZB überweisen. In der Praxis könnte sich diese Summe für Deutschland nochmals erheblich erhöhen, da ja nicht nur der insolvente Staat als Teilhaber ausfällt, sondern wahrscheinlich noch eine Reihe weiterer Staaten erklären werden, dass sie nicht in der Lage sind, die geforderte Summe aufzubieten.

Diese Risikoüberwälzung von den privaten Unternehmen auf Deutschland ist aus gutem Grunde durch die ursprünglichen Euro-Verträge strikt verboten worden, es handelt sich um eine Klausel zum Schutze der Bürger gegen willkürliche Manipulationen seitens der Zentralen und/oder der Politiker zu ihren Ungunsten.

Alle diese Ankäufe müssen daher sofort und vollständig rückabgewickelt werden und das ursprüngliche Verbot muss wieder in Kraft treten und zwar in einer verschärften Form, die jegliche zukünftige Umgehung unter strenge Strafe stellt und zwar mindestens durch sofortige Amtsenthebung der Täter sowie gemeinschaftlicher Haftung dieser für alle Schäden.

Eine wichtige Anmerkung muss noch gemacht werden, nämlich die Frage, welche Anleihen denn genau von wem aus welchem Grunde und aus welchem Land gekauft wurden. Berichten zufolge haben z.B. die französischen Banken alle ihre Euro-Schrottpapiere an die EZB verkauft. Die EZB sollte unbedingt tagesaktuell eine Liste der Käufe ins Internet stellen, damit jeder sehen kann, was da zu wessen Gunsten für Risiken angehäuft werden.

6.12 Rückkauf von Staatsanleihen zu weniger als 100%

Staatsanleihen eines Staates, der nicht mehr vollständig kreditwürdig ist, werden auf dem Zweitmarkt in der Regel unter ihrem Nennwert gehandelt, z.B. mit 30% Abschlag. Dies ist zurzeit bei einigen Euroländern der Fall.

Hieraus ist die Idee entstanden, dass diese Länder ihre eigenen Staatsanleihen zu eben diesem verminderten Marktpreis zurückkaufen; hierdurch würden sie Geld sparen, denn sie müssten dann später nicht die volle Summe zurückzahlen.

Das Problem dabei ist unter anderem, dass die Länder diese Kredite ja vorzeitig zurückzahlen müssten, sie haben das Geld dazu aber nicht. Dementsprechend – und das ist der Grund, warum dieser Vorschlag in diesem Kapitel zu finden ist – haben sich einige den Vorschlag ausgedacht, die anderen Länder oder der EFSF-Fonds sollten entsprechende Kredite geben, damit das kreditunwürdige Land seine Staatsanleihen günstig zurückkaufen könne. **Eine solche Kreditvergabe muss unbedingt verhindert werden**, sie würde andere Länder mit in die Haftung nehmen.

Die korrekte Vorgehensweise wäre es, eine explizite Vereinbarung mit den entsprechenden Kreditgebern zu treffen. Die Stichworte hierzu lauten Insolvenzregelung etc.

Die Gründe für die Zögerlichkeit bestehen offensichtlich darin, dass einerseits eine Insolvenz mit anschließendem Schuldenschnitt eine ziemliche Blamage wäre und dass andererseits dann in der Folge natürlich kein Kreditgeber bereit wäre, nochmals Kredite zu geben, da dann ja ebenfalls eine unvollständige Rückzahlung zu berücksichtigen wäre.

Die angedachte Lösung ist, dass unterm Strich andere Länder (in erste Linie also Deutschland) das Risiko übernehmen, was natürlich völlig indiskutabel ist.

6.13 Kreditvergabe der Bundesbank an Notenbanken

Die Bundesbank hat die letzten Jahre über – weitgehend von der Öffentlichkeit unbemerkt – ohne echte Legitimation und ohne explizite, vorher umfassend öffentlich diskutierte Genehmigung des Souveräns unbesicherte Kredite in extremer Höhe sowohl an die EZB wie auch an eine Reihe von Notenbanken anderer Euro-Länder gegeben und zwar in einer Höhe von über 320 Milliarden Euro. Im Prinzip handelt es sich um eine Art Dispositionskredit

Formell muss die Bundesbank bzw. die Deutsche Staatskasse zwar nur anteilig (28%) für diese Summe haften, aber wer weiß, ob das im Krisenfall tatsächlich so wäre; es gibt sehr gute Gründe anzunehmen, dass der tatsächliche Anteil dann schnell auf das Doppelte oder mehr steigt, denn die Krisenstaaten und noch einige weitere würden wahrscheinlich keine Zahlung leisten. Außerdem stellt sich natürlich die Frage, warum die komplette Summe in den Büchern der Bundesbank zu finden ist, statt nur der Anteil, für den gehaftet wird.

Weitere Details finden Sie unter:

- <http://www.wiwo.de/finanzen/das-risiko-traegt-der-deutsche-steuerzahler-458075>
- <http://www.sueddeutsche.de/geld/rettungsschirm-fuer-den-euro-tickende-zeitbombe-1.1080370>
- http://www.bundesbank.de/download/presse/presse-notizen/2011/20110222.ta_rget2-salden.php

Diese Kredite müssen umgehend von den jeweiligen Schuldern zurückgezahlt werden, und es muss sichergestellt werden, dass niemals wieder in Zukunft auch nur annähernd Kredite in solcher Höhe vergeben werden. Diese Kreditvergabemöglichkeit muss der Bundesbank entzogen werden. (Für das operative Geschäft mögen kurzfristig einige Milliarden gerechtfertigt sein, mehr aber nicht und niemals auf Dauer oder im Mittel).

6.14 Finanzmarktsteuer

Hierzu gibt es verschiedene Vorschläge, im Wesentlichen sollen bereits bestehende Steuern erhöht werden oder Finanztransaktionen, z.B. der Kauf von Aktien, besteuert werden, mit ca. 0,01% bis 0,1% der Summe und zwar unabhängig von Gewinnen oder Verlusten (auch als Tobin-Steuer in der Fachliteratur bekannt). Diese Steuern würden die Nachfrage nach Finanztransaktionen vermindern.

Begründet wird die Einführung einer solchen Steuer mit der Aussage, dass damit die Kosten für die Bewältigung der Krise teilweise gedeckt werden soll; da die Finanzbranche die Krise mit verursacht habe, sei es gerechtfertigt, sie daran zu beteiligen.

Die Gesamthöhe soll allerdings nur ca. 2 Mrd. Euro pro Jahr betragen, also nur einen winzigen Bruchteil der Kosten der Krise. Auch gibt es das große Problem, dass die Transaktionen dann einfach in die Länder verlagert werden würden, in denen sie nicht besteuert werden. Unterm Strich könnte das Ergebnis also sein, dass die Finanzbranche weniger Steuern als vorher zahlt. Nicht nur das, wahrscheinlich würden auch ganze Abteilungen unterm Strich auf Dauer ins Ausland verlegt.

Aber das Beste an dieser Steuer ist, dass sie wie alle Unternehmenssteuern von den Unternehmen natürlich auf die Preise umgelegt werden würde, d.h., sie gäbe schlicht und ergreifend eine Preisanpassung. Zahlen würden also letztlich die Bürger durch höhere Preise, ähnlich wie dies zurzeit im Energiebereich geschieht.

Zu guter Letzt muss man anmerken, dass diese Steuer keine einzige Ursache der Überschuldungskrise auch nur lindert, geschweige denn abschafft.

Als Fazit kann man festhalten, dass es sich um einen von wirtschaftlichen Laien inkompetent konzipierten Versuch handelt, die allgemeine Steuerlast zu erhöhen durch Vortäuschung der Beteiligung von „Schuldigen“ an den Kosten der Krise.

6.15 Ausweitung der Funktion des IWF

Der internationale Währungsfonds (IWF) ist eine Bürokratie, deren Hauptzweck die Belohnung schlechter Politik bzw. die Überwälzung der Kosten schlechter Politik auf andere Länder ist. Droht aufgrund schlechter Politik mit folgender Überschuldung in einem Staat die Insolvenz, so vergibt der IWF selbst dann, wenn alle anderen Kreditgeber nicht mehr bereit sind, weitere Kredite zu geben, unter mehr oder minder strengen Auflagen trotzdem noch Kredite. Diese Auflagen sind elementare Selbstverständlichkeiten, die dazu dienen, die Einnahmen des Landes größer als die Ausgaben werden zu lassen sowie die Wirtschaft des Landes in einer solchen Weise zu stärken, dass auch auf längere Sicht keine Neuverschuldung mehr notwendig ist.

Von einer Belohnung schlechter Politik kann dann gesprochen werden, wenn noch die gleiche Regierung an der Macht ist, die die schlechte Politik betrieben hat; in diesem Falle nämlich wird diese sozusagen belohnt, weil sie dann nicht von der Bevölkerung vertrieben wird (denn aufgrund des Kredites kann sie Geld verteilen und auf diese Weise einen Aufstand evtl. verhindern) und weil sie einen Teil der Wut der Bevölkerung über die notwendigen Reformen auf den IWF lenken kann.

Andere Länder, nämlich vor allem die Hauptgeldgeber des IWF, werden insofern geschädigt, weil diese Kredite u.U. nicht vollständig zurückgezahlt werden und weil die Konditionen zu günstig sind.

Würden alle Länder eine gute Politik betreiben und insbesondere keine Schulden machen, wäre der IWF vollkommen überflüssig.

Die Forderungen, der IWF solle in Zukunft eine wichtigere Rolle einnehmen, bedeuten de facto, dass nicht etwa eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik aller Länder gefordert wird, sondern dass die schlechte Politik mancher Länder durch noch mehr schlechte Politik (in Form des IWF) ergänzt werden soll, damit der Gesamtumfang schlechter Politik weltweit nochmals drastisch gesteigert wird.

Als Fazit muss man die Auflösung des IWF fordern.

6.16 Galoppierende Inflation

Einer der Vorschläge zur „Lösung“ der Überschuldungskrise lautet, einige Jahre lang die Teuerungsrate auf 10-15% zu erhöhen (die eigentliche Geldentwertungsrate (Inflationsrate) selbst wäre dann noch einmal 2-3% höher), um auf diese Weise die Kreditgeber für die Altschulden der Staaten teilweise zu enteignen (Altschulden wären solche, die vor dieser hohen Inflation aufgenommen wurden, nach dieser Zeit würden die Zinsen an sich ebenfalls sehr hoch sein müssen). Alle anderen Schuldner von Altschulden würden ebenfalls profitieren.

Wie weiter hinten im Abschnitt über die Inflationssteuer ausgeführt wird, ist das aber nicht der einzige Effekt, sondern es würden zusätzlich der Großteil der Bevölkerung teilweise enteignet werden, da sie ihre Einkommen nur langsamer werden erhöhen können als die Teuerung voranschreitet, ihre effektive Kaufkraft würde also sinken.

Ein wichtiger Punkt muss noch hervorgehoben werden: Das Risiko einer galoppierenden Inflation ist, dass es unter Umständen zu einer unkontrollierbaren **Hyperinflation** (Teuerungsrate von mehr als 50% im Monat) kommen kann. Dies kann insbesondere dann „geschehen“, wenn einflussreiche Gruppen eine Lohnindexierung durchsetzen können und der Staat gezwungen werden kann, immer höhere Kredite aufzunehmen, indem er die Zentralbank zwingt, immer neue Staatsanleihen „aufzukaufen“. Auch steigt die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, da jeder versuchen würde, das frisch erhaltene Geld möglichst schnell wieder auszugeben; dies wirkt gleichartig wie eine Erhöhung der Geldmenge und steigert damit die Teuerung noch mehr.

6.17 „Wirtschaftsregierung“

Seit kurzem geistert wieder einmal ein neuer Begriff durch die EU-politische Landschaft: „Wirtschaftsregierung“.

Was hierunter genau zu verstehen ist, scheint niemand genau zu wissen. Im Zweifel deutet jede/r es irgendwie anders, jedes Land verbindet damit zumindest einige Punkte.

Das einzig Gute daran ist, dass zumindest noch keine desaströse Politik in unterschriebene Verträge gegossen wurde.

Grundsätzlich muss man vorab schicken, dass zu unser aller Glück die EU selbst sowie die Verfassungen Deutschlands sowie aller anderen EU-Länder freiheitlich orientiert sind: Der Mensch steht im Mittelpunkt, er darf insbesondere sich selbst sein Tätigkeitsfeld aussuchen, mit wenigen Ausnahmen jede Tätigkeit ausführen, mit fast allem handeln, Eigentum besitzen, verkaufen, kaufen, usw. Die Rolle des Staates ist es hierbei, das Recht zu schützen und durchzusetzen, Betrug zu verhindern und zu bestrafen, Monopole zu unterbinden usw. Der Staat selbst führt keine eigenen Unternehmen und redet den Unternehmen nicht in die internen Entscheidungen rein.

Und das ist gut so. Jeder anders strukturierte Versuch in der Vergangenheit ist mehr oder minder katastrophal gescheitert, zu Lasten der Bevölkerung.

Die klare Konsequenz hieraus ist, dass diese Grundstruktur genauso bleiben muss, bzw. behutsam in die richtige Richtung fortentwickelt werden muss, z.B. in Richtung der Maximierung des Wettbewerbs auf spezielleren Märkten, wo das noch nicht der Fall ist (z.B. Strom).

Der Begriff selbst hat – jedenfalls im Deutschen ist das so – einen äußerst schlechten Klang, weil er nach diffusem, unstrukturiertem Rumrühren seitens der politischen Führung in wirtschaftlichen Dingen klingt. Man sollte ihn daher ein für alle mal aus dem Wortschatz streichen.

Inhaltlich kann nur eine gute Ordnungspolitik gemeint sein. In Bezug auf das Geldsystem heißt das die zügige und konsequente Umsetzung einer Bürger-zentrierten Währung, wie hier in diesem Text beschrieben, die Festschreibung einiger Regeln zum Eigenkapital von Banken und anderer Firmen, die verhindern sollen, dass diese insolvent werden, wenn einige gegebene Kredite nicht (vollständig) zurückgezahlt werden.

Aktualisierung: Am 01.03.2011 schreibt die FAZ: „Die EU schwächt die deutschen Forderungen zur Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Staaten ab: Die Länder sollen sich jetzt gegenseitig einige allgemeine Reformen versprechen und darüber einmal jährlich reden.“

Und im Gegenzug stimmt Deutschland der Transferunion zu, so in etwa muss man ergänzen. Das nennt sich dann Politik für die Bevölkerung.

6.18 „Politische Union“

Die EU hat bereits gewisse Elemente einer politischen Union, d.h., einer Organisation, die mehrere Länder zusammenfasst und bei der die Union wesentliche Teile der Politik gestaltet. Allerdings bezieht sich das zurzeit im Wesentlichen auf Teile der Ordnungspolitik, z.B. dem Kartellrecht, und nicht auf z.B. die Außenpolitik, obwohl auch hier allmählich Strukturen eingezogen werden. Insgesamt handelt es sich um einen sehr unstrukturierten, unklaren Prozess, in den die Bevölkerungen praktisch nicht einbezogen werden; die äußerst lohnende Diskussion dieser Thematik soll hier aber außen vor bleiben.

Nichtsdestotrotz gibt es Stimmen, die zur Bewältigung der Krise die sofortige und massive Ausweitung der politischen Union fordern, diese soll dann insbesondere die Wirtschafts- und Finanzpolitik bestimmen, evtl. in die Tarifhoheit der Menschen eingreifen oder die Exporte regulieren usw. usw. Präzise Vorstellungen sind rar, die Ideen generell eher naiv und von Inkompetenz und Unkenntnis sowohl der bestehenden, rechtlichen Regelungen wie auch der Funktionsweise der Wirtschaft gekennzeichnet (was kein Wunder ist, wenn man sich die Lebensläufe der Befürworter ansieht...).

Dementsprechend gibt es erhebliche Bedenken gegen eine solche deutliche Ausweitung der Befugnisse der EU. Zu Recht. Die ganze Rolle, Strategie, Organisation und rechtliche Grundlage der EU bedarf in Wirklichkeit einer umfassenden Grundrevision, bevor hier auch nur eine einzige zusätzliche Kompetenz verliehen wird.

6.19 „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“

Was der genaue Inhalt oder das Ziel ist, ist noch z.T. unklar; möglicherweise geht es darum, die oben erwähnten Schlagwörter von der Wirtschaftsregierung sowie der Politischen Union aufzugreifen und sie ins Leere laufen zu lassen, indem eine maßgeblich von Deutschland gestaltete Variante hiervon unter neuem Namen präsentiert wird.

Kernidee ist, dass die Krise maßgeblich durch schlechte Finanz- und Wirtschaftspolitik ausgelöst wurde. Dementsprechend werden eine Reihe von Vorschlägen präsentiert, wie diese Ursachen beseitigt werden können, z.B.:

- Die Staatsverschuldung soll reduziert werden, insbesondere soll die Neuverschuldung erheblich begrenzt oder gar zu gestoppt werden
- Die Finanzierung eines niedrigen Renteneintrittsalters durch Auslandsschulden soll beendet werden, indem das Renteneintrittsalter erhöht wird
- Steuerdumping soll verhindert werden
- Es sollen ausreichende Mittel für Zukunftsinvestitionen bereitgestellt werden (vermutlich in Form von Bildungskosten und geringen Steuern für die Unternehmen, damit sie investieren können)

- Abschaffung von den das Preisniveau treibenden Lohnindexierungen (automatische, tendenziell kredit-finanzierte, Lohnsteigerungen, wenn das Preisniveau steigt; kommt meist nur einigen privilegierten (staatsnahen) Personengruppen zugute)
- Es sollen die weltweit besten Maßnahmen und Vorgehensweisen zum Maßstab werden („best practice“)

Rätselhafterweise soll dann über diese Themen in großem Kreis, mindestens der Euro-Länder, befunden werden. Konkret sollen die Haushaltsentwürfe von der EU abgesegnet werden. Sanktionen für schlechte Entwürfe soll es nicht geben; da vorgesehene Sanktionen in anderen Zusammenhängen bisher nie in der EU funktioniert haben, gibt es keinen Anlass anzunehmen, dass dies hier anders werden würde.

Das wirklich fatale an dem Ganzen ist aber, dass Deutschlands anscheinend im Gegenzug für einige diffuse, vage „Zusagen“ von Auslands-Politikern den Transferunions-/Enteignungs-Euro einführen soll. **Und das muss unbedingt verhindert werden.**

Grundsätzlich muss man konstatieren, dass in diesem Zusammenhang immerhin einige mögliche Maßnahmen angesprochen werden, deren tatsächliche Durchführung einen positiven Effekt hätte.

Die professionelle Vorgehensweise wäre es, eine Liste aller möglichen Maßnahmen aufzustellen und diese dann für jedes Land einzeln zu analysieren: Welche Maßnahme bringt wie viel und kostet wie viel? Man sortiert diese dann nach Wirkungs-/Kosten-Verhältnis und arbeitet die so erhaltene Liste von oben beginnend ab. So übersieht man keine Maßnahme und kann sich sicher sein, dass man die Ziele mit minimalen Kosten erreicht (in der Praxis werden lautstarke und privilegierte Gruppen mit Sicherheit einige Maßnahmen zu verhindern oder abzuschwächen wissen, zu Lasten der restlichen Bevölkerung).

Soviel Professionalität und Management-Qualität ist anscheinend nicht vorgesehen, aber immerhin einige Teilfacetten daraus. Sicher ist es auch von Vorteil, diese ganzen Maßnahmen öffentlich zu diskutieren, als das normalerweise der Fall ist (in der Fachwelt sind alle diese Maßnahmen natürlich schon seit langer Zeit bekannt, aber für viele Politiker sowie die Öffentlichkeit trifft das nicht unbedingt zu).

Was aber in jedem Falle völlig unnötig ist, sind irgendwelche quälenden, politischen Abstimmungen. Führt man ein absolutes Verbot der Staatsverschuldung ein, so werden vollautomatisch alle Kräfte mobilisiert, die Haushalte in Ordnung zu bringen und in Ordnung zu halten. Jedes Land wird dann die notwendigen Diskussionen selbst führen können und müssen, um dann die – hoffentlich – guten und richtigen Entscheidungen zu treffen. Irgendwelche Abstimmungen mit anderen Ländern sind dazu nicht erforderlich.

Dementsprechend ist das vorläufige Fazit wie folgt: Es ist gut, verschiedene gute Maßnahmen zu identifizieren (den „best practice“ weltweit ausfindig zu machen) und öffentlich in allen Ländern zu identifizieren. Die Festlegung aber, welche Maßnahmen in den einzelnen Ländern wie durchzuführen sind, sollte den Ländern selbst vorbehalten bleiben (eine evtl. Ausnahme ist das Verbot von Steuerdumping zulasten anderer Länder). Irgendein bürokratischer, von mühsamen Abstimmungsversuchen

dominierter „Pakt“ dagegen ist völlig überflüssig, die Einführung **einer einzigen, absolut fixen** Regel (das Verbot, Schulden zu machen) reicht vollkommen aus.

Wichtig ist, sich in keinem Falle von dieser Diskussion davon ablenken zu lassen, dass ab März der Transferunions-/Enteignungs-Euro eingeführt werden soll.

6.20 „Pakt für den Euro“

Nur wenige Wochen, nachdem der „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ lanciert wurde, wird nun bereits die nächste Sau durchs Dorf getrieben. Ein weiteres Mal wird den Bürgern durch scheinbar wohlklingende Worte Sand in die Augen gestreut.

Gemeint damit ist, dass einige Politiker von überschuldeten Ländern versprechen, marginal weniger Geld zu viel ausgeben als bisher geplant. So nach dem Motto: Statt 7% Budgetdefizit versprechen wir 6,8% anzustreben.

Der alles entscheidende Punkt ist aber, dass im Gegensatz für diese Versprechungen **hunderte Milliarden an zusätzlichen Risiken** für die haftenden Euro-Länder, also Österreich, Deutschland, Finnland etc. entstehen sollen und zwar durch Ausweitung der Haftung und die Ausweitung der Hilfsfonds.

Das ist kein Pakt für den Euro, das ist **ein Pakt gegen die Bürger**.

6.21 Der Fahrplan in die Schulden- und Transferunions-Hölle

Im Hintergrund sind tausende von Politikern und Bürokraten dabei, die genauen Regeln der Schulden- und Transferunions-Hölle auszuhecken. Irgendeine öffentliche Diskussion oder gar Beteiligung der Bevölkerungen der Länder ist dabei nicht gewünscht, das ganze Thema wird soweit wie nur irgendwie möglich heruntergespielt.

Ganz im Gegenteil wird vorsätzlich ein so hohes Tempo vorgelegt und gleichzeitig andere Themen so aufgebauscht, dass sogar die Berichterstattung bei weitem nicht in dem Maße stattfindet, wie das notwendig wäre.

Noch mal zur Erinnerung: Hier geht um **zusätzliche, mögliche Ausgaben in Höhe des gesamten Bundesbudgets** pro Jahr.

6.21.1 11. März 2011: Gipfel der Euro-Staats- und Regierungschefs

Einer der vielen Gipfel, auf dem die Details der Ausbeutungsgesetze besprochen wurden, leider genau in der hier beschriebenen Weise zuungunsten der Bürger. Die Regierung hat hier am Parlament vorbei bereits Zusagen gemacht, der Bundestag soll das dann nur noch untertänig abnicken.

6.21.2 14. März 2011: Gipfel der Euro-Staats- und Regierungschefs

Noch ein Gipfel. Wahrscheinlich wird es darum gehen, wie Deutschland, Finnland, Luxemburg & Co. noch mehr ausgepresst werden können.

6.21.3 17. März 2011: Bundestag soll der Transferunion zustimmen

Auf Antrag der CDU und FDP soll der Bundestag einer Änderung der EU-Verträge zustimmen, die die no-bail-out-Klausel aufheben würde und **somit die Schulden- und Transferunion einführen würde**. Diese Änderung würde den Politikern – entgegen dem Grundgesetz – das Recht geben, beliebig hohe Beträge ins Ausland zu transferieren und zwar auf intransparente Weise durch Umbau und Ausbau des

ESFS-Fonds zum zeitlich unbeschränkten ESM-Fonds, der über deutlich erhöhte Kompetenzen sowie Geldmittel verfügen soll. Der ESM-Fonds ist eines der konkreten Haupt-Instrumente der Transferunion, über den die Transfers abgewickelt werden sollen.

Dieser Beschluss muss unbedingt verhindert werden. Er ist eine rechtliche Voraussetzung für den Einstieg in die Transferunion, da er der Bundesregierung das Verhandlungsmandat zur Einführung der Transferunion erteilt.

6.21.4 21. März 2011: Gipfel der Euro-Finanzminister

An diesem Tag haben sich diese getroffen, um die Details der Transferunions-Hölle abzusprechen, so dass diese Ende dieser Woche auf dem EU-Gipfel von den Euro-Länder-Regierungen beschlossen werden konnten.

6.21.5 24. und 25. März 2011: EU-Gipfel mit Beschluss der Transferunion

Diese beiden Tage werden als die schwärzesten Tage in die Geschichte Europas seit 1945 in die Geschichte eingehen, denn hier wurden in einer geschichtlich wirklich einmaligen Weise eine Reihe von Ländern, insbesondere auch Deutschland, der **unbeschränkten und freiwilligen Ausbeutung ihrer Bevölkerungen** zugunsten einiger Politiker bestimmter anderer Länder zustimmen.

Nie hat es Vergleichbares gegeben.

Nie.

In der ganzen Geschichte der Menschheit nicht.

Und diese Saat wird leider in einer ganz anderen Art und Weise aufgehen, als sich das die Befürworter dieser Ausbeutung vorstellen. Es ist die Keimzelle für die Zerstörung der EU, für ständig zunehmenden Streit, für ständigen Ärger, für ständige Ablenkung von den wirklich wichtigen Dingen, für den endgültigen Niedergang Europas.

6.21.6 Nach dem 25. März 2011: Ratifizierung der Transferunionsverträge

Die Aufhebung der no-bail-out-Klausel durch Einführung des ESM-Fonds ist zum Glück so schwerwiegend, dass alle 27 EU-Länder zustimmen müssen (Einstimmigkeitsprinzip), auch die nicht-Euro-Länder, da er die EU-Verträge betrifft. Daher bedarf die formelle und de facto unwiderrufliche Einführung der Transferunion der Ratifizierung dieser Änderung durch alle 27 Parlamente.

Diese Ratifizierung muss unbedingt verhindert werden.

Sollte es trotzdem zu einer Ratifizierung durch alle 27 Parlamente kommen, so ist die Transferunion unumkehrbar eingeführt, denn eine Rückgängigmachung erfordert ebenfalls Einstimmigkeit; die profitierenden Länder werden aber einer solchen Rückgängigmachung der Transfers nicht zustimmen. Deutschland kann dann nur noch durch Bruch der EU-Verträge aus dieser fatalen Situation herauskommen.

Der weitere Zeitplan ist noch unklar, erste Hinweise gibt folgende Pressemitteilung des Bundestages: http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_03/2011_132/02.html

6.22 Fazit

Alle bisher durchgeführten und vorgeschlagenen Ansätze zur Behebung der Überschuldungskrise seitens der Politiker und der Finanzbranche sind ein einziges Desaster. Weder werden die eigentlichen Ursachen auch nur erkannt oder gar

benannt, noch werden auch nur ansatzweise wirkliche Gegenmaßnahmen diskutiert, geschweige denn konsequent umgesetzt.

Ganz im Gegenteil werden wirtschafts- und geldpolitisch vollkommen irrsinnige Vorschläge und Mechanismen propagiert und in Gesetzesform gegossen, Schulden sollen mit noch mehr Schulden „bekämpft“ werden, Millionen Bürger sollen für die Schulden und Fehler von wildfremden Menschen, die sich schlicht und ergreifend weigern, vernünftig zu wirtschaften, haften und zahlen, usw. usw. **Es geht zu wie im Tollhaus.** Und das alles wird noch ohne jede öffentliche Diskussion, fast schon heimlich, im Hintergrund durchgepeitscht.

Es ist ein einziges Totalversagen zulasten der Bevölkerungen der Euro-Länder.

Alle Vorschläge laufen im Ergebnis auf eine deutliche Verschlechterung hinaus, auf eine zunehmend doktrinäre Dominanz von Bürokratien und schlechter Politik.

Im Ergebnis sollen die Bevölkerungen einiger Länder, darunter Deutschland, zur unbeschränkten Ausbeutung freigegeben werden.

Es muss jetzt endlich Schluss sein mit diesem Versagen!

Fordern Sie eine gute und gerechte Politik. Denn von alleine passiert nichts.

7 Das Bundesverfassungsgericht

Die Bundesrepublik Deutschland hat, wie viele andere Staaten auch, Gesetze, Institutionen und Prozeduren, die sicherstellen sollen, dass die Bürger des Landes vor grob unfähigen oder despotischen Politikern geschützt werden. Insbesondere sollen die Grundrechte der Bürger geschützt werden; hierbei handelt es sich zum großen Teil um so genannte Abwehrrechte der Bürger gegen staatliche Übergriffe.

Zu diesen Gesetze, Institutionen und Prozeduren zählen:

- Das Grundgesetz
- Alle Beamte sind dem Grundgesetz verpflichtet, auch im Finanzministerium oder in der Bundesbank
- Der Amtseid der Politiker (genau genommen nur der Regierungsmitglieder)
- Das Bundespräsidentenamt, jedes Gesetz wird hier nochmals auf Verfassungsmäßigkeit überprüft, bevor es in Kraft tritt
- Der Verfassungsschutz
- Das Bundesverfassungsgericht

Was sofort auffällt, ist, dass es keine spezielle Bundesverfassungsstaatsanwaltschaft gibt, die Ermittlungen von sich aus oder auf Hinweise hin aufnimmt und ggf. Anklage erhebt, wenn ein Verdacht auf Verletzung von Grundrechten oder der Verfassung im Allgemeinen besteht. Nur Menschen (nicht Verbände etc.) dürfen klagen und zwar auch nur dann, wenn ihre Grundrechte bereits verletzt wurden, nicht aber, wenn die Verletzung nur droht oder vorbereitet wird.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat in erster Linie die Aufgabe, die Bürger vor Übergriffen der Politiker zu schützen. Auch wenn ein Parlament mit 100% Zustimmung aller Abgeordneten ein Gesetz erlässt, kann das BVerfG dieses Gesetz aufheben. Mit anderen Worten: Auch die Parlamente haben sich an das Grundgesetz zu halten.

Zurzeit gibt es eine ganze Reihe von Klagen bzw. Verfassungsbeschwerden im Zusammenhang mit der Einführung des Transferunions-/Enteignungs-Euro, zwei davon sollen hier kurz vorgestellt werden:

Im Mai 2010 wurde eine Klage eingereicht von Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Starbatty, Prof. Dr. Wilhelm Hankel, Prof. Dr. Wilhelm Nölling, Prof. Dr. iur. Karl Albrecht Schachtschneider und Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E.h. Dieter Spethmann. Details finden Sie unter www.dr-hankel.de

Diese Klage ist zwar mittlerweile angenommen worden, aber bisher hat sich das Gericht geweigert, einen Verhandlungstermin anzusetzen, was Herr Prof. Dr. Schachtschneider als massive Verletzung der Bürgerrechte einordnet. Zu Recht.

Ebenfalls im Mai 2010 hat Herr Dr. Peter Gauweiler, Mitglied des Bundestages, gegen die Hilfen für Griechenland eine Verfassungsbeschwerde erhoben und gefordert, dass das Gericht eine einstweilige Anordnung gegen den Erlass des entsprechenden Gesetzes erlässt. Das Bundesverfassungsgericht ist dieser Forderung nicht

nachgekommen, sondern hat die eigentliche **Verhandlung und Entscheidung vertagt**. Und zwar bis heute, ohne jeden erkennbaren Grund. Die Gefahr, die in dieser unbegreiflichen Verzögerung liegt, ist offensichtlich die, dass zwischenzeitlich (weitere) Fakten zuungunsten der Bevölkerung geschaffen werden können. Es ist absolut unverständlich (jedenfalls für fast alle normalen Bürger), dass das Gericht der Regierung und dem Bundestag nicht wenigstens ein Entscheidungsmoratorium bzgl. weiterer Kredite und Bürgschaften auferlegt hat, denn die möglichen Schäden für Deutschland und damit für jeden seiner Einwohner sind von wahrhaft epischer Größe.

Ein weiterer Punkt, der in diesem Zusammenhang negativ auffällt, ist, dass sich das Gericht bei seiner vorläufigen Entscheidung maßgeblich auf die Aussagen der Bundesregierung (sinngemäß: „Die Hilfen sind notwendig, sonst entsteht ein sehr großen Schaden für Deutschland“) verlassen hat (siehe hierzu <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg10-038.html>), **obwohl ja gerade die Bundesregierung angeklagt ist**. Bei jedem anderen Gerichtsverfahren würde ein Gericht vor allem fachkundige Experten zu Rate ziehen, die unabhängig und nicht möglicherweise voreingenommen sind, nicht dagegen ausgerechnet den oder die Angeklagten. Es muss hier angemerkt werden, dass die meisten Ökonomen nicht unabhängig von der Politik oder anderen interessierten Kreisen sind, da sie zumindest einen Teil ihrer Einkommen aus Kontexten beziehen, die von der Politik oder diesen Kreisen beeinflusst sind (z.B. von Politikern beauftragte Studien oder Drittmittel, die von Firmen (z.B. Banken) eingeworben werden); umso wichtiger ist die Auswahl guter und kritischer Sachverständiger für jedes Gericht.

Am 7. Juli 2011, mehr als ein Jahr nach Klageerhebung, beginnt endlich die Verhandlung.

Wie aus dem Gesagten hervorgeht, sind die Gesetze, Institutionen und Prozeduren in Deutschland offensichtlich bisher nicht in der Lage, die Bürger vor verheerenden Entscheidungen zügig, rechtzeitig und auch auf Dauer wirksam zu schützen.

Weder sind die völlig falsch konstruierten Bilanzierungsgesetze verhindert worden, noch die ausbeutende und heimtückische Inflationssteuer, noch die hemmungslose und unbegründete Verschuldung und auch nicht das Verschenken von Umsätzen ans Ausland.

Das angedeutete Thema der Revision der entsprechenden Mechanismen, die die Bevölkerung in Zukunft besser vor solchen Entscheidungen schützen können, soll hier jetzt nicht vertieft werden.

Für den Augenblick kann man feststellen, dass neben der Bundesregierung und dem Bundestag nur das Bundesverfassungsgericht kurzfristig die finanzielle Katastrophe verhindern kann.

Wollen wir hoffen, dass es seinem originärsten Auftrag gerecht wird.

Im Moment sieht es allerdings danach nicht aus.

In jedem Fall ist es in der Pflicht, zu erklären, warum es den Bürgern eine rechtzeitige Entscheidung verweigert, denn eine nicht-Rechtzeitigkeit in sich hebt die Verfassung de facto aus.

8 Bürger-orientierte Lösungsvorschläge

Neben den interessierten Kreisen aus Politikern, (EU-)Bürokraten und der Finanzbranche haben sich natürlich auch viele weitere Menschen und Gruppen Gedanken gemacht, wie ein gutes Geldsystem aussehen könnte oder sollte.

In diesem Kapitel finden Sie eine kurze Besprechung der wichtigsten Vorschläge und gegen Ende einen näher ausgeführten Vorschlag für eine wirklich gute Währung, eine, die den Bürgern, der Bevölkerung dient und nicht einzelne Gruppen bevorzugt zu Lasten aller anderen; dieser Vorschlag wird detaillierter diskutiert und in mehreren Varianten vorgestellt.

8.1 Verschärfung der Eigenkapitalvorschriften der Banken

Der wichtigste Grund für das Erpressungspotential der Finanzbranche gegenüber der Bevölkerung bzw. der Politik ist der Umstand, dass sie zu wenig Eigenkapital hat; dieses reicht nämlich nicht aus, um größere Verluste zu verkraften, die entstehen können, wenn größere Kreditsummen abgeschrieben werden müssen, weil die Kreditnehmer den Kredit nicht (vollständig) zurück bezahlen.

Der Grund für das viel zu geringe Eigenkapital ist, dass es die Politik ihnen in Form der Bilanzierungsgesetze erlauben. Insbesondere muss überhaupt kein Eigenkapital vorhanden sein (!), wenn Kredite an Staaten vergeben werden. Zahlt also ein Staat nicht, besteht in der Tat Insolvenzgefahr bzw. das Eigenkapital würde dann unter die vorgeschriebene Grenze fallen und das Unternehmen müsste in kürzester Zeit diesen ungesetzlichen Zustand korrigieren, z.B., indem die Eigentümer (Aktionäre) Geld nachschießen (das Kapital erhöhen).

Obwohl diese Vorschriften in grob fahrlässiger Weise derartig unzureichend sind und gegen alle guten kaufmännischen Grundsätze verstoßen (kein seriöser Privatunternehmer, der mit seinem ganzen Privatvermögen haftet, würde so wirtschaften), wurde bislang fast nichts unternommen (nur „Basel III“ etc.), um sie zu verschärfen. Dabei sind die Mängel bereits seit vielen Jahrzehnten bekannt.

Es gibt im Wesentlichen drei Gründe, warum die Politik diesen unsäglichen Zustand nicht ändert:

- a) Sie befürchten Wettbewerbsnachteile für die inländischen Banken (und nur für diese können sie diese Vorschriften ändern)
- b) Sie glauben oder geben zumindest vor zu glauben, dass eine hemmungslose Kreditvergabe gute Wirtschaftspolitik sei
- c) Sie wollen, dass die Finanzbranche möglichst viele Staatsanleihen kauft (ihnen möglichst viel Geld zur Verfügung stellt)

Es gibt eine triviale Lösung für diese Probleme: Eine Vorschrift, dass alle Kredite vollständig entweder durch werthaltige Verpfändung übergedeckt werden müssen (wie bei Hypothekenkrediten; hier muss aber der Immobilien-Wert von vor 5 Jahren genommen werden, um Blasen zu vermeiden) oder zu 100% durch Einlagen oder Eigenkapital gedeckt sein müssen. Des Weiteren muss die kreditbasierte Geldschöpfung vollständig verboten werden, spätestens in 2012.

Kurzfristig sollten die Bilanzierungsvorschriften derart geändert werden, dass eine min. 30% Deckung durch Einlagen oder Eigenkapital für Staatsanleihen vorgeschrie-

ben wird. Dies würde die Nachfrage nach Staatsanleihen drastisch reduzieren und die Politiker damit erheblich unterstützen in ihren Anstrengungen, die Staatsschulden abzubauen.

8.2 Einführung einer 100%-Goldstandard-Währung

Eine 100%-Goldstandard-Währung ist eine Währung, die auf Gold basiert. Es gibt zwar auch Münzen und Banknoten, diese stellen aber lediglich Berechtigungsscheine (Forderungen) auf eine bestimmte Menge Gold dar, welches die Notenbank in ihren Tresoren vorhalten muss und auf Anfrage auch herausgeben muss. Die Summe aller Münzen und Banknoten muss dabei immer zu 100% durch tatsächlich vorhandenes Gold gedeckt sein und die Menge Gold, die man pro Währungseinheit erhält, bleibt immer gleich.

Eine 100%-Goldstandard-Währung hat zwei große Vorteile: Zum einen kann die Geldmenge nicht einfach per Federstrich erhöht werden (da das Gold das eigentliche Geld ist und vorher erst beschafft werden müsste), so dass es keine oder nur eine geringe Inflation gibt, und zum anderen ist eine solche Währung immer vollständig konvertibel und zwar zu absolut fixen Kursen (weil 1 Gramm Gold im Inland eben auch im Ausland 1 Gramm Gold sind), es gibt also keine schwankenden Wechselkurse.

Zu Zeiten der industriellen Revolution gab es in England über lange Jahre einen solchen Goldstandard, ebenfalls in weiteren Ländern; dies war eine Zeit des stetigen wirtschaftlichen Aufschwungs ohne Inflation (wie schon beschrieben sanken die Preise insbesondere für industriell hergestellte Güter ständig leicht) und ohne Inflations-getriebene Krisen.

Die Zinsraten übrigens waren recht niedrig, nur ca. 1-2% für Kreditnehmer mit guter Bonität.

Erst als der eben beschriebene echte 100%-Goldstandard verlassen wurde und zwar durch Verweigerung der Einlösung der Banknoten in physisches Gold sowie durch Aufgabe der 100%-Deckung (d.h., es wurden mehr Banknoten ausgegeben, als Gold vorhanden war), begann der Niedergang. Zunächst wurden mehr Banknoten ausgegeben bzw. Buchgeld erzeugt, als Gold vorhanden war, die Banknoten waren also nur noch zum Teil durch Gold gedeckt. Später wurde der Übergang zum reinen Papiergeld vollzogen, d.h., das Geld war gar nicht mehr Gold gedeckt.

Problematisch bei einem Goldstandard sind folgende Punkte:

- Die Geldmenge kann nur eingeschränkt bzw. gar nicht gesteuert werden; in der Praxis ist das nicht unbedingt ein großes Problem, da das Wirtschaftswachstum größenordnungsmäßig ähnlich dem Wachstum der Goldmenge ist
- Den Minengesellschaften bzw. -ländern erhalten unverdiente Wohlstandsgewinne
- Aufgrund des großen Anreizes, mehr Gold zu fördern, steigt die Goldmenge allerdings tendenziell mehr, als es sonst der Fall wäre und bewirkt, dass es möglicherweise keine ständige, leichte Preissenkung insbesondere für industriell hergestellte Waren und Dienstleistungen gibt, d.h., der Kaufkraftzuwachs, falls noch vorhanden, fällt aufgrund der ständig zunehmenden Goldproduktion aus, und die Wohlfahrtsgewinne, die es an sich gibt, kommen in erster Linie den Minengesellschaften sowie den entsprechenden Ländern zugute sowie denjenigen, bei denen sie ihr Geld ausgeben

- Da die weltweite Nachfrage nach Gold aus verschiedenen Gründen ständig schwankt (mit Preisschwankungen von bis zu +/- 10% pro Woche), nicht zuletzt in zunehmenden Maße aufgrund der über 200 potentiell instabilen Papiergeldwährungen, kann dies nicht ohne negative Rückwirkungen bleiben (obwohl man argumentieren könnte, dass die sonstigen Wechselkursschwankungen ja auch nicht ohne sind; außerdem würde sich das Problem vermindern, je mehr Länder einen Goldstandard einführen)

Wollte man heutzutage einen 100%-Goldstandard wieder einführen, so wäre dies ein erheblicher Kraftakt, man müsste eine entsprechend große Menge Gold zu aktuellen Marktpreisen ankaufen und dann die Währung umstellen. Allein der Ankauf der entsprechenden Menge Gold wäre für die meisten Staaten, auch für Deutschland, de facto unmöglich. Hinzu kommt, dass heute kaum noch Menschen leben, die die Vorteile eines Goldstandards selbst erlebt haben und bezeugen können. Aber auch aus weiteren, letztlich eher politischen Gründen, wäre es zumindest sehr schwierig, einen Goldstandard wieder einzuführen.

Man muss auch ganz klar sehen, dass die Vorteile des Goldstandards eben genauso lange bestehen, wie die entsprechenden Gesetze Bestand haben; diese müssten daher in der Verfassung als unabänderliche Klauseln eingefügt werden.

Als Fazit kann man festhalten, dass ein Goldstandard im Ergebnis eine gute Währung ist, wenn mit absoluter Sicherheit gewährleistet ist, dass der Standard nicht verwässert oder aufgehoben wird. Eine Einführung ist aber sehr unwahrscheinlich.

8.3 Wiedereinführung der Deutschen Mark

Die DM als Papiergeldwährung unterlag ähnlichen Regularien wie der Ursprüngliche Enteignungs-Euro, was insofern wenig verwunderlich ist, als dass die Euro Regularien nach denen der DM konzipiert wurden. Es wurden für den Euro sogar strengere Regeln festgelegt, insbesondere, dass die Neuverschuldung eines jeden Staaten nicht mehr als 3% betragen durfte (es wurde allerdings versäumt, Mechanismen einzuführen, die dieses (viel zu hohe) Maximum von 3% auch erzwungen hätten...).

Da die DM nicht die Bürger-orientierten Regularien des oben beschriebenen Bürger-Euros hatte, war das Ergebnis dementsprechend: Ein Wertverlust von ca. 75% im Laufe der Lebens der Deutschen Mark. Nicht gerade das, was man sich unter einer „harten“ Währung vorstellt. Dass andere Währungen in dieser Hinsicht noch viel schlimmer waren, macht es auch nicht besser.

Der Vorteil einer DM-Währung liegt darin, dass sie zum einen nicht den speziellen Nachteil eines Ursprünglichen Enteignungs-Euro oder gar eines Transferunions-/Enteignungs-Euro hat, nämlich den ständigen Geldtransfer ins Ausland, und zum anderen, dass sie aufgrund der geringeren Geldentwertungsrates im Vergleich zu anderen Währungen gewisse Wohlstandszuwächse in Deutschland aufgrund des Geldzuflusses einerseits sowie der Verwendung der DM im Ausland bewirkt.

Der gegenüber einer Bürger-DM wäre aber eine Umverteilung von wahrscheinlich 100 Milliarden Euro oder mehr über die Inflationssteuer.

Wenn also eine DM wieder eingeführt werden soll, dann gleich mit den richtigen Regularien, nämlich denjenigen, die im Abschnitt über den Bürger-Euro aufgeführt sind. Mit anderen Worten, es sollte dann eine Bürger-DM sein. Diese neue Währung hätte dann zwar viele Vorteile des Bürger-Euro, allerdings nicht alle, insbes. die nicht vorhandenen Wechselkursschwankungen zu den bisherigen Euro-Ländern, sowie die Fakturierung von ferneren Auslandseinkäufen in eigener Währung.

In jedem Falle wäre eine DM besser als der Ursprüngliche Enteignungs-Euro und erst recht als der Transferunions-/Enteignungs-Euro, nicht aber als der Bürger-Euro.

Ob eine Bürger-DM besser wäre als ein Bürger-Euro, wäre noch zu klären, aber bei wirklich guten Regularien spricht einiges für einen Bürger-Euro.

8.4 Ersatz des Euro durch einen Nord-Euro und Süd-Euro

Die bisherigen Ausführungen haben die Voraussetzungen geschaffen für eine effizientes Verständnis der Eigenschaften, der Vor- und Nachteile eines Nord- und Süd-Euros. Die Idee ist, dass es zwei Euros geben soll, zwei verschiedene Währungen mit zwei Zentralbanken. Die jetzigen Euro-Länder würden jeweils den Nord- oder den Süd-Euro erhalten, wobei in der bisherigen Diskussion nur Deutschland, Österreich, die Niederlande, Finnland, Luxemburg und möglicherweise Estland als sichere Kandidaten für den Nord-Euro gelten; insbesondere gibt es Stimmen, die klar dagegen votieren, dass Frankreich den Nord-Euro erhalten würde.

Politisch gesehen ist das Problem am Nord-Euro einerseits, dass dieser von Deutschland dominiert werden würde, was für die anderen beteiligten Länder nicht gerade innenpolitisch opportun ist, und andererseits, dass unklar ist, welche Länder genau den Nord-Euro erhalten würden.

Marketingtechnisch spricht Einiges gegen diese Bezeichnungen, aber man könnte ja andere wählen.

Auch sonst gibt es sicherlich einige Einwände, insbesondere stellt sich die Frage nach der Stabilität eines Süd-Euro.

Bzgl. „normaler“ Nord/Süd-Euro vs. Bürger-Nord/Süd-Euro gelten die bisher gemachten Aussagen analog: Ein Bürger-Nord/Süd-Euro ist um Größenordnungen besser als ein „normaler“, betrügerischer Nord/Süd-Euro bisheriger Machart. Allerdings gibt es dann eigentlich keinen vernünftigen Grund für diese Aufspaltung.

8.5 Wiederherstellung des Ursprünglichen Enteignungs-Euro

Die ursprünglichen Verträge zum Euro waren den Regeln der DM nachempfunden und bis auf eine Reihe schwerer Konstruktionsfehler nicht so schlecht.

Zwischenzeitlich haben die Politiker bzw. die EZB (auf Druck der Politiker) aber eine Reihe von dramatischen Verletzungen dieser Regeln erzwungen, unter Bruch der ursprünglichen Verträge und EZB-Statuten:

- Kreditvergabe an einige Staaten entgegen der no-bail-out-Klausel
- Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB

Diese Bürger-feindlichen Vertragsverletzungen sollen jetzt nicht nur durch geschickt formulierte Vertragsänderungen auf unbeschränkte Zeit gerichtsfest festgeschrieben werden, sondern noch weiter zuungunsten der Bürger verändert werden. Aus dem Ursprünglichen Enteignungs-Euro soll damit ein verheerender Transferunions-/Enteignungs-Euro werden, der zusätzlich zeitlich unbeschränkte Transferleistungen von Deutschland in andere Länder zwangsläufig zur Folge haben wird.

Diese geplanten Vertrags- und Statuten-Änderungen, die zur Täuschung der Bevölkerung unter irreführenden Begriffen wie „Permanenter Krisenmechanismus“ etc. angepriesen werden, sind in ihrer Wirkung von direkten Steuererhebungsgesetzen des

Auslandes nicht zu unterscheiden, das Resultat ist gleich: Es werden erhebliche Teile der Wirtschaftsleistung ins Ausland verschenkt, ohne jede Gegenleistung.

Hier im Überblick eine Gegenüberstellung des ursprünglichen Enteignungs-Euro zum Transferunions- / Enteignungs-Euro:

Szenario	Ursprünglicher Enteignungs-Euro	Transferunions- / Enteignungs-Euro
Keine Vergiftung des Klimas zwischen den Euro-Ländern wegen andauernder Geldstreitigkeiten	✓	
Stolz eines jeden Landes, nicht von anderen abhängig zu sein	✓	
Keine Daueralimentation einzelner Länder	✓	
Keine Förderung von Verschwendung, Unwillen und Unfähigkeit	✓	
Keine gegen Deutschland gerichtete Ausreden ausländischer Politiker gegenüber der eigenen Bevölkerung möglich (z.B. „Deutschland hat XYZ nicht zugestimmt, daher können wir jetzt keinen Renten auszahlen“)*	✓	
Niedrige Zinskosten für Deutschland	✓	
Zuverlässige Verhinderung künftiger, ähnlicher Krisen	✓	

* Dieser Punkt hat in der Praxis eine immense Bedeutung. Für ausländische Politiker ist die Verlockung unwiderstehlich, fremde Mächte, ob Deutschland, die EU oder den IWF, für jegliche Art vernünftiger Politik, die meist das Rückgängigmachen von ungerechtfertigten Privilegien bestimmter Gruppen bedeutet, zu Unrecht verantwortlich zu machen. Die (aktuelle) Geschichte bietet eine Fülle von unsäglichen Beispielen hierfür.

8.6 Einführung eines Bürger-Euro

Alle bisherigen Vorschläge haben jeweils bestimmte Nachteile. Der Goldstandard ist aus verschiedenen Gründen realistischweise nicht einführbar, hat aber den riesigen Vorteil einer sehr geringen Inflation. **In der Weltgeschichte war der Goldstandard das bisher beste Geld.** Es liegt daher nahe, ein Geld zu konzipieren, welches die Vorteile des Goldstandards hat, nicht aber dessen Nachteile. Und es liegt nahe, die bereits vorhandene Währung entsprechend durch geeignete Regeländerungen umzubauen. Das Ergebnis dieser Überlegungen ist der Bürger-Euro, wie er hier vorgestellt wird, d.h., ein Euro, dessen Regeln so justiert sind, dass keine Gruppe bevorzugt wird und keine benachteiligt wird und der **keine Geldentwertung (Inflation)** aufweist, sondern **maximale Stabilität**. Der Bürger-Euro ist gewissermaßen der heilige Gral der Geldtheorie: **Das ultimative, ideale Geld.**

Die Begründung für den Zusatz „Bürger“ beim Bürger-Euro ist, wie oben schon angerissen, dass es sich um ein Geld handelt, welches den Bürgern dient. Und nicht den Politikern, Banken oder Schuldnern, wie das bei allen sonstigen Papiergeldwährungen der Fall ist.

Hierzu sind bemerkenswert wenige Regeländerungen notwendig:

- Vollständige Unabhängigkeit der EZB von Politikern, Regierungen und der Finanzbranche
- Alleiniges Ziel der EZB soll eine Geldentwertungsrate von 0% sein, die EZB soll keine Wirtschaftspolitik machen oder zu unterstützen versuchen
- Verbot der Geldschöpfung aus dem Nichts (alle Kredite müssen zu 100% durch Einlagen gedeckt sein)
- Verbot der Kreditaufnahme für alle Staatshaushalte, Verbot von Schattenhaushalten

Ein Vergleich des Bürger-Euro mit dem Ursprünglichen Enteignungs-Euro zeigt die erheblichen Verbesserungen, die durch Regularien erzielt werden können, die an den Bürgern ausgerichtet sind:

Szenario	Bürger-Euro	Ursprünglicher Enteignungs-Euro
Niedrige Zinskosten für andere Euro-Länder	✓	
Keine unberechtigte Umverteilung der Wirtschaftsleistung zugunsten von Politikern, Banken und Schuldnern	✓	
Keine pseudo-wirtschaftspolitischen, inflationsbasierten Strohfeuer mehr mit Verwendung der Wirtschaftsleistung für tendenziell unproduktive Investitionen	✓	
Fokussierung der Politik auf echte, gute Wirtschaftspolitik (da die betrügerische, Strohfeuer erzeugende pseudo-Wirtschaftspolitik durch das Geld-Drucken nicht mehr möglich ist)	✓	
Jede/r profitiert direkt, sichtbar und spürbar vom technischen Fortschritt durch stetig, leicht sinkende Preise der meisten (vor allem industriell hergestellten) Güter sowie vieler Dienstleistungen	✓	
Keine Inflation, keine Teuerung	✓	
Härteste Währung der Welt (der „Goldstandard“ der Währungen)	✓	
Wohlstandsgewinne für die Euro-Länder durch zunehmende Verwendung / Nachfrage der Währung auch in nicht-Euro-Ländern	✓	
Wohlstandsgewinne für die Euro-Länder durch Kapitalzufluss von nicht-Euro-Ländern (da es keine Geldentwertung gibt, werden viele Anleger in den Euro-Ländern investieren wollen)	✓	
Deutlich verringerte/r Risiken und Aufwand insbesondere für sicherheitsorientierte Anlagen (z.B. Sparen für das Alter), eine ständige Überprüfung, Umdisponierung ist nicht mehr in diesem Maß erforderlich wie zur Zeit; deutlich verbesserte Lebensplanungssicherheit	✓	

Es ist naturgemäß nicht ganz einfach, die genaue Größenordnung der positiven finanziellen Auswirkungen anzugeben, die das Szenario Bürger-Euro für die meisten Bürger haben würde, aber mit +5% ist man auf der sicheren Seite, d.h., die Einführung eines Bürger-Euro würde den meisten Bürgern soviel mehr an Kaufkraft verschaffen. Noch entscheidender ist aber, dass diese positiven Auswirkungen sich über die Jahre teilweise verstärken oder akkumulieren, vor allem aus zwei Gründen

- Das Wirtschaftswachstum wird größer sein, selbst bei einer Erhöhung um nur 0,5% macht dies bei 10 Jahren ca. 5% und bei 30 Jahren ca. 16% aus; in der Praxis wird der Effekt auf längere Sicht noch deutlich positiver sein, da beim herkömmlichen Szenario in Wirklichkeit ja auch immer wieder Krisen mit einem negativen Wirtschaftswachstum entstehen oder weil sich die Politiker mit sinnvollen, produktiven Dingen befassen können (z.B. mit guter Bildungspolitik), statt mit dem Erzeugen von Krisen oder den (missglückenden) Versuchen, die selbsterzeugten Krisen zu lindern.
- Beim Sparen, insbesondere für das Alter, wird das Risiko drastisch vermindert, weniger zurück zu erhalten, als was eingezahlt wurde. Bereits beim Konzept des Ursprünglichen Enteignungs-Euro findet de facto eine teilweise Enteignung für sichere Anlageformen statt; beim Konzept des Transferunions-/Enteignungs-Euro, die jetzt von vielen Politikern angestrebt wird, wird die Enteignungsrate nochmals nicht nur deutlich höher sein, sondern zusätzlich noch in der Höhe unsicher (unplanbar) sein; keiner weiß mehr, welche Kaufkraft man im Alter noch haben wird.

9 Was sollte getan werden?

9.1 Verhinderung der Legalisierung und des Ausbaus der Schulden- und Transferunion

Zurzeit (siehe Datum am Anfang des Dokuments) sind tausende von (schlecht beratenen) Politikern und Beamten in diversen EU-Ländern mit größter Energie dabei, eine Reihe von Vertrags- und Regelbrüchen (die von vielen kompetenten Leuten als schwere Rechtsbrüche eingeordnet werden) zu legalisieren sowie weitere Verträge vorzubereiten, die im Lichte der ursprünglichen EU- und Euro-Verträge ebenfalls Rechtsbrüche wären. Und zwar zu Lasten großer Teile der Bevölkerungen der Euro-Länder und insbesondere Deutschlands.

Diese internationalen Vertragsänderungen sowie die neuen Verträge und EZB-Statuten-Änderungen bewirken, dass die Bevölkerung Österreichs, Finnlands, Deutschlands usw.

- auf unbeschränkte Zeit auf jegliche Verbesserung der Lebenssituation der meisten Einwohner verzichten müssen
- alle erarbeiteten Wohlstandszuwächse ans Ausland verschenken, wenn nicht noch Schlimmeres
- in einen ständigem Streit mit den anderen Euro-Ländern verwickelt wird

Mit anderen Worten: Es wird der Niedergang dieser wirtschaftlich noch einigermaßen starken Länder sowie der EU eingeleitet werden.

Dies muss unbedingt verhindert werden.

Konkret müssen folgende Aktionen verhindert werden:

- Die geplante de facto Streichung der so genannten no-bail-out-Klausel in den EU-Verträgen (Art. 125) durch zusätzlich einzuführende Klauseln in Art. 136 muss verhindert werden. Nur die no-bail-out-Klausel in ihrer ursprünglichen, absoluten Fassung schützt Deutschland davor, für Schulden anderer Länder zu haften oder zu zahlen. Es darf keine zusätzlichen Klauseln geben, die die no-bail-out-Klausel unterlaufen (könnten).
- Die Ausweitung des Rettungsschirms, jegliche weitere Kreditvergabe oder Übernahme von Bürgschaften, jegliche Ausweitung der Kompetenzen oder Dauer des EFSF-Fonds müssen verhindert werden; dieser Fonds muss zwingend spätestens 2013 endgültig und ersatzlos geschlossen werden; keine Einrichtung des ESM-Fonds.
- Der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB, die Bundesbank oder den EFSF/ESM muss verhindert werden; bereits getätigte Ankäufe müssen sofort und vollumfänglich rückabgewickelt werden
- Alle Kredite, die die Bundesbank an die EZB sowie andere Euro-Notenbanken vergeben hat, müssen sofort (bis Herbst 2011) zurückgezahlt werden
- Die Einführung von Euro-Bonds muss dauerhaft verhindert werden
- Die Einführung eines Steuererhebungsrechts der EU (inkl. aller Unterorganisationen) muss dauerhaft verhindert werden

- Die Einführung eines Kreditaufnahmerechts der EU (inkl. aller Unterorganisationen) muss dauerhaft verhindert werden
- Die Unabhängigkeit der EZB und der Bundesbank von jeglichem Regierungs- oder Politikereinfluss muss gewährleistet werden
- Sowie jede weitere Maßnahme, die den obigen Grundsätzen widerspricht

Der formale Akt der Ergänzung des Art. 136 der EU-Verträge, der indirekt den Bruch der no-bail-out-Klausel des Art. 125 bedeutet und der die Genehmigung zur Errichtung des ESM-Fonds erteilt, kann in seiner Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dieser Akt ist es, der die EU endgültig und unwiderruflich zu einer Transferunion machen würde, in der Parteibonzen aller Länder, die einfach keine Lust haben, vernünftig zu wirtschaften, ohne große Probleme die Kreditversorgung des ESM anzapfen können, ohne jede zeitliche Einschränkung. Und zu Lasten der jeweils anderen Länder, insbesondere der jetzigen netto-Zahler, also vor allem Deutschlands.

(Der Grund, warum eben – im Gegensatz zu den Verkündigungen der Politiker – angegeben wurde, dass ein solches Anzapfen ohne große Probleme vonstatten gehen würde und dass es keine zeitliche Beschränkung geben würde, liegt nicht nur in den Tatsachen begründet, dass bisher eben genauso verfahren wurde und wird, sondern im Erpressungspotential dieser Parteibonzen; je mehr ihre Länder bereits verschuldet sind, desto größer ist ihr Erpressungspotential. Des Weiteren können sie jederzeit die Demagogie-Karte ziehen und sich bei möglicher Weigerung des ESM, Kredite zu bewilligen, offen gegen die EU oder kritische Länder (sprich: Deutschland) stellen und diese für ihre Landes-internen Probleme verantwortlich machen.)

An dem Verhalten der Politiker bzgl. des Art. 136 / ESM wird sich zeigen, wer für die Bevölkerung Politik macht und wer nicht. Das ist einer der zentralsten Prüfsteine für jeden entscheidungsbefugten Politiker, nicht nur hier in Deutschland, sondern auch in allen anderen EU-Ländern.

9.2 Beendigung der Krise

Weiterhin müssen kurzfristig (bis September 2011) folgende Gesetze bzw. Regeln geändert werden, um die Überschuldungskrise kurzfristig zu beenden bzw. deutlich zu vermindern und für die Zukunft zu verhindern:

- Die Aufnahme von unabänderlichen Verboten der Kreditaufnahme für sämtliche Staatshaushalte in die Verfassungen bzw. in das Grundgesetz; sowie zusätzlich das selbstverständliche Verbot der unvollständigen Bilanzierung (Schattenhaushalte); das Verbot muss strafbewehrt sein (sofortige Amtsenthebung, Gefängnis nicht unter 5 Jahren) und jede/r Einwohner/in muss kostenlos, unmittelbar und mit aufschiebender Wirkung klagen können, eine Verbandsklage etc. muss ebenfalls zugelassen werden
- Die Erhöhung des vorgeschriebenen Eigenkapitals von Unternehmen, die Kredite vergeben; insbesondere müssen für Staatenleihen mindestens 30% der Summe an Eigenkapital und/oder Einlagen vorgehalten werden
- Verbot der Finanzierung des Eigenhandels („Spekulation“ / Investmentbanking) der Banken durch die Notenbank bzw. durch die Geldschöpfung aus dem Nichts

- Herstellung der vollständigen Unabhängigkeit der EZB sowie aller nationalen Notenbanken von allen Regierungen und Politikern. Diese dürfen sich nur der Bevölkerung verpflichtet fühlen.

9.3 Einführung eines Bürger-orientierten Geldes

Das hier vorgestellte Konzept des Bürger-Euro ist das Konzept einer bestmöglichen Währung, es hat alle Vorteile eines Goldstandards, ohne aber dessen Nachteile aufzuweisen. Es ist das Konzept einer idealen Währung, die alle Nachteile und Probleme aller bisherigen Währungen vermeidet und die zugunsten aller Bürger wirkt und vor allem die ständige Teilenteignung der Bevölkerungsmehrheit zugunsten bestimmter Kreise zuverlässig verhindert.

Da auch eine Bürger-DM nicht unbedingt Vorteile gegenüber einem Bürger-Euro hat und es eigentlich keinen vernünftigen Grund gibt, den Bürger-Euro nicht umgehend einzuführen und zwar durch schlichte Änderung der Regularien und Verankerung dieser in den Verfassungen aller Euro-Länder sowie der EU- und Euro-Verträge, spricht alles dafür, genau dies anzustreben und zwar mit einem Zeitplan bis Ende 2011.

Zusätzlich zu den in den beiden obigen Abschnitten erwähnten Punkten muss folgender umgesetzt werden, damit ein Bürger-Euro entsteht:

- Vollständiges Verbot der Geldschöpfung aus dem Nichts; alle Kredite müssen zu 100% durch Einlagen gedeckt sein. Dieser Punkt verhindert die Geldentwertung und damit die Inflationssteuer.

Vorher müssen unbedingt die Regularien des Ursprünglichen Enteignungs-Euro strikt und umgehend wieder Gültigkeit erlangen. Dies muss im Sommer 2011 fixiert werden.

Bei der Einführung eines Bürger-Euro muss erstens unbedingt verhindert werden, dass Unsummen von bisherigen Euros, die aus dem Nichts geschöpft wurden, einfach in Bürger-Euro getauscht werden, dies würde viele Milliarden, wenn nicht gar Billionen an Kaufkraft zugunsten der Finanzbranche von der Bevölkerung wegstehlen.

Zweitens müssen alle Kreditverträge angepasst werden, die Zinssätze müssen reduziert werden, da diese beim Bürger-Euro prinzipbedingt deutlich niedriger sind.

U.U. muss also eine komplett neue Währung eingeführt werden, wobei der alte Euro noch nebenher weiterläuft; diese technischen Diskussionen müssen noch im Detail geführt werden.

9.4 Abkehr vom Euro, wenn keine Einigung möglich ist

Sollte sich dafür aber unter den Euro-Ländern nicht die notwendige Einstimmigkeit abzeichnen, muss Deutschland umgehend mit den Vorbereitungen für die Einführung der Bürger-DM beginnen, diese aber von Anfang an so auslegen, dass auch andere Staaten sich daran beteiligen können; daher wäre auch ein anderer Name sinnvoll, obwohl dies auch einige Nachteile hat, wenn sich keine weiteren Staaten daran beteiligen wollen.

Eine solche Währungsumstellung sollte spätestens bis Mitte 2012 abgeschlossen sein.

Und Deutschland sollte in der Zwischenzeit peinlichst genau darauf achten, dass unter **keinen Umständen** irgendwelche Zahlungen über die bereits getätigte Summe hinaus geleistet werden und auch keine weitere Haftung übernommen wird.

10 Initiative „Nein zur Transferunion – Für stabiles Geld“

10.1 Das Ziel

Um die verheerende Schulden- und Transferunion für Europa und Deutschland zu verhindern, wurde die Initiative „Nein zur Transferunion – Für stabiles Geld“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, die verantwortlichen Politiker, letztlich also die Bundesregierung sowie die Bundestagsabgeordneten, davon zu überzeugen, Europa und Deutschland nicht durch massive Fehlentscheidungen ins Verderben zu stürzen, sondern ganz im Gegenteil kurzfristig das Geldsystem so neu auszurichten, dass die bisherigen, zutiefst ungerechten Enteignungswirkungen der Inflation vollständig und endgültig aufgehoben werden. Es darf keine **Selbstentmachtung des Bundestages** zugunsten anderer Länder geben. Und schon gar nicht in dem geplanten Ausmaß.

Die Initiative ist strikt unabhängig von allen Parteien oder sonstigen Gruppierungen und Organisationen. Sie ist für Europa, für Deutschland und explizit nicht nationalistisch orientiert. Sie tritt für eine Politik ein, die **zugunsten aller Einwohner** wirkt.

Welche Punkte bis wann vollständig umgesetzt sein müssen, steht im vorigen Kapitel. Wichtig ist, dass jeweils alle Punkt bis in die Einzelheiten umgesetzt und verfassungsrechtlich und gesetzlich fixiert werden.

Das Ziel ist ein sicheres, stabiles und gerechtes Geld. Das beste Geld der Welt.

10.2 Helfen SIE mit, die Katastrophe zu verhindern

Damit die hier beschriebene Katastrophe verhindert werden kann, ist es notwendig, ab März in Deutschland einen breiten Konsens herzustellen, dass es auf keinen Fall zu der beschriebenen Katastrophe kommen darf. Dazu müssen in kürzester Zeit viele Millionen Menschen hierüber informiert werden und von diesen müssen möglichst viele auf die allein handlungsbevollmächtigten Politiker einwirken, um sie von den geplanten, massiven Fehlentscheidungen zulasten Europas, Deutschlands und fast aller seiner Bürger abzuhalten.

Bitte verteilen Sie daher diesen Text möglichst **ohne Verzögerung** auf beliebige Art und Weise weiter, drucken Sie ihn aus und geben Sie ihn Menschen zu lesen, die keinen Internetzugang haben, leiten Sie ihn per E-Mail weiter oder stellen sie ihn zum download bereit. Sie finden die aktuellste Fassung unter www.nein-zur-transferunion-fuer-stabiles-geld.de.

Es gibt nur drei Bedingungen: a) Der Text muss unverändert und vollständig weitergegeben werden, b) es darf kein Geld dafür verlangt werden und c) der Text darf nicht in Zusammenhang mit anderen Organisationen (insbesondere Parteien oder politischen Gruppierungen) gebracht werden.

Was Sie persönlich tun können:

- Schreiben Sie Briefe, Telefaxe und E-Mails an die Mitglieder der Bundesregierung und an alle Mitglieder des Bundestages sowie an alle weiteren Politiker, aber auch die EZB und Bundesbank
- Rufen Sie diese an
- Besuchen Sie diese in ihren Sprechstunden, fordern Sie mehr Sprechstunden

- Fordern Sie diese zu öffentlichen Diskussionen auf, zur Rechenschaft darüber auf, was diese **ganz konkret persönlich** tun werden, um die Katastrophe zu verhindern; lassen Sie sich einen konkreten Projektplan zeigen
- Fordern Sie diese dazu auf, öffentlich die Forderungen der Initiative **in allen Einzelheiten und ohne jede Ausnahme** zu unterstützen
- Verteilen Sie diesen Text weiter, insbesondere auch an Redakteure und Parteien sowie weitere Menschen, die den Willen und die Fähigkeit haben, das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen
- Drucken Sie diesen Text aus, verteilen Sie ihn auf Marktplätzen
- Schreiben Sie Leserbriefe und -kommentare zu diesem Thema
- Schalten Sie Anzeigen zu diesem Thema
- Sprechen Sie mit möglichst vielen Menschen über dieses Thema
- Lassen Sie sich von anderen Initiativen inspirieren, wie z.B. die Initiative gegen die Vorratsdatenspeicherung: www.vorratsdatenspeicherung.de
- Organisieren Sie Demonstrationen
- Organisieren Sie Petitionen, beteiligen Sie sich an Petitionen, insbesondere an der Onlinepetition 18123 gegen den ESM:
<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition>
Geben Sie dort oben links folgendes in die Suche ein: 18123, dann erscheint diese Petition. Zeichnen Sie diese und fordern Sie alle Ihre Verwandten und Bekannten ebenfalls dazu auf.
- Besuchen Sie die Parteizentralen sowie alle Parteibüros
- Fordern Sie als das Mindeste, dass alle negativen Entscheidungen bzgl. der obigen Punkte erst einmal bis Jahresende 2011 vertagt werden, dass es ein **striktes Moratorium** gibt und dass die Zeit für eine breite, **öffentliche** Diskussion genutzt wird. Und, falls sich die Politiker weiterhin weigern, eine gute Politik in Sinne der Bürger zu machen, fordern Sie eine Volksabstimmung.

Unter www.nein-zur-transferunion-fuer-stabiles-geld.de finden Sie aktuelle Informationen zu diesen Themen, z.B. zu Demos oder Petitionen.

Verlassen Sie sich nicht darauf, dass andere aktiv werden. Helfen **Sie selbst** mit, die Politiker vom Richtigen zu überzeugen!

Es ist machbar. Machen Sie mit! Stoppen Sie den Wahnsinn!

Später werden Sie Ihren Enkeln sagen können: „Ich war dabei, ich habe mitgeholfen, die Katastrophe für Europa und Deutschland abzuwenden“.

10.3 Volksabstimmung über die Schulden- und Transferunion

In Art. 20 des Grundgesetzes heißt es in Absatz 2: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

Dort steht nicht: „Alle Staatsgewalt geht von den Parteifunktionären aus“ oder ähnliches. Sondern: Die Staatsgewalt wird „**vom Volke**“ und auch „in **Abstimmungen** ausgeübt“.

Die Parteifunktionärssyndikate, die all-Parteien-de-facto-Kartelle haben solche Abstimmungen bisher immer mit fadenscheinigen Gründen zu verhindern gewusst. Das berühmt-berüchtigte Ermächtigungsgesetz von 1933 z.B., mit dem der Reichsregierung unter Hitler diktatorische Vollmachten eingeräumt wurden, wurde gerade **nicht** vom Volk durch direkte Volksabstimmung erlassen, sondern vom **Parlament**. Es hat sich damit unterm Strich selbst entmachtet und damit abgeschafft. Trotzdem wird dieses Beispiel als Begründung gegen Volksabstimmungen gebracht.

Die gesamte Thematik ist extrem komplex, sie betrifft insbesondere auch das Verhältnis zwischen unabänderlichen, niemals änderbaren Verfassungsartikeln und Menschenrechten, die den Einzelnen auch vor übermächtiger Willkür anderer Menschen schützen sollen, und den Abstimmungsergebnissen. Aufgrund der extremen Gesamtkomplexität kann dieses Thema daher hier nicht vollständig erörtert werden. Auch gibt es eine Fülle von problematischen Beispielen, hier ist vor allem Kalifornien zu nennen, wo es aufgrund schwerer Konstruktionsfehler der Verfassung zu äußerst problematischen Folgeproblemen als Ergebnis diverser Volksabstimmungen gekommen ist.

Aber, es gibt eine sehr einfache und sehr gute Lösung fürs erste, die eine **dramatische Verbesserung** der jetzigen Situation, bewirken würde und die Probleme und Nachteile von anderen Vorschlägen zu Volksabstimmungen weitestgehend vermeidet: Eine Regelung, dass Gesetze nur in Kraft treten, wenn dies durch Volksabstimmung beschlossen wurde. D.h., das Parlament behält das alleinige Recht, die Gesetzestexte zu erarbeiten. Es gibt also kein so genanntes Initiativrecht der Bevölkerung, sondern die Gesetze werden ausschließlich vom Parlament erarbeitet (und nicht von den Parteileuten in der Regierung!). Damit wird nicht nur eine umfassende Diskussion gewährleistet, sondern auch die Einbindung in die gesamte weitere Rechtsordnung und in das Budget.

In Kraft treten die Gesetze aber erst durch eine entsprechende erfolgreiche Volksabstimmung. Damit wiederum ist einerseits gewährleistet, dass das Parlament die Gesetze **von vorneherein** so gestaltet, dass sie im Sinne der Mehrheit der Bürger wirkt, und andererseits, dass, falls das einmal doch nicht der Fall sein sollte, das Gesetz schlicht und einfach nicht in Kraft tritt.

Eine solche Regelung nennt man ein obligatorisches (zwingendes) Referendum bzw. eine obligatorische Volksabstimmung. Eine abgeschwächte Variante, die sich für den Anfang anbietet, ist ein fakultatives (optionales) Referendum, d.h., wenn innerhalb einer bestimmten Zeit, nachdem das Gesetz vom Parlament mit Mehrheit beschlossen wurde, aber noch vor Inkrafttreten, eine bestimmte Anzahl von Unterschriften gesammelt werden, die ein Referendum fordern, dann wird eine Volksabstimmung durchgeführt.

Die Schweiz hat mit die umfassendste Beteiligung der Bürger an der Gesetzgebung in Form von Referenden.

Deutschland sollte ebenfalls kurzfristig mindestens solche fakultativen Referenden einführen und für wichtige Dinge, wie z.B. die Wehrpflicht oder die Einführung einer Transferunion, ein zwingendes Referendum.

Dies alles wird aber definitiv nicht geschehen, wenn Sie dies nicht fordern. Denn die Parteifunktionäre haben keinerlei Interesse daran, dass die von Ihnen fabrizierten Gesetze sich einer Abstimmung stellen müssen oder können.

Noch ein Vergleich zum Thema: Stellen Sie sich vor, Sie sind Bauherr/in. Sie arbeiten dabei mit einem Architekten zusammen. An sich würden Sie erwarten, dass dieser Ihnen entsprechende Entwürfe erarbeitet und vorstellt, und zwar auch inkl. eines Budgets. Und dass **Sie dann entscheiden**, welche Variante Sie dann bauen möchten; und wenn Ihnen keine Lösung gefällt oder das Budget zu hoch ist, sie eben **nicht** bauen. Übertragen auf die Politik hieße dies, dass Sie Leute beauftragen (wählen), die Lösungsvorschläge (Gesetze) erarbeiten, die sie Ihnen dann vorstellen; **Sie entscheiden** aber, ob diese gut genug sind, ob sie in Kraft treten sollen.

11 Weitere Initiativen anderer Gruppen und Organisationen

Es gibt außer unserer Initiative „Nein zur Transferunion – Für stabiles Geld“ noch eine Reihe weiterer, auf die wir aufmerksam machen wollen. Wahrscheinlich fehlen noch etliche, hierzu bitten wir ggf. um Rückmeldung, damit wir diese auch berücksichtigen können.

Im Kapitel über das Bundesverfassungsgericht sind noch weitere Verfassungsbeschwerden aufgeführt.

11.1 Verfassungsbeschwerde von Prof. Dr. Markus Kerber

Prof. Dr. Kerber hat mittlerweile 50 Mitkläger gefunden, die seine Verfassungsbeschwerde gegen die Einrichtung der Schulden- und Transferunion unterstützen. Prof. Dr. Kerber wörtlich: „Wenn wir so weitermachen, sind wir auf dem Weg in die Zinsknechtschaft. Unsere Regierung ist nicht in der Lage, die Interessen Deutschlands zu wahren.“ (<http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/keinesfalls-mit-frankreich-458185>)

Und andernorts: „Diese Generalermächtigung [Aufhebung der no-bail-out-Klausel durch Änderung des Art. 136 der EU-Verträge] ist der Versuch, den deutschen Steuerzahler unbefristet und unbegrenzt in Haftung zu nehmen und Brüssel darüber entscheiden zu lassen. Die Verabschiedung dieser Vertragsänderung ist nicht nur verfassungsrechtlich problematisch. Sie käme der Selbstaufgabe des deutschen Parlaments gleich.“ (<http://www.euractiv.de/zukunft-und-reformen/artikel/esm-kerber-befrchtet-selbstaufgabe-des-deutschen-parlaments-004368>)

Details finden Sie unter <http://www.europolis-online.org>

11.2 Das Plenum der Ökonomen

Prof. Dr. Bernd Lucke hat diese Initiative von Deutschen Hochschullehrern für Volkswirtschaftslehre gegründet. Unter anderem haben hier 190 Volkswirtschafts-Hochschullehrer gegen die Einführung der Schulden- und Transferunion öffentlich votiert.

Details finden Sie unter <http://www.wiso.uni-hamburg.de/lucke>

11.3 „Zeitbombe Staatsverschuldung“

Eine Initiative von Fachleuten aus der Finanzbranche gegen die immer maßlosere Staatsverschuldung. Auch diese haben eine Verfassungsbeschwerde eingelegt, die man unterstützen kann.

Details finden Sie unter <http://www.zeitbombe-staatsverschuldung.de>

12 Status und Weiterentwicklung dieses Textes

Aufgrund des extrem hohen Tempos, in dem bestimmte Politiker die hier beschriebene schlechte Politik umsetzen – und zwar vorsätzlich ohne jede Mitwirkung der Bevölkerung – wurde dieser Text in der vorliegenden, veröffentlichten Fassung unter ebenfalls hohem Zeitdruck geschrieben. Aus diesem Grund ist er nicht so sorgfältig recherchiert und rundgeschliffen, wie das z.B. bei einem typischen Buch der Fall wäre. Speziell bei allen Zahlenwerten und Berechnungen gibt es noch Handlungsbedarf, denn hier wurde zwar Wert auf die richtige Größenordnung und die relative Bedeutung gelegt, aber aus Zeitmangel sind die Zahlen nicht alle im Detail recherchiert und validiert.

Der Text wird ständig weiterentwickelt und verbessert, ähnlich wie bei Wikipedia, allerdings mit zentralisierter Redaktion, um die innere Konsistenz und einheitliche Linie etc. zu gewährleisten.

Wenn Sie Fehler entdecken, Verbesserungsvorschläge haben, bestimmte Dinge vermissen, Referenzen hinzugefügt sehen möchten, **bessere Zahlen haben**, zu viele Fachbegriffe bemängeln usw. usw.: Bitte melden Sie sich und zwar möglichst punktgenau und kompakt unter: www.nein-zur-transferunion-fuer-stabiles-geld.de

Das Ziel ist es, der veröffentlichten Meinung von Politikern und profitierenden Kreisen eine fundierte, inhaltlich nicht angreifbare Beschreibung der Wirklichkeit entgegenzustellen sowie ein Lösungskonzept, das der **gesamten** Bevölkerung dient.

Der Zeitplan ist im Moment wie folgt: Bis ca. 16. März 2011 eine vorläufige Rohfassung, ab ca. dem 17. März eine 1. Rohfassung, ab 8. April eine 2. Rohfassung. Bitte berücksichtigen Sie dies beim Lesen und Rezensieren.

13 Hinweise zur Rezension dieses Textes

Wenn Sie Redakteur/in sind oder wenn Sie Kritik an diesem Text oder einiger seiner Teile haben oder sich im Zweifel darüber befinden, wie richtig er ist, dann sollten Sie die folgenden Hinweise lesen, bevor Sie sich eine feste Meinung bilden oder Ihre Meinung äußern. Lesen Sie bitte auch vorher den Abschnitt über das Zustandekommen und den Status dieses Textes, da ohne diese Information keine sinnvolle Beurteilung stattfinden kann.

Dieser Text baut in seiner Logik unter anderem auf einer Reihe von zentralen Grundaussagen (Grundannahmen) auf. Sind diese richtig, so sind es auch die Folgerungen und Forderungen, die darauf aufbauen. Diese Folgerungen und Forderungen können **nur** zu Fall gebracht werden, wenn die Grundaussagen als ungültig erkannt werden. Sie können **nicht** zu Fall gebracht, invalidiert oder widerlegt werden durch schiere Meinungen oder durch das Gegenüberstellen von irgendwelchen Traktaten oder (scheinbaren) Gedankengebäuden (das „scheinbar“ wird hier deswegen verwendet, weil diverse Texte, die vorgeben, Gedankengebäude zu sein, in Wirklichkeit eher morsche Gedankenschuppen oder potemkinsche Kulissen sind, die keine echte Substanz aufweisen). Dementsprechend sollten Sie sich die Mühe machen, diese Grundaussagen zu überprüfen bzw. andere zu bitten, dies zu tun, falls Sie die notwendige fachliche Kompetenz selbst nicht (in ausreichendem Maße) mitbringen.

Konkret gibt es unter anderem folgende, zentrale Grundaussagen, die sie versuchen können, zu Fall zu bringen. Sie werden darin mit Sicherheit scheitern, aber der Versuch ist in jedem Falle für alle Beteiligten erhellend:

- **Es gibt nicht einen einzigen Grund, einen Staatshaushalt, egal welchen, mit Krediten (teilweise) zu finanzieren.**

Lesen Sie bitte die entsprechenden Abschnitte hierzu. Falls Sie eine Kreditaufnahme nach Katastrophen in Erwägung ziehen, so bedenken Sie bitte, ob in solchen Fällen nicht eher a) eine kostenlose Hilfe von anderer Seite angemessener wäre und/oder b) solche Gelder nicht über eine Versicherung (in die man natürlich vorher einzahlen müsste) bereitgestellt werden sollten. Bitte lassen Sie sich auch nicht von Fehlern der Vergangenheit in Form hoher Zinslasten beeindrucken und auch nicht von falschen Verteilungen der Steuereinnahmen, die u.U. bestimmte Haushalte unterfinanzieren; diese Fehler müssen ggf. behoben werden, dürfen aber die prinzipielle, fundamentale Diskussion nicht beeinflussen.

- **Eine Geldentwertungsrate (Inflationsrate) von mehr als 0% hat eine umverteilende Wirkung (Cantillon-Effekt) und zwar zugunsten derjenigen, die nahe an den Geldquellen positioniert sind, die früh (nach möglichst wenigen Zwischenschritten) dieses neue Geld erhalten und die ihre Preise (Löhne, Einkommen) relativ flexibel nach oben anpassen können, und zuungunsten derjenigen, die relativ weit weg von diesen Geldquellen positioniert sind und die ihre Preise gar nicht alleine oder nur schwer erhöhen können.**

Versuchen Sie die Quantität dieses Effektes zu ermitteln und welche Gruppen genau profitieren und welche genau verlieren, welche zugunsten der Profitierenden teileigentlich werden.

- **Die Krise wäre ohne die extrem hohe Staatsverschuldung nicht aufgetreten, insbesondere wäre sie mit Sicherheit nicht aufgetreten, hätte es ein absolutes Verschuldungsverbot für Staatshaushalte gegeben.** (Auch Irland, dessen Regierung ohne echte Legitimation die Schulden privater Banken auf den Staat übertragen hat, fällt unter diese Klausel, da der Haushalt durch diese Aktion überschuldet wurde.)

14 Anhang

In diesem Anhang wird auf eine Reihe von Punkte eingegangen, die von hoher Relevanz sind oder die im Zusammenhang mit der Überschuldungskrise intensiv diskutiert werden, die aber den Lesefluss des Haupttextes stören würden.

14.1 Wofür benötigt man eigentlich Geld?

In einer reinen Selbstversorgerwirtschaft benötigt man kein Geld. In einer reinen Tauschwirtschaft (wenn nur Güter und Dienstleistungen direkt getauscht werden) ebenfalls nicht. Erst wenn man indirekt oder zeitlich versetzt tauschen möchte oder es Probleme mit der Teilbarkeit gibt (Beispiel: man hat eine Kuh, die man gegen 4 Hühner und einen Pflug wegtauschen möchte, es gibt aber niemanden, der dies komplett anbieten kann und genau eine Kuh sucht), benötigt man einen Mechanismus, um dies effizient zu bewerkstelligen.

Historisch gesehen hat man dafür ein allgemein anerkanntes Tauschmittel als Lösung gefunden, meist Gold oder Silber, die zudem auch anderweitig verwendbar waren. Aber auch Muscheln, Steine, Säcke von Weizen oder Zigaretten wurden oder werden als allgemeines Tauschmittel verwendet.

Solche allgemein anerkannten Tauschmittel nennt man Geld.

Es ist wichtig, zu verstehen, dass sich diese Mechanismen sozusagen von alleine unter den Menschen herausgebildet haben. Das so genannte Münzregal, eine alleinige Herrschaft über das Geld durch „den Staat“, dagegen ist eine reine Erfindung von Juristen im Dienste der jeweils Herrschenden. Es hat im Zweifel nichts mit dem zu tun, was sich unter freien Menschen von selbst herausbilden würde. Insbesondere würden sich freie Menschen nie freiwillig für ein „Geld“ entscheiden, mit welchen sie ständig ausgebeutet und bestohlen werden. Ziel einer solchen Herrschaft über das Geld war fast immer die Ausbeutung der Bevölkerung zugunsten der Herrscher, z.B. indem ständig der Gehalt an den eigentlich wertvollen Inhaltsstoffen von Münzen reduziert wurde.

Grundsätzlich braucht man kein Geld, wenn man nichts tauschen will; will man etwas tauschen, so muss man erst einmal Tauschmittel (Geld) sozusagen einkaufen und zwar durch Eintauschen von Gütern und Dienstleistungen, die man besitzt bzw. erzeugt. Um allerdings kurzfristig auf Gelegenheiten reagieren bzw. überhaupt effizient agieren zu können, wird man typischerweise eine bestimmte Menge Geld als Kassenhaltung anstreben.

Oben wurde bereits kurz angedeutet, dass man unter Umständen zeitlich versetzt tauschen möchte. Im Extremfall kann dieser zeitliche Versatz Jahrzehnte umfassen, sogar (fast) 100 Jahre. Dies ist insbesondere bei der Altersvorsorge der Fall. Man tauscht sozusagen Güter oder Dienstleistungen, die man heute hat oder erzeugt, gegen solche in der ferneren Zukunft. Für diesen Zweck wird häufig auch das Geldsystem eingesetzt, was allerdings tendenziell sehr problematisch ist, weil hierfür Unsummen an Geld erforderlich sind und es bei schlecht konstruierten Geldsystemen (also allen aktuell gültigen Geldsystemen) keine Garantie dafür gibt, dass man in der Zukunft nicht deutlich weniger erhält, als es angemessen wäre.

Dieses Thema soll hier aber nicht vertieft werden, da es sogar den Rahmen aller Geldtheorien sprengt. Hierfür eine gute Lösung zu finden, würde eine allgemeine, neue Geldtheorie erfordern, die auch dieses Problem wirklich löst. Bis dahin ist das Konzept des Bürger-Euros das mit Abstand fundierteste.

Im Literaturverzeichnis finden Sie entsprechende Bücher über das Wesen des Geldes sowie die konkreteren (Ausbeutungs-)Mechanismen des heutigen Papiergeldes.

14.2 Was hat der Euro Deutschland gebracht?

Auffallenderweise werden hierzu von fast niemanden Zahlen genannt, was vermuten lässt, dass es entweder keine gibt oder aber diese eher niedrig sind. Hier der Versuch einer Abschätzung; es gibt im Wesentlichen die folgenden vier positiven Effekte:

- Die Abschaffung der Geldwechselgebühren sowie der Kosten für die Absicherung von Wechselkursschwankungen
- Die größere Planungssicherheit bei Auslandsinvestitionen in Euro-Länder
- Definiertere Finanz-Situation beim Export und Import in Nicht-Euro-Länder, wenn in Euro fakturiert wird (Bezahlung mit Euro beim Ankauf von z.B. Erdöl)
- Wohlstandszuwächse, weil Nicht-Euro-Länder den Euro verwenden; wenn Länder außerhalb der Euro-Zone den Euro ebenfalls verwenden (z.B. in der Schwarzwirtschaft) oder Euros als Devisenreserven aufkaufen, ergeben sich hieraus Wohlstandsgewinne für die Euro-Länder

Einige Milliarden oder dutzend Milliarden im Jahr kommen da sicher zusammen, aber ob es mehr als 30 sind? Höchstens, wenn der letzte Punkt wirklich bedeutsam ist, er ist allerdings am schwierigsten abzuschätzen.

Eine erhöhte Exportquote in die Euro- oder EU-Länder gibt es übrigens nicht, diese war zu DM-Zeiten sogar etwas höher, der Export hat also nicht profitiert.

14.3 Gibt es eine Gefahr für den Euro?

Diese Behauptung wird der Bevölkerung seit 2008 in verschiedensten Varianten immer wieder von interessierter Seite aufgetischt. Die Wiederholung macht sie aber nicht wahrer.

Tatsache ist, dass der Euro in seiner ursprünglichen Konzeption (Ursprünglicher Enteignungs-Euro) keineswegs wirklich gefährdet ist. Über welche Mechanismen sollte das auch der Fall sein? Eine Währung ist immer nur dann wirklich gefährdet, wenn das Vertrauen in sie auf breiter Front massiv fällt und wenn Alternativen verfügbar sind. Das Vertrauen in den Euro fällt zwar (siehe die Gold- und Silberpreise, die hohe Umschichtungen sichtbar machen), aber das ist noch nicht ernsthaft ein Problem. Und eine echte Alternative verbieten die Politiker per Gesetz.

Was es dagegen real gibt, ist die Gefahr der Insolvenz einiger Staaten durch zu hohe Kreditaufnahmen sowie einiger privater Unternehmen (vor allem Banken und Versicherungen) durch zu hohe Kreditvergaben.

Eine solche Insolvenz würde den Euro als Währung aber keineswegs wirklich treffen, ganz im Gegenteil, die Welt würde das strikte Einhalten der ursprünglichen Euro-

Regularien positiv bewerten, weil klar wäre, dass eine solche Insolvenz ein sehr disziplinierende Wirkung für die Zukunft hätte.

Man muss sich das so vorstellen: Ein Land im Euro-Verbund entspricht einem Unternehmen innerhalb eines herkömmlichen Staates, welches eine eigene Zentralbank hat. Geht dieses Unternehmen Pleite, so kann es aus gutem Grunde nicht darauf hoffen, dass andere Unternehmen die eigenen Schulden zahlen; und der Staat wird es auch nicht tun. Dies bewirkt für private Unternehmen eine äußerst hohe Motivation, einen Konkurs zu verhindern. Geschieht es doch, so hat das keinen großen Einfluss (jedenfalls nicht langfristig), weder auf andere Unternehmen, noch auf die Währung.

Natürlich wären ständige Insolvenzen von Euro-Staaten für Investoren aus aller Welt kein gutes Zeichen, sie würden dann den Euro tendenziell meiden oder sich zumindest die einzelnen Länder sehr viel genauer anschauen.

Das Schreckensszenario, welches in Zusammenhang mit der Insolvenz eines Euro-Landes gerne verbreitet wird, lautet in etwa folgendermaßen: Die Banken etc., die Staatsanleihen dieses Landes halten, müssten diese dann vollständig oder teilweise abschreiben und würde dann ggf. selbst insolvent werden. Dies würde dann eine Kettenreaktion auslösen, noch viel schlimmer als 2008 nach dem Lehmann-Konkurs.

Es ist schwierig, diese Fragestellung im Detail einzuschätzen; die betroffenen Unternehmen haben eine große Motivation zu übertreiben, um die Politiker zu veranlassen, ihnen das Geld der Steuerzahler zuzuschauen. Zudem gibt es ja nicht umsonst Eigenkapital und Eigentümer, die die Unternehmen durch Kapitalerhöhung vor dem Konkurs bewahren könnten, wenn sie nur wollten. Auch gibt es die alte Regel, dass man seine Investitionen streuen sollte. Und schließlich ist ja gar nicht gesagt, dass die Staatsanleihen vollständig wertlos werden, meist werden ja noch 50% oder mehr ausgezahlt (aktuelle Marktbewertungen sind ca. 70%). Und zu guter letzt sind die Probleme seit vielen Jahren wohl bekannt, so dass genügend Zeit vorhanden war, Vorkehrungen zu treffen.

Ein Punkt muss an dieser Stelle näher beleuchtet werden: Die Politiker haben die Bilanzierungsvorschriften so gestaltet, dass kein Unternehmen auch nur 1 Cent (!) Eigenkapital oder Kundeneinlagen zur Ausfallsicherung bereithalten muss, wenn es Staatsanleihen kauft. Normalerweise würde ein Unternehmen, welches Kredite vergibt, entweder wie beim Hypothekenkredit eine so hohe Absicherung verlangen (Verpfändung der Immobilie in einer Höhe von z.B. 200% der Kreditsumme), dass eigentlich nichts schief gehen kann, oder aber es würde einiges an Eigenkapital vorhalten, damit es bei einem Kreditausfall nicht in Konkurs geht (meist gehen ja nicht alle Kredite gleichzeitig verlustig, deshalb reicht eine Teildeckung aus).

Die Motivation der Politiker, diese katastrophale Regel, die allen guten kaufmännischen Grundsätzen fundamental widerspricht, einzuführen, ist offensichtlich: Sie wollen die Banken etc. veranlassen, mehr Staatsanleihen zu kaufen, als sie es sonst tun würden.

Diese Regel ist mit der Hauptgrund für das Erpressungspotential dieser Unternehmen, da es mit der Hauptgrund für die mögliche Insolvenz dieser Unternehmen im Zuge von Staatsinsolvenzen ist.

Diese Bilanzierungsvorschrift muss unbedingt geändert werden. Es muss ein fest zugeordnetes Eigenkapital von min. 30% der Kreditsumme vorgeschrieben

werden, besser noch 100%. Letzteres entspricht einem Verbot der Erzeugung von Geld aus dem Nichts.

14.4 Inflationsrate, Geldentwertungsrate und Teuerungsrate

Die Begriffe Inflation und Teuerungsrate muss man scharf auseinander halten; leider wird oft fälschlicherweise der Begriff „Inflation“ verwendet, wo eigentlich „Teuerungsrate“ gemeint ist.

Mit Inflation ist in der Nationalökonomie (Volkswirtschaftslehre) die Geldentwertungsrate gemeint, d.h., der Zuwachs an Geld, der nicht durch entsprechende zusätzliche Güter und Dienstleistungen gedeckt ist. Aufgrund der vielfachen Falschverwendung sollte man den Begriff Inflation allerdings am besten nicht mehr verwenden, sondern gleich den selbsterklärenden Begriff Geldentwertungsrate verwenden.

Eine Teuerungsrate ist demgegenüber die Veränderung der gewichteten Preise eines Warenkorb. Meist wird hierzu ein Warenkorb (der auch Dienstleistungen enthält, wie z.B. Haare schneiden) zusammengestellt, der die Lebenshaltungskosten von Gering- und Mittelverdienern nachbilden soll. Hierbei werden aber eine Vielzahl von möglichen Käufen weggelassen, z.B. Gold-, Grundstücks- oder Aktienkäufe.

Die Gewichtung der Artikel des Warenkorb erfolgt im Grundsatz nach geschätztem Kaufvolumen, d.h., Artikel, für die man viel ausgibt, werden höher gewichtet.

Offensichtlich ergeben sich unterschiedliche Teuerungsrate, je nachdem, welche Artikel in den Warenkorb aufgenommen werden und wie man diese gewichtet. Man kann daher vermuten, dass die von offizieller Seite ausgewiesenen Teuerungsrate um einiges niedriger angegeben werden, als wenn sie von unabhängigen Institutionen berechnet werden würden, die sich nur den Bürgern verpflichtet fühlen.

In Wirklichkeit sind die Teuerungsrate also durchaus um ca. 0,5-1% höher (geschätzt).

Damit nicht genug der Manipulation. Seit 2002, also in etwa zur Einführung des Euro, wird in Deutschland, wie vorher bereits in den USA, bei der Berechnung zunehmend das so genannte hedonische Verfahren angewendet. Ziel dieses mathematischen Verfahrens ist es, die Anteile der Preisänderungen herauszurechnen, die auf Qualitätsänderungen beruhen.

Beispiel: Im Jahr 2009 kostet eine digitale Kamera mit einer Bildauflösung von 8 Megapixeln 100 Euro. Im Jahr danach gibt es diese nicht mehr, dafür eine mit 10 Megapixeln und ebenfalls einem Preis von 100 Euro. Bei simpler Berechnungsweise würde man jetzt sagen, man erhält sozusagen für 80 Euro 8 Megapixel (von den 10 Megapixeln), also ist der Preis für 8 Megapixel um 20% gesunken. Die Teuerungsrate ist also minus 20%. Das hedonische Verfahren ist komplexer, da es über eine Regressionsanalyse versucht auszurechnen, welchen Zusammenhang es zwischen Preis und empfundenen Nutzen der Käufer gibt. Aber in jedem Falle ist das Ergebnis eine negative Teuerungsrate, z.B. minus 6,3%.

Offensichtlicherweise wird die ausgewiesene Teuerungsrate für den gesamten Warenkorb also um so niedriger sein, je mehr Artikel dort enthalten sind, die aufgrund des hedonischen Verfahrens eine niedrigere Teuerungsrate aufweisen, als das sonst der Fall wäre. Je mehr elektronische Artikel im Warenkorb sind, desto niedriger wird die Gesamtteuerungsrate ausgewiesen werden. Hierin liegt also eine weitere Manipulationsmöglichkeit.

Es soll hier wohlgermerkt nicht gegen das hedonische Verfahren argumentiert werden, dieses an sich ist fundiert und zwingend notwendig, um die eigentlichen Preis-

änderungen zu ermitteln. Aber jede/r sollte sich darüber im Klaren sein, was hier berechnet wird, wenn z.B. Teuerungsraten aus früheren Zeiten mit denen aus Euro-Zeiten verglichen werden.

Es soll auch angemerkt werden, dass es auch vor Einsatz des speziellen hedonischen Verfahrens andere Korrekturrechnungen dieser Zielsetzung gab; es ist also – im Gegensatz zu einigen Vermutungen, die gelegentlich geäußert werden – nicht zwingendermaßen so, dass die Teuerungsraten deswegen seitdem niedriger ausgewiesen werden. Hier hilft nur eine genaue Analyse.

Nun kommen wir zu einer äußerst interessanten und hochgradig relevanten Frage: Wie hoch wäre denn die Teuerungsrate, wenn sie von einer unabhängigen Institution berechnet werden würde und wenn die Geldentwertungsrate 0% wäre (d.h., kein Geld einfach aus dem Nichts erzeugt werden würde)? Diese Teuerungsrate wäre sozusagen die natürliche Teuerungsrate, die sich ohne Manipulation des Geldsystems einstellen würde. Die Antwort lautet:

Die natürliche Teuerungsrate beträgt etwa minus 2-3%.

Der Hauptgrund hierfür liegt darin, dass es aufgrund des technischen Fortschritts ständig entweder zu Kostensenkungen bei gleicher Qualität kommt und/oder zu Qualitätssteigerungen. Das gilt zwar keineswegs für alle Waren und Dienstleistungen, aber doch für viele und für manche ganz besonders (besonders für elektronische Produkte und Dienstleistungen). Hinzu kommt ein zweiter Effekt, nämlich den zunehmenden Einkauf (z.T. von Vorprodukten) in günstigeren Ländern.

Die Differenz von ca. 5-6% zu der tatsächlichen Teuerungsrate entspricht etwa der Geldentwertungsrate (echte Inflationsrate). Grob kann man folgendes bzgl. der Bevölkerungsmehrheit sagen: Wenn der Stundenlohn weniger als diese 5-6% pro Jahr steigt, stecken sich andere die Differenz ein; steigt der Stundenlohn z.B. nur um 2%, so fließt ein Gegenwert von 3-4% an andere, an die Profiteure. So wollen es die Politiker (z.T. unbewusst), die die Regularien des Geldsystems festgelegt haben bzw. daran festhalten.

14.5 Wenn Deutschland die AAA-Bonität verliert

Fast alle bisher von der Politik durchgeführten Maßnahmen im Rahmen der Überschuldungskrise sind in hohem Maße dazu geeignet, die bisher sehr gute AAA-Bonität Deutschlands (die beste Bonität) zu verschlechtern. In letzter Zeit sind aus gutem Grunde die Bonitäten einiger Staaten von den Rating-Agenturen abgesenkt worden, z.B. hat Standard & Poor's (S&P), einer der drei größten Rating-Agenturen der Welt, im Januar 2011 die Bonität Japans von AA auf AA- gesenkt.

Eine solche Verringerung der Bonität hat höhere Kreditzinsen zur Folge (wobei diese nur für neu aufgenommene Kredite relevant wären). Genau genommen gibt es natürlich auch innerhalb einer solchen Bonitätsstufe feinere Abstufungen, die sich bereits auswirken, denn die Bonität Deutschlands bewegt sich zurzeit in Richtung AA+ (die nächst-schlechtere Stufe nach AAA gemäß S&P Schema), auch wenn sie offiziell noch AAA hat.

Eine formelle Herabstufung würde die Kosten für neue Kredite drastisch erhöhen, z.B. um 0,8 Prozentpunkte, d.h., um ca. **33%**, denn im Moment zahlt Deutschland sehr niedrige Zinsen. Im Laufe der Jahre würde die **gesamte Zinslast entsprechend dramatisch steigen** und damit zu noch massiveren Haushaltsproblemen als ohnehin schon führen.

14.6 Warum nur ein vollständiges Verschuldungsverbot das einzig Richtige ist

In diesem Text sowie vielen anderen Diskussionsbeiträgen wurden gute Gründe dafür vorgetragen, warum eine immer weiter steigende Verschuldung schlecht ist und warum man eine Beschränkung der Neuverschuldung („Schuldenbremse“) zwingend einführen soll.

Dieser Text befürwortet ein absolutes, vollständiges Verbot jeglicher Kreditaufnahme, d.h., 0% Neuverschuldung, für alle Staatshaushalte, angefangen bei den Kommunen. Auch wird – an sich eine schiere Selbstverständlichkeit – eine korrekte Offenlegung aller künftigen Zahlungsverpflichtungen und Bürgschaften verlangt, also eine korrekte Bilanzierung, damit keine Kreditaufnahme durch Schattenhaushalte oder andere betrügerische Mechanismen stattfinden kann.

Unzweifelhaft werden sich Stimmen zu Wort melden, die die Meinung vertreten, dass eine solches vollständiges Kreditaufnahmeverbot zu hart, zu scharf sei. Eine Neuverschuldung (=Schuldenstanderhöhung) von z.B. max. 3% sei doch auch ausreichend. Oder wenigstens 1%... Diese Forderung wird von vielen Gruppen in allen Variationen vorgebracht werden.

Dem ist folgendes entgegenzuhalten:

- a) Es gibt schlicht und ergreifend **keinen einzigen Grund** für eine Kreditaufnahme eines Staatshaushalts. Wie schon andernorts in diesem Dokument vorgerechnet, kann man auch größere Investitionen sehr wohl durch entsprechendes, mehrjähriges Ansparen (in jedem normalen Jahr gehören z.B. 3% des Budget angespart) sowie durch zeitweilige höhere Steuern problemlos finanzieren; auch kann man die Investition über mehrere Jahre strecken; und nicht zuletzt kann man sehr wohl, sagen wir 5%, zusätzlich woanders im Budget über einige Jahre sparen.
- b) Jede Abweichung von 0% ist ein scheunengroßes Einfallstor für eine ungebremste Verschuldung und für eine Erhöhung des Schuldenstandes. Nur 0% sind absolut eindeutig und fix.

Insofern spricht alles dafür, ein solches absolutes Verbot der Schuldenaufnahme festzuschreiben bei gleichzeitigem Zwang, min. 3% des Budgets anzusparen und zwar bis z.B. 30% des Budgets angespart sind.

Die Freigabe des angesparten Geldes sollte dabei ausschließlich über eine Volksabstimmung mit einer Zustimmungsrate von klar über 75% erfolgen (z.B. 90%), um eine unkontrollierte Verschwendung für normale Ausgabenzwecke zu verhindern.

Durch diese zwei weiteren Klauseln wird gewährleistet, dass auch in schlechten Jahren genügend Geld bereit steht, wenn die Einnahmen dann nicht so groß sind.

14.7 Die Bedeutung und Wirkung von Staatsschulden

Häufig liest man, diese seien eine Ausbeutung der nachfolgenden Generation. Das ist zwar richtig und ein Verstoß gegen ein explizit einzuführendes Menschenrecht auf Nicht-Verschuldung, aber die alleinige Fokussierung auf diesen Aspekt ist insofern grob irreführend, weil er drei weitere wichtige Punkte verdeckt:

Erstens werden keineswegs nur die nachfolgenden Generationen ausgebeutet, sondern natürlich auch die jetzt lebende Generation, denn die Zinsen müssen ja sofort aufgebracht werden. Das „Argument“, diese profitiere ja auch, greift weitestgehend nicht, denn die Kredite werden meist nicht sinnvoll verwendet.

Zweitens ist die Rechenschaftslegung fast immer grob unvollständig, weil wesentliche Teile der Staatsschulden gar nicht ausgewiesen werden (z.B. die künftigen Pensionszahlungen); nicht nur das, die Thematik wird eigentlich nirgendwo überhaupt der Bevölkerung und vor allem den Wählern strukturiert präsentiert, z.B. als Teil eines jährlichen Rechenschafts- und Arbeitsberichtes der Politiker (oder besser noch: eines Berichtes einer unabhängigen Organisation), die dann einem erklären, dass man jetzt persönlich für X Euro von den Politikern verschuldet worden ist. Mit anderen Worten, es finden sowohl ein massiver Bilanzbetrug und eine massive Desinformation statt. Jedenfalls würde man dies auch strafrechtlich so einordnen, wenn es um eine private, bilanzpflichtige Firma ginge.

Drittens folgen aus den Schulden naturgemäß entsprechende Zinszahlungen in der Zukunft. Diese wiederum schränken die Handlungsfähigkeit der künftigen Politiker u.U. drastisch ein. Eine Verschuldung erweitert die Handlungsmöglichkeiten der jetzigen Politiker zulasten der nachfolgenden Politiker. Wie sollen letztere eine vernünftige, zukunftsorientierte Politik machen, wenn z.B. 50% der Einnahmen für Zinszahlungen draufgehen und nochmals 45% für weitere Fixkosten? Es sind damit erhebliche Probleme für die Zukunft programmiert.

14.8 Wie könnten Staatsschulden verhindert werden?

Es gibt im Wesentlichen zwei Mechanismen, die eine solche zunehmende Verschuldung verhindern oder deutlich mindern würden:

1. Ein unabänderliches, verfassungsmäßiges Verbot der Kreditaufnahme mit direkten, kostenlosen und aufschiebendem Klagerecht für jeden Einwohner sowie der Strafe der sofortigen Amtsenthebung eines jeden Politikers, der auch nur versucht, dieses Verbot zu durchbrechen oder (durch Schattenhaushalte etc.) zu umgehen
2. Die Rückübertragung der Budgethoheit an die Bevölkerung, d.h., es wird jeweils vorab eine Volksabstimmung über die Gesamthöhe des Budgets durchgeführt; mehr Geld als freigegeben dürfen die Politiker nicht ausgeben

14.9 Ist eine Deflation eine Gefahr?

Deflation bezeichnet in der Nationalökonomie (Volkswirtschaftslehre) einen Rückgang der Geldmenge im Verhältnis zur Veränderung der Güter- und Dienstleistungsproduktion, d.h., pro Geldeinheit gibt es mehr Güter und Dienstleistungen. Von der Deflation zu unterscheiden ist ein Rückgang des Preisniveaus (negative Teuerung); beide Effekte werden häufig miteinander verwechselt und ein Rückgang des Preisniveaus wird als fälschlicherweise als Deflation bezeichnet.

Beide Effekte treten zwar meist zusammen und gleichgerichtet auf, aber es kann auch eine Deflation geben ohne Einfluss auf das Preisniveau oder das Preisniveau kann sogar steigen (z.B. aufgrund hoher Nachfrage aus dem Ausland).

Eine starke (z.B. mehr als 5% pro Jahr) und anhaltende Senkung des Preisniveaus birgt die Gefahr in sich, dass viele Kaufentscheidungen verzögert werden, weil man ja mehr als Gegenleistung für sein Geld enthält, je länger man wartet. Weil dadurch die Nachfrage sinkt, senken die Firmen ihre Preise, wodurch sich der Effekt verstärkt. Die Unternehmen geraten durch diese Kaufverweigerung bei gleichzeitig (zu) niedrigen Preisen in ernsthafte Schwierigkeiten, zunehmend mehr müssen ihre Angestellten entlassen oder in Kurzarbeit schicken, wodurch wiederum die Kaufkraft der Käufer im Mittel sinkt, was wiederum die Unternehmen zu noch größeren Preissenkungen veranlasst.

Die Gründe für eine anfängliche Senkung des Preisniveaus sind typischerweise eine Kaufzurückhaltung aufgrund von Unsicherheiten über die Zukunft, man hält eben sein Geld zusammen (spart es), wenn man sich unsicher ist, ob man noch in Zukunft ein gleich hohes Einkommen erhalten wird.

Es gibt auch durchaus massive Senkungen des Preisniveaus am Ende von nicht fundamental gerechtfertigten mehrjährigen Preissteigerungen, sog. Blasen, typische Beispiele sind die Immobilienblasen in diversen Ländern, z.B. Irland. Hierbei handelt es sich aber schlicht und ergreifend um notwendige und überfällige Korrekturen von überzogenen Preisen, das hat eigentlich nichts mit dem Preisniveau oder mit Deflation zu tun.

Die ständigen, leichten Preisniveausenkungen von ca. 2-3% im Jahr, die sich aufgrund des technischen Fortschritts sowie der ggf. zunehmenden Importe aus günstigeren Ländern ergeben, bewirken bei entsprechender Geldpolitik eine leichte Deflation, die allerdings im Gegensatz zu den oben beschriebenen Effekten bei einem starken Rückgang des Preisniveaus als wohltuend empfunden werden; sie werden nämlich als das aufgefasst, was sie sind, als die Teilhabe am Ernten der Früchte des technischen Fortschritts. Sie entsprechen einem leichten, warmen Mairegen, der wohltuend ist. Diese Preisniveausenkung führt also zu einer positiven Grundstimmung, nicht zu einer negativen Krisenstimmung.

Hier soll nicht auf die z.T. noch komplexere Natur dieser ganzen Thematik Deflation / Teuerung / Inflation etc. eingegangen werden, sondern es reicht, festzuhalten, dass eine länger andauernde, stetige und massive Senkung des Preisniveaus einige oder u.U. sogar erhebliche Gefahren birgt, da ein damit möglicherweise einhergehende Stagnation oder gar Rückgang der Wirtschaftsleistung zu erheblichen Problemen führen kann bzw. führt.

Wichtig ist dabei, dass die Geldmenge auch bei einer solchen negativen Teuerung steigen kann (Inflation im echten, nationalökonomischen Sinne des Wortes), nicht zuletzt deshalb, weil viele Politiker ihr Heil darin sehen, durch das Drucken von Geld aus dieser Situation herauszukommen; die Ursachen sind aber in den Unsicherheiten zu sehen und nicht in der Geldmenge als solcher. Fast unweigerlich wird viel zu viel Geld neu gedruckt und sobald die Krise irgendwann vorüber ist, macht sich dieses zu viele neue Geld als Teuerung bemerkbar; genau dies geschieht zurzeit (Februar 2011).

Wie anhand dieser Ausführungen zu sehen ist, sind die Ursachen einer negativen Teuerung meist nicht, dass die Geldmenge verkleinert wurde, sondern Unsicherheiten über die Zukunft (der Vollständigkeit halber sollte angemerkt werden, dass die meisten dieser Unsicherheiten durch schlechte Politik verursacht werden).

Nichtsdestotrotz wird die negative Teuerung fälschlicherweise als Deflation bezeichnet und dann die Angst vor den oben beschriebenen negativen Folgen ausgenutzt, um das Geld drucken als Lösung für die Probleme der meist nur herbeigeredeten negativen Teuerung angepriesen; tatsächliche, signifikante Senkungen des Preisniveaus hat es in der Weltgeschichte bisher fast nur bei von durch Geld drucken entstandenen Krisen gegeben.

Als Fazit kann man sagen, dass Vorschläge oder Forderungen, Geld zu drucken, um „Deflation“ zu verhindern, praktisch immer auf falschen Analysen beruhen und grob fehlerhaft und ungeeignet sind, die eigentlich zugrunde liegenden Probleme zu lösen; ganz im Gegenteil wird die Umsetzung dieser Forderungen erhebliche Schäden verursachen und zu Umverteilungen innerhalb der Bevölkerung führen und zwar zu

Lasten der größten Teile der Bevölkerung. Die detaillierten Begründungen hierfür finden Sie in den Abschnitten über die Inflationssteuer.

14.10 Was sollten Griechenland und Irland tun?

Grundsätzlich sind die Kontexte zu komplex, um hier auf diese Fragestellung im Detail einzugehen, dies würde eine erhebliche Kenntnis vieler Einzelheiten voraussetzen, die so in diesem Moment nicht gegeben ist. Trotzdem ein paar Gedanken hierzu:

Grundsätzlich muss man zwischen einem erstrebenswerten Zielzustand, der im Zweifelsfalle erst in einigen Jahren erreicht wird, und den dazu notwendigen Schritten unterscheiden; eine klare Vorstellung über Ersteres ist aber die Voraussetzung für die Schritte, deshalb muss diese klare Zielvorstellung zuerst erarbeitet und fixiert werden, ggf. auch durch entsprechende (unabänderbare) Verfassungsänderungen.

Als Erstes sollten nicht nur diese beiden Staaten, sondern alle EU-Staaten in ihre jeweiligen Verfassungen einen Artikel aufnehmen, der allen Staatshaushalten (bis herunter zu kommunalen) die Kreditaufnahme vollständig verbietet sowie jede Umgehung dieses Verbotes durch Schattenhaushalte oder unzureichende Bilanzierung von Schulden. Damit dieses Verbot auch tatsächlich wirkt, muss es eine kostenlose, unmittelbare Klagemöglichkeit für jeden Einwohner geben und zwar mit aufschiebender Wirkung. Die Strafe und zwar auch bereits für den Versuch, dieses Verbot zu brechen oder zu umgehen, muss die sofortige Amtsenthebung sowie die Haftungsübernahme aller aus evtl. bereits begangenen Taten sein; evtl. eingegangene Schuldverträge etc. werden rückwirkend aufgehoben. Diese Artikel sollten als unabänderlich ein für alle mal festgeschrieben werden; sie fixieren das Menschenrecht auf eine Nicht-Verschuldung durch fremde Personen (und sei es auch das Parlament).

Für den Fall von Jahrhundert- oder Jahrtausendereignissen, die eine Kreditaufnahme evtl. doch rechtfertigen würden, kann ein weiterer Artikel vorgesehen werden, der es via Volksentscheid möglich macht, einen Kredit aufzunehmen; die Zustimmungsquote muss dann aber min. 90% sein. Dieses Quorum muss unabänderlich sehr hoch fixiert werden, da sonst die akute Gefahr besteht, dass über diesen Mechanismus es doch zu ständigen Krediterhöhungen kommt.

Grundsätzlich kann ein Staat nicht ständig und im Mittel mehr ausgeben als einnehmen (wobei eine Kreditaufnahme hier nicht als Einnahme zu verstehen ist), es ist daher zwingend, dass diese beiden Größen einander angepasst werden und zwar zügig innerhalb von ca. 2 Jahren. Die oben angesprochenen Verfassungsartikel müssen ggf. entsprechende Übergangsfristen beinhalten, diese dürfen aber nicht mehr als 3 Jahre sein.

Da diese Selbstverständlichkeit in der Praxis aufgrund des z.T. massiven Protestes bestimmter, bisher von der zu hohen Kreditaufnahme profitierender Gruppen, häufig nicht in der nötigen Geschwindigkeit und Konsequenz umgesetzt wird, muss dazu noch eine Anmerkung gemacht werden:

Es sollte ein Konsens über die Selbstverständlichkeit hergestellt werden, dass auf Dauer und im Mittel die Ausgaben nicht höher sein dürfen als die Einnahmen. Wer der Meinung ist, dass die Ausgaben auf Dauer höher sein sollen/dürfen als die Einnahmen, soll bitte einen Finanzplan über 100 Jahre erstellen, aus dem hervorgeht, wie sich das auf längere Zeit auswirkt, und diesen Plan dann zur Diskussion stellen; diejenigen, die anderer Meinung sind, sollten jeden Versuch der Verschuldungsbefürworter scharf zurückweisen, die notwendigen Reduktionen erst (von

anderen Politikern) in Zukunft machen zu lassen. Wer die Schulden verursacht, soll sie auch selbst wieder zurückführen, das muss die Devise sein.

Der irischen Bevölkerung im Speziellen muss man empfehlen, die „Verstaatlichungen“ einiger Banken rückabzuwickeln; es handelt sich hierbei nämlich um gegen die Bevölkerung gerichtete Aktionen, die nur den Zweck haben, die unmittelbaren drohenden Verluste dieser privaten Unternehmen auf die Bevölkerung zu übertragen. Die irische Regierung hat keine echte Legitimation, kein echtes Mandat für diese Haftungsübertragung gehabt.

Da ein völlig schlagartiger Übergang zu einer vernünftigen Politik und Einnahmen- und Ausgabenstruktur aus verschiedenen Gründen unrealistisch ist, muss der Übergang über einen Zeitraum von max. 2 Jahren stattfinden. Welche Maßnahmen (evtl. Steuererhöhungen, Ausgabenkürzungen etc.) im Einzelnen zu ergreifen sind, kann sich nur aus dem genauen Kontext ergeben.

Auch die vieldiskutierte Frage eines Geldgeschenkes (denn genau das ist ein Schuldenschnitt oder eine spätere Rückzahlung) der Kreditgeber an die verschuldeten Staaten kann hier nicht im Detail erörtert werden. Dieser Punkt hat insofern eine besondere Relevanz, weil der Anteil der Zinszahlungen am Gesamtbudget sinnvollerweise ein bestimmtes Maß nicht überschreiten sollte, er sollte max. 30-40% nicht überschreiten. Denn es gibt im Budget noch eine Reihe weiterer de facto Fixkosten wie die Pensionszahlungen und Gehälter der Beamten und des öffentlichen Dienstes, zudem sind auch sonst ein erheblicher Teil der Ausgaben nicht nur kurzfristig relativ fix. Das bedeutet, dass der Teil des Budgets, über das einigermaßen frei verfügt werden kann, relativ klein ist; steigt nun der Anteil der Zinszahlungen am Budget, so verkleinert sich der Anteil des frei verfügbaren Budgets, was die Gestaltungsmöglichkeiten entsprechend einschränkt. Hinzu kommt, dass die Einnahmen ständig schwanken, wodurch das freie Budget seine Größe von einem Jahr zum nächsten durchaus um 50% ändern kann, was eine vernünftige Planung sehr schwierig macht; dieses Problem steigt an mit der Höhe des Zinsanteils am Budget.

Mit anderen Worten: Die Beschränkung dieses Zinsanteils ist von großer Bedeutung für die Handlungsfähigkeit einer jeden Regierung; wie aber genau dieses Ziel erreicht wird, hängt von den Möglichkeiten und vom Einzelfall ab. Derartig detaillierte Betrachtungen würden aber den Rahmen dieses Dokumentes sprengen und außerdem einen genauen Einblick in diverse Interna erfordern.

Ansonsten gilt das, was auch sonst immer gilt, nämlich, dass die Staaten, und das ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern aller Einwohner, das tun müssen, was notwendig ist, um zu einer vernünftigen wirtschaftlichen Entwicklung zu kommen, nämlich Investition in Bildung, Infrastruktur und effiziente, wettbewerbsfähige und produktive Unternehmen. Und Abbau von Bürokratie, Monopolen, unnötigen / überzogenen Verboten usw. Man muss sich bei allem schlicht und ergreifend die Frage stellen, ob ein jeweiliger Vorschlag zu mehr und/oder besseren Gütern und Dienstleistungen führt oder nicht.

14.11 Die Befangenheit interessierter Kreise

Wie auch sonst im Leben gilt auch hier, dass man sich immer sehr genau anschauen sollte, ob jemand, der eine bestimmte Meinung vertritt, befangen ist bzw. sein könnte oder dies eher nicht ist.

Dieser Text beinhaltet eine Reihe von Vorschlägen, gegen die befangene Kreise versuchen werden anzuhängen bzw. sie werden versuchen, der Bevölkerung Pseudoargumente oder vorgeschobene, an sich aber irrelevante Argumente aufzutischen etc.

Zu den Befangenen zählen generell alle Politiker (insbesondere auch die EU-Politiker und die mit Ihnen verbundenen EU-Bürokraten), große Teile der Finanzbranche, ein sehr großer Teil der Finanz-nahen Institute sowie Lehrstühle (da diese ihr Geld maßgeblich von den Politikern sowie der Finanzbranche erhalten), die Notenbanken sowie ein erheblicher Teil der Wirtschafts- und Finanzjournalisten; besonders hervorgehoben werden müssen all diejenigen, die an EU-Standorten leben, vor allem Brüssel, hier stellt man leider eine erhebliche Neigung fest, Positionen zu vertreten oder zu fördern, die im Interesse der dortigen EU-Bürokratie bzw. EU-Politiker liegen. Damit aber nicht genug, im Zweifel sind auch weitere Gruppen befangen, nämlich insbesondere solche, die bisher einen erheblichen Teil der Einnahmen von diesen zuerst genannten Gruppen erhalten sowie alle, die – aus welchen Gründen auch immer – bisher Meinungen zugunsten der hier in diesem Text kritisierten Inflation etc. geäußert haben und sich besseren Argumenten verschließen.

Prüfen Sie bitte jede Forderung darauf, ob die Erfüllung der jeweiligen Forderung nicht in erster Linie die persönliche Macht des Fordernden stärkt bzw. der Macht und die Geldmittel von nahe stehenden Institutionen; wenn das nämlich so ist – und gerade alle Stimmen aus der EU gehören zu praktisch 100% in diese Kategorie – dann muss man vermuten, dass es diesen Leuten nicht um die Sache als solche oder gar um die Bevölkerung geht, sondern nur um sie selbst. (In vielen Fällen ist die Umsetzung des genauen Gegenteils der Forderung das, was den Bürgern zugute kommen würde; aber generalisieren kann man diesen Punkt nicht.)

Prüfen Sie jedes scheinbare Argument, welches Ihnen vorgelegt wird, auf mögliche Befangenheit. Hier können Ihnen naturgemäß die schärfsten fundierten Kritiker am besten helfen, denn diese haben meist schon vor Jahrzehnten jedes schlechte Argument gehört und auseinander genommen. Im Literaturverzeichnis z.B. finden Sie eine kleine Auswahl solcher kompetenten Analytiker.

14.12 Die Rücktritte Köhlers und Webers

Herr Dr. Horst Köhler hat am 31. Mai 2009 seinen Rücktritt von der Position des Bundespräsidenten erklärt, kurz nachdem er Gesetze zum Rettungsschirm abgezeichnet hatte, die in extrem kurzer Zeit und de facto ohne öffentliche Diskussion vom Bundestag beschlossen wurden. Diese Gesetze gaben den Weg frei für die Unterstützung anderer Staaten durch Kredite etc. und verstoßen damit gegen die ursprünglichen EU- und Euro-Verträge (no-bail-out-Klausel). Herrn Köhler oblag die Pflicht, deren Verfassungsmäßigkeit zu überprüfen.

Er selbst hat andere Gründe für seinen Rücktritt angegeben. Aufgrund der Tatsache, dass er als Währungsexperte einer der besten Kenner der Finanz- und Geldpolitik in Deutschland ist und aufgrund der zeitlichen Nähe zur Unterzeichnung dieser Gesetze, sind aber von verschiedener Seite Vermutungen geäußert worden, er sei deswegen zurückgetreten, weil er diese Gesetze eigentlich für fundamental falsch halte und sich auf keinen Fall in der Situation wieder finden wollte, in Zukunft weitere, noch

katastrophalere Gesetze dieser Art, die Deutschland fundamental schaden würden, zu unterzeichnen. An dieser Stelle sollen keine Vermutungen diesbzgl. angestellt werden; letztlich kann nur Herr Dr. Köhler selbst Näheres erklären.

Herr Prof. Dr. Axel Weber, zurzeit noch Präsident der Bundesbank, hat vor einigen Tagen seinen Rücktritt erklärt und hierbei explizit angegeben, dass er nicht einverstanden ist mit der Geldpolitik (Richtung Transferunions-/Enteignungs-Euro), wie sie von großen Teilen der EU und auch von Seiten diverser Deutscher Politiker gefordert wird. Er wolle sich auch nicht auf den Posten des EZB-Präsidenten bewerben, weil er dort eine Minderheitenposition vertreten müsste.

Von der Verfassungsordnung her sollten die Institutionen Bundespräsident und Bundesbank unabhängig von den Regierungen und von den Parlamenten (Bund und Länder jeweils) sein; gleiches gilt für das Bundesverfassungsgericht. Der Grund hierfür liegt darin, dass nur so gewährleistet ist, dass nicht die Regierungen und/oder die Parlamente eine Übermacht gewinnen und gegen die Bevölkerung handeln, die wiederum durch die Verfassung vor Übergriffen des Staates geschützt werden soll. In der Praxis ist diese Unabhängigkeit durch die Berufungsverfahren etc. nicht in dem Maße gegeben, wie es wünschenswert wäre. Eine Direktwahl würde dieses Problem beheben, aber diese Thematik kann hier nicht näher diskutiert werden.

14.13 Würde die Umsetzung der Forderungen nicht die Krise verschlimmern?

Unzweifelhaft werden sich Unzählige zu Wort melden, die genau diese Meinung vertreten werden. Sie werden sagen, es wird zu einer unkontrollierten Kettenreaktion kommen, wenn wir jetzt nicht sofort die Politiker des Landes X oder die Bank Y mit vielen Milliarden Euro an frischem Geld versorgen. Diese Behauptungen werden in unzähligen Varianten präsentiert werden.

Die Wahrheit ist, dass eine vollständige und konsequente Umsetzung in allen Euro-Ländern (am besten in allen EU-Ländern sowie allen Ländern weltweit) die Krise sofort und auf Dauer beenden würde. Es bestünde zwar sehr wohl ein Risiko der Insolvenz einzelner Staaten oder Firmen; aber mit dieser Thematik kann man durchaus strukturiert umgehen, notfalls, indem durch Volksabstimmung (mit einer Mindestzustimmungsrate von 90%) einige Gelder geschenkt werden. Dies muss aber ein sehr strukturierter und auch politisch umfassend legitimierter und vorher diskutierter Prozess sein. Der entscheidende Punkt bei evtl. Schenkungen ist, dass **vorher** durch entsprechende Änderungen der Regularien und Verfassungen **absolut sicher gestellt sein muss, dass die eigentlichen Gründe der Krise für die Zukunft ausgeschlossen sind.**

Aber solche Schenkungen sind wahrscheinlich gar nicht erforderlich, von 2-3 Ausnahmen abgesehen. Es reicht, wenn sich alle an die neuen Regularien halten.

Die Probleme müssen genau dort gelöst werden, wo sie entstanden sind, nämlich

14.14 Und wo bleibt die Solidarität?

Unzweifelhaft wird es eine ganze Reihe von Stimmen geben, die bei den hier vorgestellten Konzepten die „Solidarität“ vermissen. Gemeint sind damit verschiedene geldwerte Vorteile, z.B. direkte Geldgeschenke (Schuldenschnitt), Gewährung von Krediten zu günstigeren Konditionen als die Marktkonditionen (Zinssubvention) usw.; letztlich lässt sich das, was unter dem Begriff „Solidarität“ gefordert wird, so zusammenfassen: Solidarität = Geldgeschenke.

Unklar ist, warum diese Gelder geschenkt werden sollen, denn die Ursachen der Krise werden damit ja nicht behoben, sondern ganz im Gegenteil verstärkt. Denn die Empfängerländer wollen mit diesen Krediten ihre Gesamtverschuldung noch ausbauen, so dass sie dann in Folge noch mehr Zinsen zahlen müssen. Auch ein Schuldenschnitt wird im Zweifel ausgenutzt werden, um an sich überfällige und notwendige Änderungen hinauszuzögern oder abzusagen.

Es stellt sich auch die Frage, durch welche Aktionen die Bevölkerung der jeweiligen Länder profitieren würde und durch welche nicht. Durch noch mehr Kredite jedenfalls eher nicht, diese würden zwar kurzfristig ein zügiges Absinken der Wirtschaftsleistung auf das Niveau, welches dem Land eigentlich entspricht und welches sich ohne ständige Neuverschuldung einstellen würde, verhindern, aber um den Preis der höheren Schuldenlast. Auch würde die Bevölkerung insgesamt keineswegs profitieren, sondern vor allem bestimmte Gruppen, die sich nahe an den Geldgießkannen der Regierung befinden.

Unterm Strich muss man also konstatieren, dass der Bevölkerung dieser Länder am meisten durch eine zügige und konsequente Angleichung der Einnahmen und Ausgaben gedient wäre sowie durch eine gute, echte Wirtschaftspolitik, die die mittlere Zahl der produktiv geleisteten Arbeitsstunden pro Einwohner/in steigert.

Solidarität im Sinne von Geldgeschenken ist also eher ein Danaer-Geschenk, welches negative Folgen haben wird. Davon ausgenommen wäre tendenziell ein Schuldenschnitt, falls sich die Kreditgeber darauf einlassen. **In keinem Falle aber dürfen die Steuerzahler fremder Länder ohne Zustimmung daran beteiligt werden**, egal auf welchem Wege (z.B. durch Ausgleich von Verlusten der EZB).

Wie bereits im vorigen Abschnitt bereits erwähnt, mag es notwendig oder gar unabweichlich sein, dass einige Schulden durch Geldgeschenke drastisch (um min. 30%, wahrscheinlich mehr) vermindert werden, da ansonsten die Schuldnerländer derartig in ihrem Spielraum eingeengt werden, dass sie große Schwierigkeiten haben werden, sich aus dieser misslichen, selbstverschuldeten Lage zu befreien; von anderen, möglichen Problemen ganz zu schweigen.

Solche Geldgeschenke darf es aber erst geben, wenn **vorher alle** in diesem Text beschriebenen gesetzlichen und verfassungsmäßigen Änderungen durchgeführt wurden, die notwendig sind, um solche Krisen für die Zukunft mit Sicherheit zu verhindern. Und wenn **vorher** diejenigen, die in einem besonderen Maße für die Krise verantwortlich sind (z.B. durch das Erlassen von miesen Gesetzen) und/oder von den fehlerhaften Regularien profitiert haben, entsprechende große Schadensersatzsummen gezahlt haben.

Erst dann, und zwar nur durch eine entsprechende Volksabstimmung mit einer sehr hohen Zustimmungsrate von 90%, darf eine beschränkte Summe aus Steuermitteln als Geldgeschenk gegeben werden. Diese Summe muss von **allen** Euro-Ländern aufgebracht werden. Alles andere ist als zutiefst ungerecht und falsch abzulehnen.

Im Übrigen soll noch auf einen Punkt hingewiesen werden: Das Wort „Solidarität“ impliziert Freiwilligkeit; man kann nur freiwillig, aus eigenen Stücken, solidarisch sein. Nur in Diktaturen gibt es eine erzwungene Solidarität, wo einem die Machthaber z.B. Geld wegstehlen, um es dann anderen unter dem Deckmantel irgendeiner „Solidarität“ zuzuschancen.

Da wir nun glücklicherweise in einem freien Land leben, steht es jedem und jeder frei, einfach **selbst** solidarisch in dem Sinne zu sein, wie man es eben für richtig hält. Wer es also für gut und richtig hält, irgendwelchen Politikern, die bisher nicht einmal im Ansatz einen **durch Taten bewiesenen** Willen haben erkennen lassen, schlicht und einfach vernünftig zu wirtschaften (sprich: nicht mehr auszugeben, als eingenommen wird), einfach Geld für deren Staatshaushalt zu schenken, der/die soll das gerne selbst, **mit eigenem Geld**, tun. Aber jede Forderung oder Anmaßung, andere per gesetzlichen Zwang (Steuern etc.) in eine solche Aktion hineinzuzwingen, ist aufs Schärfste zurückzuweisen. Wer dieses Geld z.B. lieber seinen Enkelkindern zukommen lassen will, der soll es auch tun können, es darf niemanden vorher einfach weggestohlen werden, bloß, weil einige es so wollen.

14.15 Dieser Text ist pro-europäisch

Dieser Text ist zwar in erster Linie aus einer deutschen Perspektive geschrieben worden (wobei er aber auch in besonderem Maße zutreffend ist für ähnlich strukturierte netto-Zahler-Länder wie z.B. Österreich, die Niederlande oder Finnland), er ist aber in keiner Weise nationalistisch, weder von der Intention her noch vom tatsächlichen Inhalt her.

Der Grund, warum dies explizit hier erwähnt wird, ist der traurige und ärgerliche Umstand, dass es eine erhebliche Zahl von veröffentlichten Meinungen gibt und geben wird, die versuchen (werden), die schlichte Einforderung von gutem, seriösem Wirtschaften und die Zurückweisung von unbegründbaren Forderungen nach Geldgeschenken etc. in eine anti-europäische Ecke zu stellen.

Alle derartigen Versuche werden hiermit von vorneherein in aller Schärfe und als vollkommen unbegründet zurückgewiesen.

Ganz im Gegenteil ist es so, dass die konsequente und lückenlose Umsetzung der hier vorgestellten Konzepte für **jedes** Land, nicht nur in der EU, von großem und vor allem auch langfristigem Vorteil wäre. Nicht nur würden die Staatsfinanzen spätestens mittelfristig in einem drastisch besseren Zustand sein und dadurch der Gesellschaft einen wesentlich größeren Spielraum geben, sondern ebenso auch die Wirtschaft insgesamt mit der Folge steigenden Wohlstandes. Und schließlich wären auch die groben Ungerechtigkeiten durch die Teilenteignungen beseitigt.

Für die Euro-Länder im Speziellen würde die Einführung eines Bürger-Euros große, positive Effekte haben, denn mit dieser als mit weitem Abstand **beste Währung der Welt** würden sie nicht nur von einer stetig zunehmenden Verwendung im Außenhandel profitieren, sondern auch von einem Zufluss an Kapital von außerhalb der Euro-Länder.

Nicht nur das, die entschlossene Zurückweisung einer Schulden- und Transferunion würde auch den fast unbegrenzten und permanenten Streit, den dies mit sich bringen würde, gar nicht erst aufkommen lassen, so dass sich alle Beteiligten wichtigeren Dingen widmen können (wie der Demographie), statt eine **Zerstörung der Euro-Zone oder der EU** anzusteuern.

Europa hat bereits in der Vergangenheit der Menschheit entscheidende Impulse auf verschiedensten Gebieten gegeben, mit Deutschland als einer der Kernländer und integralem Bestandteil Europas. Vor allem durch schlechte Politik hat Europa zwar die letzten Jahrzehnte selbstverschuldet in vielen Bereichen an Boden verloren, aber

das lässt sich auch wieder ändern. Und dieser Text ist ein Betrag dazu, konkret ist er in der besten europäischen Tradition einzuordnen um das Ringen einer Ordnung, die **allen beteiligten Menschen zugute kommt** und nicht nur einigen.

14.16 Erweiterung und Revision der Menschenrechte

Die verschiedenen Menschenrechtskonventionen sowie entsprechende Artikel in den Verfassungen sind für die Zukunft unzureichend. Es handelt sich hier um Texte, die von Komitees, die von Politikern dominiert wurden, unter dem Eindruck der Weltkriege verfasst wurden. Zwar wurde eine Vielzahl von Gedankengängen einbezogen, aber der Schwerpunkt liegt doch sehr auf elementaren Menschenrechten (zu Recht, es fehlen aber andere Punkte) sowie einigen Rechtsstaatlichkeitsgrundsätzen.

Die Texte sind auch missverständlich formuliert, da sie Klauseln beinhalten, die von der Mehrheit der Bevölkerung falsch aufgefasst werden (Beispiel: „Recht auf Arbeit“ bedeutet eben gerade **nicht**, dass jede/r die Zuweisung einer Arbeit verlangen kann, sondern, dass der Staat keinem eine Arbeit verbieten darf (mit wenigen Ausnahmen, z.B. Sprengstoffherstellung)).

Insgesamt muss man leider konstatieren, dass die Politiker sich sehr weitgehende Möglichkeiten offen gelassen haben, die Bevölkerung weitgehend fremdzubestimmen, zu knechten, auszubeuten, zu enteignen, ihnen Informationen vorzuenthalten usw.

Eine Revision der Menschenrechtskonventionen ist daher unausweichlich und in Kürze notwendig, da genau hier eine Reihe von zentralen Punkten fehlen oder zu schwach ausgeprägt sind, die schlechter Politik einen deutlich zu großen Raum geben, sich gegen die Menschen zu entfalten. Das Thema ist aber verständlicherweise so groß, dass hier nur einige Punkte kurz angerissen werden können:

- Es muss ein Grundrecht auf Nicht-Verschuldung eingeführt werden, d.h., niemand (insbesondere „der Staat“) darf einem anderen Schulden oder die Rückzahlungspflicht für Schulden (auch in Form von Steuern) ohne vorherige Zustimmung aufbürden
- Keine Haftung für fremde Fehler oder Schulden, Verbot der Haftungsüberwälzung auf Unbeteiligte
- Umfassende Gewährleistung des Erhalts der Früchte der eigenen Arbeit sowie des Eigentums
- Recht auf eigene Wahl des Geldes (inkl. Goldstandard) sowie Recht auf ein nicht-enteignendes, stabiles, sicheres und gerechtes Geldsystem, welches nicht einzelnen Gruppen Gelder zuschanzt
- Korrekte Verwendung der Sprache von allen staatlichen Stellen (z.B. „Steuern erhöhen“, wenn die Steuern erhöht werden sollen, statt „Sparpaket“)
- Vollständige Unabhängigkeit aller wichtigen staatlichen Institutionen voneinander sowie von allen Politikern und Regierungen: Zentralbank (Geldsystem), Gerichte, Staatsanwaltschaften, Regierung, Parlament(e), Medien, Statistikbehörden, Datenschutzbehörden, Kontrollbehörden, Untersuchungsausschüsse, Sozialversicherungen
- Verbot von Entscheidungen Befangener (Beispiel: Verbot, dass Abgeordnete über ihr eigenes Gehalt sowie Altersversorgung entscheiden)

- Möglichkeit der Erzwingung eines Referendums (Volksabstimmung) über alle Gesetze
- Volksentscheid über alle wichtigen Entscheidungen (z.B. Wehrdienst, Beitritt zu internationalen Organisationen)
- Vorgabe der maximalen Budgethöhe aller Staatshaushalte durch Volksentscheid
- Umfassendes Transparenzgebot für alle staatlichen Stellen, Veröffentlichung aller Verträge (mit wenigen, singulären Ausnahmen, z.B. über Geheimwaffen), Budgets, Verbindlichkeiten, Fortschritte; regelmäßige, strukturierte Berichterstattung über die Arbeit staatlicher Stellen durch unabhängige, von den Bürgern direkt beauftragte Organisationen (es muss auch mehrere Organisationen pro Thema geben)
- Der Zugang zu Information als Grundlage guter Entscheidungen muss jederzeit umfassend sein und darf nicht überwacht werden, ob aus dem Inland oder dem Ausland, unabhängig vom Medium
- Grundsatz, dass jeder Mensch sich selbst in allen Belangen vertritt, insbesondere auch bei politischen Entscheidungen; eine Delegation der Entscheidungsvollmacht, die zu jeder einzelnen Entscheidung separat möglich sein muss, muss stets und zu jedem Zeitpunkt widerrufbar sein
- Bei allen Entscheidungsverfahren muss jeder Mensch die gleiche Einflussmöglichkeit auf das Ergebnis haben können
- Minimierung der Anzahl Entscheidungsverfahren, bei dem ein Überstimmtwerden möglich ist (Beispiel: Bei der Vergabe von Forschungsmitteln an verschiedene Projekte kann und sollte die Vergabe der Gelder nach Stimmenanteil erfolgen und nicht zentral durch eine Teilmenge (Regierung) von Entscheidungsberechtigten)
- Verbot von Spenden, die ein minimales Maß übersteigen, an Delegierte oder Parteien

14.17 Altersarmut durch Transferunion und Geldentwertung

Die negativen Auswirkungen der enteignenden Euro-Papiergeldwährung sowie der von den Politikern forcierten Schulden- und Transferunion sind vielfältig. Sie bewirken eine Ausbeutung der meisten Menschen, ein ständiges Bestehlen.

Aufgrund der immensen Bedeutung soll ein wichtiger Aspekt dieser schlechten Politik beleuchtet werden, nämlich die Auswirkungen auf die Altersvorsorge. Denn im Alter kann man nicht einfach mal ein paar Stunden mehr pro Woche arbeiten oder auf 1-2 Wochen Urlaub verzichten, um die fehlenden Geldmittel zu erarbeiten. Und man kann auch nicht seine Ausgaben in dem Maße reduzieren, wie das viele Arbeitenden können.

Die eingeschlagene Politik, für fremde Schulden praktisch unbeschränkt zu haften und in der Folge auch zu bezahlen, führt in Kombination mit dem Enteignungs-/Inflations-Euro geradewegs in die Altersarmut für Millionen.

Nicht nur das, für viele wird die **Rente nicht reichen**. Sie werden daher zu **Bittstellern der Politik** werden, die ihnen dann nach Gutdünken ein aus Mitteln der Steuerzahler (insofern es dann noch welche gibt...) aufgebrauchten Zuschuss überweisen, um die Rente zum Lebenserhaltungsminimum aufzustocken.

Schlechte Politik beutet die Menschen fast von der Wiege bis zur Bahre aus. Zuerst werden sie durch überhöhte Steuern um einen guten Teil der Früchte ihrer Arbeit gebracht, um an sich unnötige Zinsen für unnötige Kredite zu zahlen, dann werden sie über Jahrzehnte durch die Inflationssteuer bestohlen, wodurch sie u.A. privat keine ausreichende Vorsorge treffen können. Und im Alter ist in den Rentenkassen zu wenig Geld, weil es anderweitig schon längst ausgegeben wurde, z.B., um fremde Schulden zu bezahlen. In der Gesamtsumme werden einem **die Arbeitsfrüchte von etlichen Jahren Arbeit gestohlen**.

Aber das perfideste an dem allen ist, dass Millionen Menschen dann im Alter, wenn sie nicht mehr arbeiten können, ausgerechnet solche Politiker wählen müssen, die Ihnen das Leben in Armut erst eingebrockt haben.

So also sieht „soziale Politik“ im Verständnis vieler Politiker aus.

Ganz anders die Vorschläge, die hier in diesem Text gemacht werden: Bei konsequenter Umsetzung wären die Steuern deutlich niedriger, man würde nicht durch die Inflationssteuer bestohlen werden und es gäbe auch keine solchen Krater-großen Löcher in den Rentenkassen, sprich: Man hätte eine kalkulierbare und angemessene Rente.

So sieht echte soziale Politik aus. Jetzt müssen nur noch die Politiker mitziehen.

14.18 Geschichtliche Bewertung einer falschen Politik

Wenn endgültig ein Transferunions-/Enteignungs-Euro installiert werden würde, wonach im Moment alles aussieht, so kann mit sehr großer Sicherheit vorausgesagt werden, wie die Geschichtsschreibung diesen skandalösen Vorgang später bewerten wird: Als die de facto gesetzliche Festschreibung einer maßlosen Ausbeutung der Bürger einiger Länder, die zu ständigem Streit innerhalb der EU geführt hat, zur vollständigen, wirtschaftlichen Stagnation Deutschlands sowie einiger weiterer Länder, mit ständigem Geldmangel, z.B. für die Herausforderungen des demografischen Wandels, mit ständigem, intensivem Streit wegen fehlender Geldmittel. Je nach Fortgang der Dinge kommen weitere Urteile hinzu, z.B. diesen Termin als Startpunkt für den **langjährigen und quälenden Niedergang Deutschlands und Europas** mit dem schließlichen **Zerfall der EU** einzuordnen.

Jede/r Politiker/in, der/die durch einen solchen schweren Bruch des Amtseides („Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen [...] werde.“) an dieser Katastrophe seinen/ihren Anteil hatte, wird in diesem Sinne eine umfassende Würdigung in den Geschichtsbüchern erfahren.

Die Gefahr ist aber in Wirklichkeit noch viel größer. Denn, wenn die Bürger den Parteifunktionären diese Sache durchgehen lassen, dann gibt es **keine Schranken mehr** dafür, was diese in Zukunft noch alles zu Lasten der Bevölkerung durchsetzen werden. Wenn bestehende Gesetze, Verträge und Regelungen, die es zum Schutze der Bevölkerung gegen Politikerallmacht gibt, einfach so gebrochen bzw. ausgehebelt werden können, beliebige Gesetze unter vollkommen verlogenen Begründungen erlassen werden können, ohne dass die Bürger eine echte Möglichkeit haben, zu widersprechen oder solche Gesetze zu revidieren, was glauben Sie, was diese dann alles noch durchsetzen werden?

Es besteht dann die akute Gefahr eine **Parteifunktionärsdiktatur** von überheblichen, maßlos inkompetenten, machgierigen, eiskalten, von der Bevölkerung abgekoppelten, zum großen Teil gesichts- und rückradlosen Funktionären, die selbstherrlich der Bevölkerung sagen, was sie zu denken hat, was sie zu wählen hat, wie sie zu leben hat, die der Bevölkerung einen beliebig hohen und steigenden Anteil ihrer Arbeitsfrüchte wegstiehlt und dadurch letztlich das Land zuerst in die Verelendung und dann in den Aufruhr stürzt.

Solche Konstellationen sind nicht so weit weg, wie Sie jetzt vielleicht denken, die Menschheitsgeschichte ist voll davon; es scheint zum allgemein menschlichen Charakter zu gehören, solche Herrschaftsstrukturen errichten zu wollen, **wenn die Bürger es zulassen.**

Lassen Sie es nicht zu!

15 Literaturhinweise und Internet-Links

15.1 Bücher

- Roland Baader: „Geldsozialismus: Die wirklichen Ursachen der neuen globalen Depression“, Resch-Verlag, 1. Aufl. 2010, 168 Seiten. Ein gut lesbarer Überblick über das Papiergeldsystem, welches von Politikern und Banken dominiert wird.
- Ludwig Erhard: „Wohlstand für alle“, Anaconda Verlag, 432 Seiten. Ein Klassiker der Wirtschaftspolitik. Ein hervorragendes Beispiel für eine heute nicht mehr zu findende wirtschaftspolitische Kompetenz, gepaart mit dem Willen und der Fähigkeit, alle ungerechtfertigten Gruppeninteressen zurückzudrängen, die sich darauf verschworen haben, sich selbst Vorteile zu Lasten aller anderen zu verschaffen.
- Michael Grandt: „Der Staatsbankrott kommt! Hintergründe, die man kennen muss“, Kopp Verlag, 384 Seiten. Informativer Überblick über das Thema.
- Friedrich August von Hayek: „Gesammelte Schriften: Die Verfassung der Freiheit: Band 3“, Mohr Siebeck Verlag, 4. Auflage 2005, 575 Seiten. Eine umfassende Einführung und Darstellung des klassischen Liberalismus
- Friedrich August von Hayek: „Gesammelte Schriften: Recht, Gesetz und Freiheit: Eine Neufassung der liberalen Grundsätze der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie: Band 4“, Mohr Siebeck Verlag, 2003, 594 Seiten.
- Hans Olaf Henkel: „Rettet unser Geld“, Heyne Verlag, 2010, 207 Seiten. Ein Aufruf von ex-Euro-Befürworter Henkel (ex-Chef von IBM Deutschland, des BDI und der Leibniz-Gemeinschaft), den Euro aufzugeben zugunsten eines Nord-Euros.
- Ludwig von Mises und Hertha Bosch (Übers.): „Vom Wert der besseren Ideen: Sechs Vorlesungen über Wirtschaft und Politik“, Olzog Verlag, Neuauflage 2008, 142 Seiten. Sehr gut lesbarer Text aus freiheitlicher Sicht zu zentralen wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Ein Muss für jede/n Staatsbürger/in.
- Ludwig von Mises und Liberales Institut d. Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): „Bürokratie“. Academia Verlag, 2. Aufl. Ein sehr gut lesbarer Klassiker über das Wesen bürokratischer Organisationen. Ein Muss für jede/n Staatsbürger/in.
- Ludwig von Mises: „Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel“, Duncker & Humblot Verlag 2005, 420 Seiten. Dieser Nachdruck der 2. Auflage von 1924 seines bahnbrechenden Werkes stellt einen bis heute unübertroffenen Höhepunkt der Geldtheorie dar. Es ist schier unmöglich, sich ernsthaft mit Geldsystemen zu befassen, ohne dieses Werk zu kennen.
- Murray Newton Rothbard: „Das Schein-Geld-System: Wie der Staat unser Geld zerstört“, Resch-Verlag, 2. Aufl. 2005, 159 Seiten. Eine sehr gut lesbare Einführung in das Papiergeldsystem und dem unheilvollen Einfluss der Politiker hierauf.

Wenn Sie nur wenig Zeit haben, sollten Sie das kompakte Büchlein „Vom Wert der besseren Ideen“ von Ludwig von Mises sowie „Das Schein-Geld-System“ von

Rothbard lesen; beide sind sehr gut lesbar und bieten einen ersten guten, fast spielerischen Einstieg in die Gedankengänge der freiheitlichen, Menschenorientierten Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik sowie in das Geldsystem.

Die beiden angegebenen Werke (die in der angegebenen Reihenfolge gelesen werden sollten) von Hayek's gehören zu den Meisterwerken der Menschheitsgeschichte, sie sind in ihrer analytischen Brillanz und Tiefe der gedanklichen Durchdringung unübertroffen (zum Vergleich: Höchstens 0,00001% dessen, was in Zeitungen und Publikums-Zeitschriften in ganz Deutschland im Laufe eines Jahres veröffentlicht wird, kommt auch nur in die Nähe dieser Qualität und Tiefe). Sie entsprechen in Ihrer Qualität und Bedeutung zwar vielleicht nicht ganz der Allgemeinen Relativitätstheorie Einsteins (wobei natürlich klar ist, dass man so verschiedene Bereiche nicht wirklich vergleichen kann), aber in etwa doch.

Es ist die konsequente Darstellung und Begründung der Grundlagen der guten Teile des Grundgesetzes sowie der guten Teile der Wirtschaftspolitik nach dem zweiten Weltkrieg, die **theoretische Grundlage der goldenen Jahre der Bundesrepublik, der Jahre der Vollbeschäftigung und stetigen, sichtbaren Wohlstandszuwachses**. Es ist die Aufdeckung und scharfe Zurückweisung jeglicher Gruppenegoismen, die kleine Teile der Bevölkerung zu Lasten aller anderen bevorzugen.

Es ist eine Beschreibung der bisher einzig erprobten und bewährten Konzepte, welche auf Dauer Freiheit und Selbstbestimmtheit aller Menschen und stetigen Wohlstandszuwachs verbinden.

15.2 Internetlinks

- www.nein-zur-transferunion-fuer-stabiles-geld.de: Die zentrale Seite der Initiative „Nein zur Transferunion – Für stabiles Geld“. Dort finden Sie auch die aktuellste Fassung dieses Textes sowie eine Vielzahl aktueller Informationen und auch weitere Links, z.B. zu aktuellen Nachrichten.
- http://www.citymayors.com/interviews/mississauga_interview.html (auf English): Tann vom Hove, „Mississauga Mayor McCallion: We run our city like a business“, 2004. Inspirierender Bericht über eine 82-jährige Bürgermeisterin einer kanadischen Stadt mit 680.000 Menschen, die seit 1978 keine Kredite aufgenommen hat.
- ef-magazin.de/2009/01/10/881-oekonomie-cantillon-effekte: Dirk Friedrich, „Ökonomik: Cantillon-Effekte“, 2009. Informativer Artikel über den Cantillon-Effekt, der beschreibt, wie große Teile der Bevölkerung durch neu geschaffenes Geld teilweise enteignet werden.
- [www.freiewelt.net/blog-1846/inflation-trifft-die-\(kleinen\)-verbraucher-besonders-hart.html](http://www.freiewelt.net/blog-1846/inflation-trifft-die-(kleinen)-verbraucher-besonders-hart.html): Dr. Michael von Prollius, „Inflation trifft die (kleinen) Verbraucher besonders hart“, 2010. Informativer Artikel über den Cantillon-Effekt, der beschreibt, wie große Teile der Bevölkerung durch neu geschaffenes Geld ausgebeutet werden, was eine grobe darstellt.
- <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur-nachrichten/ifo-chef-sinn-der-euro-rettungsschirm-ist-schon-zu-gross;2730215>: Prof. Dr. Hans-Werner Sinn: „Der Euro-Rettungsschirm ist schon zu groß“, 2011. Kurze Bewertung des Euro-Rettungsschirms.
- www.hayek.de: Seite der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft e.V., die das Werk des großen Freiheitsdenkers von Hayek vermittelt.

- mises.org: Englische Seite, die sich der Vermittlung der Werke und Ideen von Ludwig von Mises widmet.
- www.europolis-online.org: Eine Initiative für eine gute EU Ordnungspolitik von Prof. Dr. Markus Kerber, einer der Kläger beim Bundesverfassungsgericht, der mittlerweile 50 Mitkläger gefunden hat.
- <http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/dreifacher-staatsbankrott>: Hannes Koch: „Dreifacher Staatsbankrott“, 2011. Kurzer Artikel über die Einschätzung des US-Professors Kenneth Rogoff zur Überschuldungskrise. Prof. Rogoff hat sich intensiv mit Finanzkrisen befasst und hierüber ein Buch geschrieben („Dieses Mal ist alles anders: Acht Jahrhunderte Finanzkrisen“, FinanzBuch Verlag).
- <http://www.vanityfair.com/business/features/2011/03/michael-lewis-ireland-201103> (auf English): Michael Lewis, „When Irish Eyes Are Crying“, 2011. Sehr informativer, gut lesbarer Artikel über die irische Bankenkrise.
- <http://www.wiso.uni-hamburg.de/lucke>: „Plenum der Ökonomen“: Plattform für Deutsche Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre. Enthält einen Aufruf gegen die Transferunion, dem über 90% der dortigen Mitglieder zugestimmt haben.
- <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/schlesinger-zieht-bei-staatsanleihen-parallele-zu-kriegszeiten-457766/>: Konrad Handschuch: „Schlesinger zieht bei Staatsanleihen Parallele zu Kriegszeiten“, 2011. Ex-Bundesbankpräsident Dr. Schlesinger warnt vor Hyperinflation und Währungsreform aufgrund des Ankaufs von Staatsanleihen der EZB.
- <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/was-ist-faul-in-europas-staaten-456879/>: Silke Wettach, Gerhard Bläske, Yvonne Esterházy, Sabine Fiedler, Anne Grüttner, Gerd Höhler: „Filz und Vetternwirtschaft - Was ist faul in Europas Staaten?“, 2011. Zu den eigentlichen Ursachen der Krise.
- <http://www.wiwo.de/finanzen/das-risiko-traegt-der-deutsche-steuerzahler-458075/>: Malte Fischer: „Das Risiko trägt der Steuerzahler“, 2011. Bericht über die Kredite von über 320 Milliarden Euro, die die Bundesbank ausländischen Notenbanken sowie der EZB gewährt.
- <http://www.wiwo.de/finanzen/endstation-zwangsanleihen-457479/>: Manfred Gburek: „Endstation Zwangsanleihen“, 2011. Der Titel spricht für sich.
- <http://www.wiwo.de/finanzen/kritik-an-krisenhilfe-der-deutschen-bundesbank-457649/>: Konrad Handschuch: „Kritik an Krisenhilfe der Deutschen Bundesbank“, 2011. Kurzbericht über in der Öffentlichkeit weitestgehend unbekanntes, unbesicherte Dispo-Kredite in Höhe von insgesamt über 330 Milliarden Euro der Bundesbank an die EZB sowie andere Euro-Notenbanken.

15.3 Anmerkungen bzgl. der Literaturhinweise und Internet-Links

Generell gilt, dass die Autoren der österreichischen Schule der Nationalökonomie (u.a. von Mises, von Hayek, Rothbard), der Freiburger Schule sowie des Ordoliberalismus (Walter Eucken) zu den besten ihres Faches gehören, die Einzigen, deren wesentliche Analysen und Konzepte nie widerlegt wurden (im Gegensatz insbesondere zu den von Keynes, deren Vertreter sich vor allem durch das Auftischen von immer neuen Varianten von Ausreden für die Politiker hervortun, warum diese immer

mehr Geld ausgeben und eine immer höhere Inflation und damit Geldentwertung und Enteignung erzeugen sollen), sondern die ganz im Gegenteil mit großer Treffsicherheit viele wesentliche Ereignisse, so z.B. die Krise von 1929 und auch die aktuelle, vorausgesagt haben.

Eine besondere und gerade für das Thema dieses Textes hochgradig relevante Stärke dieser Denkschule ist die umfassende und integrierte Analyse des Geldsystems zusammen mit der Wirtschaftspolitik. (Die meisten Ökonomen dagegen ignorieren de facto das Geldsystem, wodurch die dadurch ausgelösten Krisen völlig falsch gedeutet werden.)

Der maßgebliche Grund, warum diese in der öffentlichen Diskussion nicht so präsent sind, wie sie es verdienen, ist, dass sich diese als Einzige konsequent dem obersten Grundsatz des klassischen Liberalismus verpflichtet fühlen, nämlich der prinzipiellen Gleichrangigkeit aller Menschen, der Basis der Menschenrechte. Als solche sind sie **allen** Menschen in gleicher Weise verpflichtet und nicht bestimmten Gruppen.

Gruppeninteressen (Gruppenegoismen ist das treffendere Wort) dagegen, die in einer schier unüberschaubaren Zahl vertreten werden, sind deshalb in der veröffentlichten Meinung so viel präsenter, weil sie für die jeweils Privilegierten viel bedeuten, z.T. Milliarden oder ein (Zusatz-)Einkommen von 50.000 Euro pro Jahr, und es für diese deshalb durchaus rational ist, große Energie und viel Geld auf die Propagierung ihrer Forderungen aufzuwenden. Die Bevölkerung dagegen, die durch diese Gruppen ausgebeutet werden soll, hat keine solchen stetig präsenten Fürsprecher, auch ist das Maß der Ausbeutung, bezogen auf jeden Einzelfall, auch zu gering (z.B. etwas höhere Kosten für Produkt X), um eine wirksame Mobilisierung zu bewirken.

16 Versionsgeschichte

16.1 20. Februar 2011: Version 0.31

Vorabversion der vorläufigen Rohfassung.

Erste beschränkt veröffentlichte Version.

16.2 06. März 2011: Version 0.39

Vorabversion der vorläufigen Rohfassung.

Wesentliche Änderungen:

- Rechtschreibfehler etc. korrigiert
- Hinweis zu Steuerprogression als Folge der Inflationspolitik
- 2. Rechenbeispiel (Enteignung auch durch Steuern etc.) in Abschnitt 3.2 korrigiert/angepasst
- Kapitel zum Bundesverfassungsgericht eingefügt
- Aktualisierung bzgl. Bundesbankkredite an andere Euro-Notenbanken und die EZB
- „Inflations-Euro“ durch „Enteignungs-Euro“ ersetzt (trifft die Wirkung besser)
- Einfügung eines Unterkapitels „Streichung der no-bail-out-Klausel“
- Einfügung eines Unterkapitels „Wofür benötigt man eigentlich Geld?“

16.3 07. März 2011: Version 0.41

Vorabversion der vorläufigen Rohfassung.

Wesentliche Änderungen

- Präzisierung/Ergänzung bzgl. der Frage, inwieweit Geldgeschenke (Schuldenerlässe) ein Teil der Beendigung der Krise sind

16.4 12. März 2011: Version 0.45

Vorabversion der vorläufigen Rohfassung.

Keine wesentlichen Änderungen.

16.5 15. März 2011: Version 0.47

Vorabversion der vorläufigen Rohfassung.

Wesentliche Änderungen:

- Forderung nach Volksabstimmung mehr hervorgehoben

16.6 8. April 2011: Version 0.48/49

2. Rohfassung.

Wesentliche Änderungen:

- Weiterer Zeitplan angepasst

- Sprachregelung angepasst („Katastrophe“ ist nach dem Tsunami in Japan nicht mehr angemessen)
- Externe Links um die neuesten Hiobsbotschaften aktualisiert

16.7 21. April 2011: Version 0.50

2. Rohfassung.

Wesentliche Änderungen:

- Versionsnummerierung korrigiert
- Kapitel über den ESM eingefügt

16.8 21. April 2011: Version 0.51

2. Rohfassung.

Wesentliche Änderungen:

- Versionsnummerierung korrigiert
- Kapitel über den ESM eingefügt

16.9 26. Juni 2011: Version 0.52

3. Rohfassung.

Wesentliche Änderungen:

- Kapitel über den ESM aktualisiert, Onlinepetition zum ESM ergänzt
- Präzisierungen bzgl. Bürger-Euro eingefügt, insbes. bzgl. Umstieg